

10. 08. 90

Fz – Wi

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vom 29. Mai 1990

A. Zielsetzung

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung soll den wirtschaftlichen Fortschritt und Wiederaufbau der Staaten Mittel- und Osteuropas fördern, die ihre Volkswirtschaften nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen reformieren wollen. Der Übergang zur Marktwirtschaft soll vornehmlich durch Kreditvergabe und Gewährung technischer Hilfe im wettbewerbsorientierten privatwirtschaftlichen Sektor insbesondere für kleine und mittlere Betriebe unterstützt werden. Sie soll im Rahmen ihrer Tätigkeiten eine ökologisch auch langfristig unbedenkliche Entwicklung fördern.

Es liegt auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, daß die Reformen in Mittel- und Osteuropa von einem breiten Kreis von Ländern in und außerhalb Europas unterstützt werden, wie dies durch die Errichtung der Bank geschehen soll.

B. Lösung

Durch die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Vertragsgesetzes nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes sollen die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ratifizierung des oben bezeichneten Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 21. 09. 90

D. Kosten

Durch die Ausführung des Gesetzes verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ab 1991 in fünf Jahresraten als einzahlbaren Grundkapitalanteil 255,525 Mio ECU (nach gegenwärtigem Wechselkurs ca. 521 Mio DM) zur Hälfte bar zur Verfügung zu stellen. Die andere Hälfte kann in nichtübertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen geleistet werden.

Die Bundesrepublik verpflichtet sich außerdem, zur Absicherung von Kreditaufnahmen der Bank Haftungskapital in Höhe von 596,225 Mio ECU (nach gegenwärtigem Wechselkurs ca. 1 216 Mio DM) zu zeichnen. Haushaltsrechtlich handelt es sich um eine Gewährleistung, für welche die erforderliche gesetzliche Ermächtigung zu schaffen ist.

Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet. Es können ihnen aber aufgrund der vorgesehenen Befreiungen (Artikel 53) mögliche Einnahmen entgehen.

Auswirkungen auf Einzelpreise bzw. das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

10. 08. 90

Fz – Wi

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung vom 29. Mai 1990

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (43) – 680 06 – Eu 1/90

Bonn, den 10. August 1990

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen zur Errichtung der
Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vom 29. Mai 1990

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Kohl

Fristablauf: 21. 09. 90

Entwurf

Gesetz

zu dem Übereinkommen vom 29. Mai 1990 zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Vom

1990

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 29. Mai 1990 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Zur Erfüllung der Verbindlichkeiten, die der Bundesrepublik Deutschland aus dem Beitritt zum Übereinkommen über die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung erwachsen, wird die Bundesregierung ermächtigt, vom Grundkapital 85 175 (in Worten: Fünfundachtzigtausendeinhundertfünfsiebzig) Anteile im Wert von 851 750 000 ECU (in Worten: Achthunderteinundfünfzig Millionen Siebenhundertfünfzigtausend ECU), davon

59 225,5 Anteile als abrufbares Haftungskapital zu erwerben.

Artikel 3

Die Deutsche Bundesbank ist Hinterlegungsstelle für die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung nach Artikel 34 Abs. 1 des Übereinkommens.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach Artikel 62 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da durch die Steuerbefreiung nach Artikel 53 des Übereinkommens auch Steuern betroffen sind, deren Aufkommen ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Wie im Teil III der Denkschrift ausgeführt, wird die Bundesrepublik einen Kapitalanteil an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung von 8,5175 % übernehmen. Das entspricht 851,75 Mio. ECU. Davon sind 255,525 Mio ECU in fünf Jahresraten zur Hälfte in bar einzuzahlen. Die andere Hälfte kann in nichtübertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen geleistet werden. Der Betrag von 596,225 Mio. ECU stellt Haftungskapital dar. Die Inanspruchnahme des Haftungskapitals im Falle von Verlusten der Bank aus ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit kommt nur an letzter Stelle nach Ausschöpfung aller übrigen der Bank zur Verfügung stehenden Mittel in Betracht (Artikel 17).

Die Bestimmung des Artikels 2 gibt der Bundesregierung die gesetzliche Ermächtigung zur Erfüllung der finanziellen

Verpflichtungen. Die erforderlichen Beträge werden aus dem Einzelplan 60 des Bundeshaushalts zur Verfügung gestellt.

Zu Artikel 3

Diese Bestimmung trägt der Aufgabenstellung der Deutschen Bundesbank Rechnung.

Zu Artikel 4

Das Gesetz soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; es enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Auswirkungen auf Einzelpreise oder das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Übereinkommen
zur Errichtung der Europäischen Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung

Agreement
establishing the European Bank
for Reconstruction and Development

Accord
portant création de la Banque européenne
pour la reconstruction et le développement

Соглашение
об учреждении Европейского банка
реконструкции и развития

Inhalt

Contents

Kapitel

- I. Zweck, Aufgaben und Mitgliedschaft
 - II. Kapital
 - III. Geschäftstätigkeit
 - IV. Kreditaufnahme und sonstige Befugnisse
 - V. Währungen
 - VI. Organisation und Geschäftsführung
 - VII. Austritt und Suspendierung der Mitgliedschaft, vorübergehende Einstellung und Beendigung der Geschäftstätigkeit
 - VIII. Rechtsstellung, Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen
 - IX. Änderungen, Auslegung, Schiedsverfahren
 - X. Schlußbestimmungen
- Anlage A
Anlage B

Chapters

- I. Purpose, functions and membership
 - II. Capital
 - III. Operations
 - IV. Borrowing and other miscellaneous powers
 - V. Currencies
 - VI. Organization and management
 - VII. Withdrawal and suspension of membership, temporary suspension and termination of operations
 - VIII. Status, immunities, privileges and exemptions
 - IX. Amendments, interpretation, arbitration
 - X. Final provisions.
- Annex A
Annex B

Die Vertragsparteien –

im Bekenntnis zu den Grundprinzipien der Mehrparteiendemokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Marktwirtschaft;

unter Hinweis auf die Schlußakte der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und insbesondere auf die Prinzipienklärung dieser Konferenz;

erfreut über die Absicht der mittel- und osteuropäischen Länder, die praktische Umsetzung der Mehrparteiendemokratie, die Stärkung der demokratischen Einrichtungen, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte zu fördern, sowie über ihre Bereitschaft, am Ziel der Marktwirtschaft ausgerichtete Reformen durchzuführen;

in Anbetracht der Bedeutung einer engen und abgestimmten Zusammenarbeit in dem Bemühen, den wirtschaftlichen Fortschritt der mittel- und osteuropäischen Länder zu fördern, um ihren Volkswirtschaften zu mehr internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verhelfen, sie bei ihrem Wiederaufbau und ihrer Entwicklung zu unterstützen und dadurch gegebenenfalls Risiken im Zusammenhang mit der Finanzierung ihrer Volkswirtschaften zu verringern;

The contracting parties,

Committed to the fundamental principles of multiparty democracy, the rule of law, respect for human rights and market economics;

Recalling the Final Act of the Helsinki Conference on Security and Cooperation in Europe, and in particular its Declaration on Principles;

Welcoming the intent of Central and Eastern European countries to further the practical implementation of multiparty democracy, strengthening democratic institutions, the rule of law and respect for human rights and their willingness to implement reforms in order to evolve towards market-oriented economies;

Considering the importance of close and coordinated cooperation in order to promote the economic progress of Central and Eastern European countries to help their economies become more internationally competitive and assist them in their reconstruction and development and thus to reduce, where appropriate, any risks related to the financing of their economies;

Table des Matières

Chapitres

- I. Objet, fonctions et membres
- II. Capital
- III. Opérations
- IV. Pouvoirs d'emprunt et autres pouvoirs
- V. Monnaies
- VI. Organisation et fonctionnement
- VII. Retrait et suspension de membres, arrêt temporaire et arrêt définitif des opérations de la Banque
- VIII. Statut, immunités, privilèges et exemptions
- IX. Amendements, interprétation, arbitrage
- X. Dispositions finales

Annexe A

Annexe B

Les parties contractantes,

Attachées aux principes fondamentaux de la démocratie pluraliste, de l'état de droit, du respect des droits de l'homme, et de l'économie de marché;

Rappelant l'Acte final de la Conférence d'Helsinki sur la sécurité et la coopération en Europe, et en particulier la Déclaration sur les principes;

Se félicitant de l'intention des pays d'Europe centrale et orientale de promouvoir la mise en pratique de la démocratie pluraliste, en renforçant leurs institutions démocratiques, l'état de droit et le respect des droits de l'homme, ainsi que leur volonté de procéder aux réformes propres à favoriser la transition vers des économies de marché;

Considérant l'importance d'une coopération étroite et coordonnée pour promouvoir l'essor économique des pays d'Europe centrale et orientale, aider leurs économies à devenir plus compétitives au plan international, les assister dans leur reconstruction et leur développement et réduire ainsi, le cas échéant, les risques associés au financement de leurs économies;

Оглавление

Глава

- I. Цель, функции и членство
- II. Капитал
- III. Операции
- IV. Заимствования и прочие полномочия
- V. Валюты
- VI. Организация и управление
- VII. Выход из членства и приостановка членства: временная приостановка и окончательное прекращение операций
- VIII. Статус, иммунитеты, привилегии и изъятия
- IX. Поправки, толкование, арбитраж
- X. Заключительные положения

Приложение А

Приложение В

Договаривающиеся Стороны,

будучи привержены основополагающим принципам многопартийной демократии, правового государства, уважения прав человека и рыночной экономики;

напоминая о хельсинкском Заключительном акте Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе и, в частности, о содержащейся в нем Декларации принципов;

приветствуя намерение стран Центральной и Восточной Европы способствовать осуществлению на практике многопартийной демократии, укреплению демократических институтов, правового государства и уважению прав человека, а также их готовность осуществлять реформы с целью перехода к экономике, ориентированной на рынок;

учитывая важность тесного и скоординированного сотрудничества в деле содействия экономическому прогрессу стран Центральной и Восточной Европы, оказания помощи их экономике в повышении конкурентоспособности на международных рынках, в реконструкции и развитии и тем самым, при необходимости, в снижении рисков, связанных с финансированием их экономики;

überzeugt, daß die Gründung eines multilateralen Finanzinstituts, das im wesentlichen europäisch und bezüglich seiner Mitglieder weitgehend international ist, dazu beitragen würde, diesen Zielen zu dienen, und eine neue und einzigartige Struktur der Zusammenarbeit in Europa schaffen würde –

sind übereingekommen, hiermit die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (im folgenden als „Bank“ bezeichnet) zu errichten, die nach Maßgabe folgender Bestimmungen tätig wird:

Convinced that the establishment of a multilateral financial institution which is European in its basic character and broadly international in its membership would help serve these ends and would constitute a new and unique structure of cooperation in Europe;

Have agreed to establish hereby the European Bank for Reconstruction and Development (hereinafter called "the Bank") which shall operate in accordance with the following:

Kapitel I

Zweck, Aufgaben und Mitgliedschaft

Artikel 1

Zweck

Zweck der Bank ist es, durch Unterstützung des wirtschaftlichen Fortschritts und Wiederaufbaus in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich zu den Grundsätzen der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft bekennen und diese anwenden, den Übergang zur offenen Marktwirtschaft zu begünstigen sowie die private und unternehmerische Initiative zu fördern.

Artikel 2

Aufgaben

(1) Um langfristig ihren Zweck zu erfüllen, den Übergang der mittel- und osteuropäischen Länder zur offenen Marktwirtschaft sowie die private und unternehmerische Initiative zu fördern, unterstützt die Bank die Empfängermitgliedländer bei der Durchführung struktureller und sektoraler Wirtschaftsreformen einschließlich Beseitigung der Monopole, Dezentralisierung und Privatisierung, um ihren Volkswirtschaften zu voller Integration in die internationale Wirtschaft zu verhelfen, und zwar durch Maßnahmen mit dem Ziel,

- i) mit Hilfe privater und sonstiger interessierter Investoren die Schaffung, Verbesserung und Ausweitung der produktiven, wettbewerbsorientierten und privatwirtschaftlichen Tätigkeit, insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben, zu fördern;
- ii) zu dem unter Ziffer i beschriebenen Zweck inländisches und ausländisches Kapital aufzubringen und erfahrenes Management zu gewinnen;
- iii) produktive Investitionen einschließlich solcher im Dienstleistungs- und Finanzsektor und in der damit zusammenhängenden Infrastruktur zu fördern, wo dies zur Stützung der privaten und unternehmerischen Initiative notwendig ist, um dadurch zur Schaffung eines vom Wettbewerb geprägten Umfelds sowie zur Verbesserung der Produktivität, des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen beizutragen;
- iv) technische Hilfe bei der Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung in Frage kommender Vorhaben zu leisten, wobei es sich um Einzelvorhaben oder solche im Rahmen bestimmter Investitionsprogramme handeln kann;
- v) die Entwicklung von Kapitalmärkten anzuregen und zu unterstützen;
- vi) solide und wirtschaftlich gesunde Vorhaben zu fördern, an denen mehr als ein Empfängermitgliedland beteiligt ist;
- vii) im Rahmen ihrer gesamten Tätigkeiten eine ökologisch auch langfristig unbedenkliche Entwicklung zu fördern;
- viii) alle sonstigen Tätigkeiten auszuüben und alle sonstigen Dienste zu leisten, die der Erfüllung dieser Aufgaben förderlich sein können.

Chapter I

Purpose, functions and membership

Article 1

Purpose

In contributing to economic progress and reconstruction, the purpose of the Bank shall be to foster the transition towards open market oriented economies and to promote private and entrepreneurial initiative in the Central and Eastern European countries committed to and applying the principles of multiparty democracy, pluralism and market economics.

Article 2

Functions

1. To fulfil on a long-term basis its purpose of fostering the transition of Central and Eastern European countries towards open market-oriented economies and the promotion of private and entrepreneurial initiative, the Bank shall assist the recipient member countries to implement structural and sectoral economic reforms, including demonopolization, decentralization and privatization, to help their economies become fully integrated into the international economy by measures:

- (i) to promote, through private and other interested investors, the establishment, improvement and expansion of productive, competitive and private sector activity, in particular small and medium sized enterprises;
- (ii) to mobilize domestic and foreign capital and experienced management to the end described in (i);
- (iii) to foster productive investment, including in the service and financial sectors, and in related infrastructure where that is necessary to support private and entrepreneurial initiative, thereby assisting in making a competitive environment and raising productivity, the standard of living and conditions of labour;
- (iv) to provide technical assistance for the preparation, financing and implementation of relevant projects, whether individual or in the context of specific investment programmes;
- (v) to stimulate and encourage the development of capital markets;
- (vi) to give support to sound and economically viable projects involving more than one recipient member country;
- (vii) to promote in the full range of its activities environmentally sound and sustainable development; and
- (viii) to undertake such other activities and provide such other services as may further these functions.

Convaincues que l'établissement d'une institution financière multilatérale, européenne dans son essence et largement internationale par sa composition, aiderait à servir ces objectifs et constituerait en Europe une structure nouvelle et unique de coopération;

Sont convenues d'instituer la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (dénommée ci-après la «Banque»), qui fonctionnera conformément aux dispositions suivantes:

Chapitre Premier

Object, fonctions, membres

Article 1

Objet

L'objet de la Banque est, en contribuant au progrès et à la reconstruction économiques des pays d'Europe centrale et orientale qui s'engagent à respecter et mettent en pratique les principes de la démocratie pluraliste, du pluralisme et de l'économie de marché, de favoriser la transition de leurs économies vers des économies de marché, et d'y promouvoir l'initiative privée et l'esprit d'entreprise.

Article 2

Fonctions

1. Pour remplir à long terme ses objectifs qui consistent à favoriser la transition des économies des pays d'Europe centrale et orientale vers une économie de marché et à y encourager l'initiative privée et l'esprit d'entreprise, la Banque aide les pays membres bénéficiaires à mettre en œuvre des réformes économiques structurelles et sectorielles, y compris celles visant au démantèlement des monopoles, à la décentralisation et à la privatisation, propres à aider leurs économies à devenir pleinement intégrées à l'économie internationale; pour ce faire, la Banque prend des mesures destinées à:

- (i) promouvoir, par l'intermédiaire d'investisseurs privés et d'autres investisseurs intéressés, l'établissement, l'amélioration et le développement des activités du secteur productif, concurrentiel et privé, et en particulier des petites et moyennes entreprises;
- (ii) mobiliser, dans le but décrit à l'alinéa (i), des capitaux nationaux et étrangers ainsi que des équipes de cadres expérimentés;
- (iii) favoriser l'investissement productif, y compris dans le secteur des services et dans le secteur financier ainsi que dans les infrastructures lorsque cela est nécessaire pour soutenir l'initiative privée et l'esprit d'entreprise, aidant à la mise en place d'un environnement concurrentiel à l'amélioration de la productivité, du niveau de vie et des conditions de travail;
- (iv) fournir l'assistance technique pour l'élaboration, le financement et l'exécution des projets relevant des objectifs de la Banque, qu'ils soient isolés ou qu'ils s'inscrivent dans le cadre de programmes spécifiques d'investissement;
- (v) stimuler et encourager le développement des marchés de capitaux;
- (vi) apporter un soutien aux projets viables et économiquement viables intéressant plusieurs pays membres bénéficiaires;
- (vii) promouvoir dans le cadre de l'ensemble de ses activités un développement sain et durable du point de vue de l'environnement; et
- (viii) entreprendre toutes autres activités et fournir tous autres services destinés à lui permettre de s'acquitter de ces fonctions.

будучи убеждены, что учреждаемый многосторонний финансовый институт, европейский по своему основному характеру и широко международный по своему членскому составу, поможет достижению указанных целей и будет представлять собой новую и уникальную структуру сотрудничества в Европе;

Настоящим согласились учредить Европейской банк реконструкции и развития (далее именуемый „Банк“), который действует в соответствии с нижеизложенным:

Глава I

Цель, функции и членство

Статья 1

Цель

Цель Банка состоит в том, чтобы, внося вклад в экономический прогресс и реконструкцию, содействовать переходу к открытой экономике, ориентированной на рынок, а также развитию частной и предпринимательской инициативы в странах Центральной и Восточной Европы, приверженных принципам многопартийной демократии, плюрализма и рыночной экономики и проводящих их в жизнь.

Статья 2

Функции

1. Для достижения на долгосрочной основе своей цели по содействию переходу стран Центральной и Восточной Европы к открытой экономике, ориентированной на рынок, и по развитию частной и предпринимательской инициативы Банк оказывает содействие странам-получателям, членам Банка в осуществлении структурных и отраслевых экономических реформ, включая демонаполизацию, децентрализацию и разгосударствление (приватизацию), чтобы помочь экономике этих стран полностью включиться в мировую экономику путем:

- (i) содействия через частных и иных заинтересованных инвесторов налаживанию, совершенствованию и расширению продуктивной, конкурентоспособной и частнопредпринимательской деятельности, в частности, малым и средним предприятиям;
- (ii) привлечения внутреннего и иностранного капитала, а также управленческого опыта для достижения цели, указанной в пункте (i);
- (iii) содействия продуктивным инвестициям, включая инвестиции в сферы услуг и финансов, и в соответствующую инфраструктуру, когда это необходимо для поддержки частной и предпринимательской инициативы, способствуя тем самым созданию конкурентной среды и повышению производительности труда, уровня жизни, а также улучшению условий труда;
- (iv) оказания технического содействия в подготовке, финансировании и осуществлении соответствующих проектов, как отдельных, так и в рамках специальных инвестиционных программ;
- (v) стимулирования и поощрения развития рынков капитала;
- (vi) поддержки обоснованных и экономически жизнеспособных проектов, в которых принимает участие более одного члена-получателя;
- (vii) содействия во всей своей деятельности экологически здоровому и устойчивому развитию; и
- (viii) осуществления такой иной деятельности и оказания таких иных услуг, которые могут способствовать исполнению указанных функций.

(2) Bei der Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben arbeitet die Bank eng zusammen mit allen ihren Mitgliedern sowie in einer Weise, die sie nach Maßgabe dieses Übereinkommens als angemessen erachtet, mit dem Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Finanz-Corporation, der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; sie arbeitet ferner zusammen mit den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen sowie sonstigen damit in Beziehung stehenden Gremien und allen öffentlichen oder privaten Stellen, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder und mit Kapitalanlagen in diesen Ländern befassen.

Artikel 3

Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder der Bank können werden
- i) 1. europäische Länder und 2. nichteuropäische Länder, die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind;
 - ii) die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Investitionsbank.

(2) Länder, die nach Absatz 1 als Mitglieder in Frage kommen, aber nicht nach Artikel 61 Mitglieder werden, können zu von der Bank festgelegten Bedingungen als Mitglieder aufgenommen werden, wenn mindestens zwei Drittel der Gouverneure, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, zustimmen.

Kapitel II

Kapital

Artikel 4

Genehmigtes Stammkapital

(1) Das ursprüngliche genehmigte Stammkapital beträgt zehn Milliarden (10 000 000 000) ECU. Es ist aufgeteilt in eine Million (1 000 000) Anteile mit einem Nennwert von je zehntausend (10 000) ECU, die nur von Mitgliedern nach Maßgabe des Artikels 5 gezeichnet werden können.

(2) Das ursprüngliche Stammkapital ist aufgeteilt in eingezahlte Anteile und abrufbare Anteile. Der Gesamtnennwert der eingezahlten Anteile beträgt zunächst drei Milliarden (3 000 000 000) ECU.

(3) Das genehmigte Stammkapital kann zu dem Zeitpunkt und zu den Bedingungen, die für ratsam erachtet werden, mit den Stimmen von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, erhöht werden.

Artikel 5

Zeichnung von Anteilen

(1) Jedes Mitglied zeichnet vorbehaltlich der Erfüllung seiner gesetzlichen Voraussetzungen Anteile des Stammkapitals der Bank. Jede Zeichnung von ursprünglich genehmigtem Stammkapital erfolgt für eingezahlte und für abrufbare Anteile im Verhältnis 3 zu 7. Die Anzahl der Anteile, die von Unterzeichnern dieses Übereinkommens, die nach Artikel 61 Mitglieder werden, ursprünglich gezeichnet werden können, ist in Anlage A festgelegt. Die Erstzeichnung eines Mitglieds darf nicht weniger als 100 Anteile betragen.

2. In carrying out the functions referred to in paragraph 1 of this Article, the Bank shall work in close cooperation with all its members and, in such manner as it may deem appropriate within the terms of this Agreement, with the International Monetary Fund, the International Bank for Reconstruction and Development, the International Finance Corporation, the Multilateral Investment Guarantee Agency, and the Organisation for Economic Cooperation and Development, and shall cooperate with the United Nations and its Specialised Agencies and other related bodies, and any entity, whether public or private, concerned with the economic development of, and investment in, Central and Eastern European countries.

Article 3

Membership

1. Membership in the Bank shall be open:
- (i) to (1) European countries and (2) non-European countries which are members of the International Monetary Fund; and
 - (ii) to the European Economic Community and the European Investment Bank.

2. Countries eligible for membership under paragraph 1 of this Article, which do not become members in accordance with Article 61 of this Agreement, may be admitted, under such terms and conditions as the Bank may determine, to membership in the Bank upon the affirmative vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members.

Chapter II

Capital

Article 4

Authorized capital stock

1. The original authorized capital stock shall be ten thousand million (10,000,000,000) ECU. It shall be divided into one million (1,000,000) shares, having a par value of ten thousand (10,000) ECU each, which shall be available for subscription only by members in accordance with the provisions of Article 5 of this Agreement.

2. The original capital stock shall be divided into paid-in shares and callable shares. The initial total aggregate par value of paid-in shares shall be three thousand million (3,000,000,000) ECU.

3. The authorized capital stock may be increased at such time and under such terms as may seem advisable, by a vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members.

Article 5

Subscription of shares

1. Each member shall subscribe to shares of the capital stock of the Bank, subject to fulfillment of the member's legal requirements. Each subscription to the original authorized capital stock shall be for paid-in shares and callable shares in the proportion of three (3) to seven (7). The initial number of shares available to be subscribed to by Signatories to this Agreement which become members in accordance with Article 61 of this Agreement shall be that set forth in Annex A. No member shall have an initial subscription of less than one hundred (100) shares.

2. Dans l'exercice des fonctions mentionnées au paragraphe 1 du présent article, la Banque travaille en étroite coopération avec tous ses membres et, de la façon qui lui paraîtra appropriée dans le respect des dispositions du présent Accord, avec le Fonds monétaire international, la Banque internationale pour la reconstruction et le développement, la Société financière internationale, l'Agence multilatérale de garantie des investissements et l'Organisation de coopération et de développement économiques; elle coopère avec l'Organisation des nations-unies, ses Institutions spécialisées et tout autre organisme connexe, ainsi qu'avec toute entité, publique ou privée, qui serait concernée par le développement économique et l'investissement dans les pays d'Europe centrale et orientale.

Article 3

Membres

1. La qualité de membre peut être accordée:
- (i) 1) aux pays européens et 2) aux pays non-européens qui sont membres du Fonds Monétaire International; et
 - (ii) à la Communauté économique européenne et à la Banque européenne d'investissement.

2. Les pays à qui la qualité de membre peut être accordée conformément au paragraphe 1 du présent article, mais qui ne le deviennent pas conformément à l'article 61 du présent Accord, peuvent être admis comme membres, selon des conditions et modalités que la Banque peut déterminer, par décision expresse des deux tiers au moins du nombre des gouverneurs, représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux membres.

Chapitre II

Capital

Article 4

Capital social autorisé

1. Le capital social autorisé initial est de dix (10) milliards d'écus. Il se divise en un million (1 000 000) d'actions d'une valeur au pair de dix mille (10 000) écus chacune, ces actions ne pouvant être souscrites que par les membres et conformément aux dispositions de l'article 5 du présent Accord.

2. Le capital social initial se compose d'actions libérées et d'actions sujettes à appel. La valeur totale initiale des actions libérées entièrement s'élève à trois (3) milliards d'écus.

3. Le capital social autorisé peut être augmenté, à tout moment et dans les conditions qui paraissent les plus appropriées, par un vote à la majorité des deux tiers au moins du nombre des gouverneurs, représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux membres.

Article 5

Souscription des actions

1. Chaque membre, sous réserve de l'accomplissement des procédures juridiques, souscrit des parts du capital de la Banque. Chaque souscription au capital social initial autorisé se fait dans la proportion de 3 pour 7 pour les actions libérées et les actions sujettes à appel. Le nombre initial d'actions auxquelles peuvent souscrire les signataires du présent Accord qui deviennent membres conformément à l'article 61 du présent Accord est le nombre prévu à l'Annexe A. Aucun membre n'effectue de souscription initiale inférieure à cent (100) actions.

2. При исполнении функций, указанных в пункте 1 настоящей статьи, Банк работает в тесном сотрудничестве со всеми своими членами и, в той форме, какую он сочтет целесообразной в рамках настоящего Соглашения, с Международным валютным фондом, Международным банком реконструкции и развития, Международной финансовой корпорацией, Многосторонним агентством по гарантированию капиталовложений и Организацией экономического сотрудничества и развития, а также сотрудничает с Организацией Объединенных Наций и ее специализированными учреждениями и другими соответствующими органами, равно как и с любой публично-правовой или частной организацией, связанной с экономическим развитием и инвестициями в странах Центральной и Восточной Европы.

Статья 3

Членство

1. Членство в Банке открыто для:
- (i) (1) европейских стран и (2) неевропейских стран, являющихся членами Международного валютного фонда; и
 - (ii) Европейского экономического сообщества и Европейского инвестиционного банка.

2. Страны, имеющие право стать членами в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи, которые не становятся членами согласно статье 61 настоящего Соглашения, могут быть приняты в члены на условиях, которые может установить Банк, если за это проголосует не менее двух третей управляющих, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, на которое имеют право члены.

Глава II

Капитал

Статья 4

Разрешенный и выпуску акционерный капитал

1. Первоначальный разрешенный к выпуску акционерный капитал устанавливается в размере десяти миллиардов (10 000 000 000) ЭКЮ. Он делится на один миллион (1 000 000) акций по десять тысяч (10 000) ЭКЮ каждая по номиналу, подписаться на которые могут только члены в соответствии с положениями статьи 5 настоящего Соглашения.

2. Первоначальный акционерный капитал делится на оплачиваемые акции и акции, подлежащие оплате по требованию. Первоначальная общая номинальная сумма оплачиваемых акций составляет три миллиарда (3 000 000 000) ЭКЮ.

3. Разрешенный к выпуску акционерный капитал Банка может быть увеличен в такое время и на таких условиях, которые могут быть признаны целесообразными, если за это проголосует не менее двух третей управляющих, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, на которое имеют право члены.

Статья 5

Подписка на акции

1. Каждый член подписывается на акции акционерного капитала Банка при условии выполнения требований своего законодательства. Всякая подписка на первоначальный разрешенный к выпуску акционерный капитал осуществляется на оплачиваемые и подлежащие оплате по требованию акции в соотношении три (3) к семи (7). Первоначальное количество акций, на которые могут подписаться стороны, подписавшие настоящее Соглашение и ставшие членами в соответствии со статьей 61 настоящего Соглашения, установлено в приложении А. Каждый член должен первоначально подписаться не менее, чем на сто (100) акций.

(2) Die Anzahl der von Ländern, die nach Artikel 3 Absatz 2 als Mitglieder aufgenommen werden, ursprünglich zu zeichnenden Anteile wird vom Gouverneursrat beschlossen; jedoch darf keine derartige Zeichnung genehmigt werden, die zur Folge hätte, daß der von Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank gehaltene Teil des Stammkapitals unter die Mehrheit des gesamten gezeichneten Stammkapitals absinkt.

(3) Der Gouverneursrat überprüft das Stammkapital der Bank mindestens alle fünf (5) Jahre. Bei einer Erhöhung des genehmigten Stammkapitals wird jedem Mitglied ausreichend Gelegenheit gegeben, zu vom Gouverneursrat festgesetzten einheitlichen Bedingungen den Teil des Erhöhungsbetrags zu zeichnen, der dem Anteil des von dem betreffenden Mitglied gezeichneten Kapitals am gesamten gezeichneten Stammkapital unmittelbar vor der Erhöhung entspricht. Die Mitglieder sind nicht verpflichtet, sich an der Zeichnung von Erhöhungen des Stammkapitals zu beteiligen.

(4) Der Gouverneursrat kann vorbehaltlich des Absatzes 3 auf Antrag eines Mitglieds dessen Zeichnungsbetrag erhöhen oder ihm von anderen Mitgliedern nicht übernommene Anteile des genehmigten Stammkapitals zuteilen; jedoch darf eine derartige Erhöhung nicht zur Folge haben, daß der von Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank gehaltene Teil des Stammkapitals unter die Mehrheit des gesamten gezeichneten Stammkapitals absinkt.

(5) Die von den Mitgliedern ursprünglich gezeichneten Kapitalanteile werden zum Nennwert ausgegeben. Weitere Anteile werden zum Nennwert ausgegeben, sofern nicht der Gouverneursrat mit den Stimmen von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, beschließt, sie bei Vorliegen besonderer Umstände zu anderen Bedingungen auszugeben.

(6) Die Kapitalanteile dürfen weder verpfändet noch belastet werden und sind nicht übertragbar; ausgenommen sind Übertragungen auf die Bank nach Kapitel VII.

(7) Die Haftung der Mitglieder aus Anteilen ist auf den nicht eingezahlten Teil ihres Ausgabepreises beschränkt. Ein Mitglied haftet nicht aufgrund seiner Mitgliedschaft für Verbindlichkeiten der Bank.

Artikel 6

Einzahlung der gezeichneten Beträge

(1) Die Einzahlung der eingezahlten Anteile im Rahmen des von jedem Unterzeichner dieses Übereinkommens, der nach Artikel 61 Mitglied wird, ursprünglich gezeichneten Betrags erfolgt in fünf (5) Raten von je zwanzig (20) v. H. des Betrags. Die erste Rate wird von jedem Mitglied binnen sechzig (60) Tagen nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde gemäß Artikel 61 gezahlt, falls diese nach dem Inkrafttreten erfolgt. Die restlichen vier Raten werden jeweils ein Jahr nach Fälligkeit der vorhergegangenen Rate fällig und werden vorbehaltlich der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen jedes Mitglieds eingezahlt.

2. The initial number of shares to be subscribed to by countries which are admitted to membership in accordance with paragraph 2 of Article 3 of this Agreement shall be determined by the Board of Governors; provided, however, that no such subscription shall be authorized which would have the effect of reducing the percentage of capital stock held by countries which are members of the European Economic Community, together with the European Economic Community and the European Investment Bank, below the majority of the total subscribed capital stock.

3. The Board of Governors shall at intervals of not more than five (5) years review the capital stock of the Bank. In case of an increase in the authorized capital stock, each member shall have a reasonable opportunity to subscribe, under such uniform terms and conditions as the Board of Governors shall determine, to a proportion of the increase in stock equivalent to the proportion which its stock subscribed bears to the total subscribed capital stock immediately prior to such increase. No member shall be obliged to subscribe to any part of an increase of capital stock.

4. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, the Board of Governors may, at the request of a member, increase the subscription of that member, or allocate shares to that member within the authorized capital stock which are not taken up by other members; provided, however, that such increase shall not have the effect of reducing the percentage of capital stock held by countries which are members of the European Economic Community, together with the European Economic Community and the European Investment Bank, below the majority of the total subscribed capital stock.

5. Shares of stock initially subscribed to by members shall be issued at par. Other shares shall be issued at par unless the Board of Governors, by a vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than two-thirds of the total voting power of the members, decides to issue them in special circumstances on other terms.

6. Shares of stock shall not be pledged or encumbered in any manner whatsoever, and they shall not be transferable except to the Bank in accordance with Chapter VII of this Agreement.

7. The liability of the members on shares shall be limited to the unpaid portion of their issue price. No member shall be liable, by reason of its membership, for obligations of the Bank.

Article 6

Payment of subscriptions

1. Payment of the paid-in shares of the amount initially subscribed to by each Signatory to this Agreement, which becomes a member in accordance with Article 61 of this Agreement, shall be made in five (5) instalments of twenty (20) per cent each of such amount. The first instalment shall be paid by each member within sixty (60) days after the date of the entry into force of this Agreement, or after the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval in accordance with Article 61, if this latter is later than the date of the entry into force. The remaining four (4) instalments shall each become due successively one year from the date on which the preceding instalment became due and shall each, subject to the legislative requirements of each member, be paid.

2. Le nombre initial d'actions à souscrire par les pays admis à devenir membres conformément au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord est déterminé par le Conseil des gouverneurs, étant entendu, cependant, qu'une telle souscription ne peut avoir pour effet de ramener le pourcentage d'actions détenues conjointement par les pays membres de la Communauté économique européenne, la Communauté économique européenne et la Banque européenne d'investissement à moins de la majorité de la totalité du capital souscrit.

3. Au moins tous les cinq (5) ans, le Conseil des gouverneurs procède à une révision du capital social de la Banque. En cas d'augmentation du capital social autorisé, chaque membre se voit offrir, selon les conditions et modalités uniformes fixées par le Conseil des gouverneurs, une possibilité raisonnable de souscrire une fraction de l'augmentation équivalente au rapport qui existe entre le nombre des actions déjà souscrites par lui et le capital social total de la Banque immédiatement avant l'augmentation. Aucun membre n'est tenu de souscrire une fraction quelconque d'une augmentation de capital.

4. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent Article, le Conseil des gouverneurs peut, à la demande d'un membre, augmenter la part de ce membre ou allouer à ce membre des parts du capital social autorisé qui n'ont pas été souscrites par d'autres membres; mais cette augmentation ou allocation de parts ne doit pas avoir pour effet de ramener le pourcentage d'actions détenues conjointement par les pays membres de la Communauté économique européenne, la Communauté économique européenne et la Banque européenne d'investissement à moins de la majorité de la totalité du capital souscrit.

5. Les actions initialement souscrites par les membres sont émises au pair. Les autres actions sont émises au pair à moins que, par un vote à la majorité des deux tiers au moins du nombre des gouverneurs, représentant au moins les deux tiers du nombre total des voix attribuées aux membres, le Conseil des gouverneurs décide, dans des circonstances particulières, d'une souscription selon d'autres modalités.

6. Les parts ne doivent être ni données en nantissement, ni grevées de charges de quelque manière que ce soit, ni cédées, sauf à la Banque dans les conditions prévues par le chapitre VII du présent Accord.

7. La responsabilité encourue par les membres au titre des actions est limitée à la partie non versée de leur prix d'émission. Aucun membre ne peut, du fait de sa qualité de membre, être tenu pour responsable des obligations contractées par la Banque.

Article 6

Paiement des souscriptions

1. Le paiement des actions libérées du capital initial souscrit par les signataires du présent Accord qui deviennent membres conformément aux dispositions de l'article 61 du présent Accord s'effectue en cinq (5) versements représentant vingt (20) pour cent chacun. Le premier versement est effectué par chaque membre dans un délai de soixante (60) jours, soit après la date d'entrée en vigueur du présent Accord, soit après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, ou d'approbation conformément aux dispositions de l'article 61, si celui-ci intervient après la date d'entrée en vigueur. Les quatre versements suivants viennent à échéance successivement le dernier jour de la période d'un an qui suit immédiatement l'échéance précédente et sont effectués sous réserve des dispositions législatives propres à chaque membre.

2. Первоначальное количество акций, на которые должны подписаться страны, принятые в члены в соответствии с пунктом 2 статьи 3 настоящего Соглашения, определяется Советом управляющих, при условии, однако, что не будет допускаться такой подписки на акции, которая приведет к снижению процентной доли акционерного капитала, принадлежащего странам-членам Европейского экономического сообщества совместно с Европейским экономическим сообществом и Европейским инвестиционным банком, ниже уровня, соответствующего большинству от общей суммы акционерного капитала, на который осуществляется подписка.

3. Совет управляющих пересматривает акционерный капитал Банка не реже одного раза в пять (5) лет. В случае увеличения размера разрешенного к выпуску акционерного капитала, каждый член получает разумную возможность произвести подписку на единообразных условиях, устанавливаемых Советом управляющих, на определенную пропорциональную долю от увеличения акционерного капитала, эквивалентную пропорциональной доле акций, на которые осуществлена подписка, по отношению к общему размеру акционерного капитала Банка, на который произведена подписка, непосредственно перед указанным увеличением. Ни один член не обязан подписываться на какую-либо часть от увеличения размера акционерного капитала.

4. При условии соблюдения положений пункта 3 настоящей статьи Совет управляющих может по просьбе какого-либо члена увеличить сумму подписки указанного члена или распределить эту сумму члену, в пределах разрешенного к выпуску акционерного капитала, акции, не принятые другими членами, при условии, однако, что такое увеличение не приведет к сокращению процентной доли акционерного капитала, принадлежащего странам-членам Европейского экономического сообщества совместно с Европейским экономическим сообществом и Европейским инвестиционным банком, ниже уровня, соответствующего большинству от общей суммы акционерного капитала, на который осуществляется подписка.

5. Акции, на которые первоначально подписываются члены, выпускаются по номиналу. Другие акции выпускаются по номиналу, если Совет управляющих большинством не менее двух третей управляющих, представляющих не менее двух третей от общего количества голосов, на которые имеют право члены, не примет решения о выпуске акций в особых обстоятельствах на других условиях.

6. Акции не могут быть заложены или обременены каким-либо иным способом, они не могут быть переданы никому, кроме Банка в соответствии с главой VII настоящего Соглашения.

7. Ответственность членом по акциям ограничивается непоплаченной частью цены акций, установленной в момент их выпуска. Члены не несут ответственности, в силу своего членства, по обязательствам Банка.

Статья 6

Оплата акций, на которые произведена подписка

1. Выплата в счет оплачиваемых акций, на сумму первоначальной подписки каждой стороны, подписавшей настоящее Соглашение и ставшей членом в соответствии со статьей 61 настоящего Соглашения, производится пятью (5) взносами по двадцать (20) процентов от такой суммы каждый. Первый взнос выплачивается каждым членом в течение шестидесяти (60) дней от даты вступления в силу настоящего Соглашения или от даты депонирования его документа о ратификации, принятии или одобрении в соответствии со статьей 61, если депонирование будет иметь место после вступления в силу. Каждый из четырех оставшихся взносов подлежит уплате спустя один год с момента наступления срока уплаты предыдущего взноса, и каждый из них оплачивается с соблюдением требований законодательства каждого члена.

(2) Die Zahlung jeder Rate nach Absatz 1 dieses Artikels oder die Zahlung durch ein Mitglied, das nach Artikel 3 Absatz 2 aufgenommen wurde, kann zu fünfzig (50) v. H. in von dem betreffenden Mitglied ausgegebenen Schuldscheinen oder sonstigen Schuldverschreibungen erfolgen, die auf ECU, US-Dollar oder Yen lauten; sie werden in dem Umfang abgerufen, in dem die Bank Mittel für Zahlungen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit benötigt. Diese Schuldscheine oder Schuldverschreibungen sind nicht übertragbar, unverzinslich und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbar. Zahlungsaufforderungen für solche Schuldscheine oder Schuldverschreibungen haben während angemessener Zeiträume so zu erfolgen, daß der von einem Mitglied eingeforderte Betrag in ECU zum Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung der Anzahl der eingezahlten Anteile entspricht, die das betreffende Mitglied, das solche Schuldscheine oder Schuldverschreibungen hinterlegt, gezeichnet hat und hält.

(3) Sämtliche Zahlungsverpflichtungen eines Mitglieds aus der Zeichnung von Anteilen am ursprünglichen Stammkapital werden entweder in ECU oder in US-Dollar oder Yen auf der Grundlage des durchschnittlichen ECU-Wechselkurses der jeweiligen Währung für den Zeitraum vom 30. September 1989 bis zum 31. März 1990 erfüllt.

(4) Der auf das abrufbare Stammkapital der Bank gezeichnete Betrag wird unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 nur in dem Umfang und zu dem Zeitpunkt abgerufen, wie ihn die Bank zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten benötigt.

(5) Im Fall eines Abrufs nach Absatz 4 erfolgt die Zahlung durch das Mitglied in ECU, US-Dollar oder Yen. Dabei haben die Abrufe für alle abrufbaren Anteile zu einem einheitlichen ECU-Wert zu erfolgen, der zum Zeitpunkt des Abrufs berechnet wird.

(6) Der Ort für Zahlungen aufgrund dieses Artikels wird spätestens einen Monat nach der Eröffnungssitzung des Gouverneursrats von der Bank festgelegt; bis dahin wird die erste Rate nach Absatz 1 an die Europäische Investitionsbank als Treuhänderin der Bank gezahlt.

(7) Bei anderen Zeichnungen als den in den Absätzen 1, 2 und 3 vorgesehenen erfolgen die Zahlungen der Mitglieder aufgrund der Zeichnung eingezahlter Anteile am genehmigten Stammkapital in ECU, in US-Dollar oder in Yen entweder bar oder in Form von Schuldscheinen oder sonstigen Schuldverschreibungen.

(8) Im Sinne dieses Artikels umfaßt die Zahlung oder Denominierung in ECU die Zahlung oder Denominierung in jeder voll konvertierbaren Währung, wobei der Wert am Tag der Zahlung oder Einlösung dem Wert der betreffenden Verpflichtung in ECU entspricht.

Artikel 7

Ordentliches Kapital

In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „ordentliches Kapital“ der Bank

- i) das nach Artikel 5 gezeichnete genehmigte Stammkapital der Bank, zu dem sowohl die eingezahlten als auch die abrufbaren Anteile gehören;
- ii) Mittel, die durch Kreditaufnahme der Bank kraft der ihr in Artikel 20 Ziffer i zugewiesenen Befugnis aufgebracht werden und auf welche die Bestimmung des Artikels 6 Absatz 4 über den Abruf Anwendung findet;

2. Fifty (50) per cent of payment of each instalment pursuant to paragraph 1 of this Article, or by a member admitted in accordance with paragraph 2 of Article 3 of this Agreement, may be made in promissory notes or other obligations issued by such member and denominated in ECU, in United States dollars or in Japanese yen, to be drawn down as the Bank needs funds for disbursement as a result of its operations. Such notes or obligations shall be non-negotiable, non-interest-bearing and payable to the Bank at par value upon demand. Demands upon such notes or obligations shall, over reasonable periods of time, be made so that the value of such demands in ECU at the time of demand from each member is proportional to the number of paid-in shares subscribed to and held by each such member depositing such notes or obligations.

3. All payment obligations of a member in respect of subscription to shares in the initial capital stock shall be settled either in ECU, in United States dollars or in Japanese yen on the basis of the average exchange rate of the relevant currency in terms of the ECU for the period from 30 September 1989 to 31 March 1990 inclusive.

4. Payment of the amount subscribed to the callable capital stock of the Bank shall be subject to call, taking account of Articles 17 and 42 of this Agreement, only as and when required by the Bank to meet its liabilities.

5. In the event of a call referred to in paragraph 4 of this Article, payment shall be made by the member in ECU, in United States dollars or in Japanese yen. Such calls shall be uniform in ECU value upon each callable share calculated at the time of the call.

6. The Bank shall determine the place for any payment under this Article not later than one month after the inaugural meeting of its Board of Governors, provided that, before such determination, the payment of the first instalment referred to in paragraph 1 of this Article shall be made to the European Investment Bank, as trustee for the Bank.

7. For subscriptions other than those described in paragraphs 1, 2 and 3 of this Article, payments by a member in respect of subscription to paid-in shares in the authorized capital stock shall be made in ECU, in United States dollars or in Japanese yen whether in cash or in promissory notes or in other obligations.

8. For the purposes of this Article, payment or denomination in ECU shall include payment or denomination in any fully convertible currency which is equivalent on the date of payment or encashment to the value of the relevant obligation in ECU.

Article 7

Ordinary capital resources

As used in this Agreement, the term "ordinary capital resources" of the Bank shall include the following:

- (i) authorized capital stock of the Bank, including both paid-in and callable shares, subscribed to pursuant to Article 5 of this Agreement;
- (ii) funds raised by borrowings of the Bank by virtue of powers conferred by subparagraph (i) of Article 20 of this Agreement, to which the commitment to calls provided for in paragraph 4 of Article 6 of this Agreement is applicable;

2. Cinquante pour cent du paiement de chaque versement dû au titre du paragraphe 1 du présent article ou par un membre admis conformément au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord peut être fait en billets à ordre ou tout autre instrument émis par le membre et libellé soit en écus, soit en dollars des Etats-Unis, soit en yens, et prélevé en fonction des besoins de décaissement de la Banque liés à ses opérations. Ces billets ou instruments, incessibles et non porteurs d'intérêts, sont encaissés à leur valeur nominale à la demande de la Banque. L'encaissement de ces billets ou instruments est effectué de façon à ce que, sur des périodes raisonnables, leur valeur en écu soit, à la date de la demande, proportionnelle au nombre d'actions à libérer souscrites et détenues par chaque membre ayant déposé lesdits billets ou instruments.

3. Tout paiement fait par un membre au titre de sa souscription d'actions du capital social initial s'effectue soit en écus, soit en dollars des Etats-Unis, soit en yens, sur la base du taux de change moyen de la monnaie en question par rapport à l'écu pour la période allant du 30 septembre 1989 au 31 mars 1990 inclus.

4. Les montants souscrits en actions du capital social de la Banque sujettes à appel font l'objet d'un appel, conformément aux articles 17 et 42 du présent Accord, seulement aux dates et conditions fixées par la Banque pour faire face à ses engagements.

5. Dans le cas d'un appel tel que prévu au paragraphe 4 du présent article, le paiement est effectué par le membre soit en écus, soit en dollars des Etats-Unis, soit en yens. L'appel est effectué uniformément sur la base de la valeur en écus de chaque action sujette à appel, calculée au moment de l'appel.

6. Un mois au plus tard après la séance inaugurale du Conseil des gouverneurs, la Banque détermine le lieu où tous les paiements prévus par le présent article seront effectués, étant entendu que, jusqu'à ce que la Banque prenne cette décision, le paiement du premier versement visé au paragraphe 1 du présent article se fait auprès de la Banque Européenne d'Investissement, en sa qualité de mandataire (trustee) de la Banque.

7. Pour les souscriptions autres que celles visées aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent article, les paiements effectués par un membre au titre de sa souscription des parts libérées du capital social autorisé de la Banque le seront en écus, en dollars des Etats-Unis ou en yens, qu'il s'agisse de paiement en numéraire, par billets à ordre ou par tout autre instrument.

8. Aux fins du présent article, le paiement ou la dénomination en écus désigne notamment le paiement ou la dénomination dans toute monnaie pleinement convertible qui équivaut, à la date du paiement ou de l'encaissement, à la valeur de l'obligation concernée en écus.

Article 7

Ressources ordinaires en capital

Aux fins du présent Accord, le terme «ressources ordinaires en capital» de la Banque inclut:

- (i) le capital social autorisé de la Banque, souscrit en application de l'article 5 du présent Accord, et composé d'actions à libérer et d'actions sujettes à appel;
- (ii) les fonds obtenus par la Banque par voie d'emprunt en vertu des pouvoirs qui lui sont conférés par l'alinéa (i) de l'article 20 du présent Accord, et auxquels s'appliquent les dispositions relatives aux appels mentionnés au paragraphe 4 de l'article 6 du présent Accord;

2. Пятьдесят (50) процентов выплаты от суммы каждого взноса согласно пункту 1 настоящей статьи, или выплаты, которая производится членом, принятым в соответствии с пунктом 2 статьи 3 настоящего Соглашения, может быть произведено простыми векселями или другими обязательствами, выставленными таким членом и денонмированными в ЭКЮ, в долларах США или в японских иенах, которые предъявляются к оплате тогда, когда Банку потребуются средства для выплат по его операциям. Такие векселя или обязательства являются необоротными, беспроцентными и подлежащими оплате по требованию Банка по номиналу. Такие векселя или обязательства по истечении разумного периода времени предъявляются к оплате так, чтобы их сумма в ЭКЮ в момент предъявления к оплате каждому члену была пропорциональна количеству оплачиваемых акций, на которые подписался и которыми владеет каждый такой член, депонирующий векселя или обязательства.

3. Все платежные обязательства какого-либо члена в отношении подписки на акции первоначального акционерного капитала исполняются в ЭКЮ, в долларах США или в японских иенах на основе среднего обменного курса соответствующей валюты к ЭКЮ за период с 30 сентября 1989 г. по 31 марта 1990 г. включительно.

4. Выплата сумм в счет подлежащего оплате по требованию акционерного капитала Банка, на который осуществлена подписка, производится по требованию с учетом статей 17 и 42 настоящего Соглашения, лишь когда Банку это необходимо для исполнения своих обязательств.

5. В случае требования, упомянутого в пункте 4 настоящей статьи, выплата будет производиться членом в ЭКЮ, в долларах США или в японских иенах. Такие требования должны быть одинаковыми по стоимости в ЭКЮ применительно к каждой акции, подлежащей оплате по требованию, в исчислении на момент предъявления требования.

6. Банк определит место любого платежа по настоящей статье не позднее, чем через один месяц после вступительного заседания Совета управляющих, при условии, что до такого определения первый взнос, упомянутый в пункте 1 настоящей статьи, будет сделан Европейскому инвестиционному банку в качестве доверенного лица Банка.

7. В случае подписки на акции на иных условиях, чем те, что указаны в пунктах 1, 2 и 3 настоящей статьи, член производит выплаты в отношении подписки на оплачиваемые акции разрешенного к выпуску акционерного капитала Банка в ЭКЮ, в долларах США или в японских иенах наличными, либо простыми векселями, либо другими обязательствами.

8. Для целей настоящей статьи оплата или денонминация в ЭКЮ включает оплату или денонминацию в любой полностью конвертируемой валюте, эквивалентной на дату платежа, или инкассации стоимости соответствующего обязательства в ЭКЮ.

Статья 7

Обычные основные ресурсы

Понятие «обычные основные ресурсы» Банка в том смысле, в каком оно применяется в настоящем Соглашении, включает в себя нижеследующее:

- (i) разрешенный к выпуску акционерный капитал Банка, включая оплачиваемые акции и акции, подлежащие оплате по требованию, на который осуществлена подписка по статье 5 настоящего Соглашения;
- (ii) средства, полученные путем заимствований Банка, на основании полномочий, определенных в подпункте (i) статьи 20 настоящего Соглашения, к которым относятся обязательства по требованиям, упомянутым в пункте 4 статьи 6 настоящего Соглашения;

- | | |
|--|---|
| <p>iii) Gelder aus der Rückzahlung von Darlehen oder Garantien und aus dem Erlös aus der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen, für welche die unter den Ziffern i und ii genannten Mittel verwendet worden sind;</p> <p>iv) Einnahmen aus Darlehen und Kapitalbeteiligungen, für welche die unter den Ziffern i und ii genannten Mittel verwendet worden sind, sowie Einnahmen aus Garantien und Emissionsübernahmen, die nicht Bestandteil der besonderen Geschäftstätigkeit der Bank sind;</p> <p>v) alle sonstigen Mittel oder Einnahmen, welche die Bank erhält und die nicht Bestandteil ihrer in Artikel 19 vorgesehenen Sonderfondsmittel sind.</p> | <p>(iii) funds received in repayment of loans or guarantees and proceeds from the disposal of equity investment made with the resources indicated in sub-paragraphs (i) and (ii) of this Article;</p> <p>(iv) income derived from loans and equity investment, made from the resources indicated in sub-paragraphs (i) and (ii) of this Article, and income derived from guarantees and underwriting not forming part of the special operations of the Bank; and</p> <p>(v) any other funds or income received by the Bank which do not form part of its Special Funds resources referred to in Article 19 of this Agreement.</p> |
|--|---|

Kapitel III
Geschäftstätigkeit

Artikel 8

Empfängerländer und Verwendung der Mittel

(1) Die Mittel und Fazilitäten der Bank werden ausschließlich zur Erfüllung des in Artikel 1 bezeichneten Zweckes und zur Wahrnehmung der in Artikel 2 bezeichneten Aufgaben verwendet.

(2) Die Bank kann ihre Geschäftstätigkeit in den mittel- und osteuropäischen Ländern ausüben, die beim Übergang zur Marktwirtschaft und bei der Förderung der privaten und unternehmerischen Initiative stetig voranschreiten und die durch konkrete Schritte und auf andere Weise die in Artikel 1 bezeichneten Grundsätze anwenden.

(3) In Fällen, in denen ein Mitglied eine Politik verfolgt, die mit Artikel 1 unvereinbar ist, oder bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände prüft das Direktorium, ob der Zugang eines Mitglieds zu den Mitteln der Bank ausgesetzt oder sonst geändert werden sollte und kann dem Gouverneursrat entsprechende Empfehlungen unterbreiten. Beschlüsse über diese Angelegenheiten faßt der Gouverneursrat mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten.

- (4) i) Jedes in Frage kommende Empfängerland kann die Bank ersuchen, ihm während eines Zeitraums von drei (3) Jahren, der nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens beginnt, für begrenzte Zwecke Zugang zu ihren Mitteln zu gewähren. Jedes derartige Ersuchen wird, sobald es gestellt ist, diesem Übereinkommen als Bestandteil beigefügt.

ii) Während dieses Zeitraums

- a) gewährt die Bank dem betreffenden Land sowie Unternehmen in seinem Hoheitsgebiet auf Ersuchen technische Hilfe und andere Arten von Unterstützung zur Finanzierung seiner Privatwirtschaft, zur Erleichterung des Übergangs staatseigener Unternehmen in Privateigentum und unter private Kontrolle sowie zur Unterstützung von Unternehmen, die auf Wettbewerbsgrundlage arbeiten und eine Teilnahme an der Marktwirtschaft anstreben; dabei gilt das in Artikel 11 Absatz 3 festgelegte Verhältnis;

- b) darf der Gesamtbetrag dieser Hilfe und Unterstützung den von dem betreffenden Land für seine Anteile gezahlten Gesamtbetrag in Barmitteln und Schuldscheinen nicht übersteigen.

Chapter III
Operations

Article 8

Recipient countries and use of resources

1. The resources and facilities of the Bank shall be used exclusively to implement the purpose and carry out the functions set forth, respectively, in Articles 1 and 2 of this Agreement.

2. The Bank may conduct its operations in countries from Central and Eastern Europe which are proceeding steadily in the transition towards market oriented economies and the promotion of private and entrepreneurial initiative, and which apply, by concrete steps and otherwise, the principles as set forth in Article 1 of this Agreement.

3. In cases where a member might be implementing policies which are inconsistent with Article 1 of this Agreement, or in exceptional circumstances, the Board of Directors shall consider whether access by a member to Bank resources should be suspended or otherwise modified and may make recommendations accordingly to the Board of Governors. Any decision on these matters shall be taken by the Board of Governors by a majority of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members.

4. (i) Any potential recipient country may request that the Bank provide access to its resources for limited purposes over a period of three (3) years beginning after the entry into force of this Agreement. Any such request shall be attached as an integral part of this Agreement as soon as it is made.

(ii) During such a period:

- (a) the Bank shall provide to such a country, and to enterprises in its territory, upon their request, technical assistance and other types of assistance directed to finance its private sector, to facilitate the transition of state-owned enterprises to private ownership and control, and to help enterprises operating competitively and moving to participation in the market oriented economy, subject to the proportion set forth in paragraph 3 of Article 11 of this Agreement;

- (b) the total amount of any assistance thus provided shall not exceed the total amount of cash disbursed and promissory notes issued by that country for its shares.

- (iii) les fonds reçus en remboursement de prêts ou de garanties, ou provenant de cessions de participations effectués grâce aux ressources visées aux alinéas (i) et (ii) du présent article;
 - (iv) les revenus provenant des prêts et des investissements en capital financés au moyen des ressources visées aux alinéas (i) et (ii) du présent article, et les revenus provenant de garanties et de souscriptions fermes ne ressortissant pas aux opérations spéciales de la Banque; et
 - (v) tous autres fonds ou revenus de la Banque ne ressortissant pas aux ressources des Fonds Spéciaux définis à l'article 19 du présent Accord.
- (iii) средства, полученные в счет погашения займов или по гарантиям, а также выручка от реализации инвестиций в акционерный капитал, осуществленных из ресурсов, указанных в подпунктах (i) и (ii) настоящей статьи;
 - (iv) доходы, полученные от предоставленных займов и от инвестиций в акционерный капитал, осуществленных из ресурсов, указанных в подпунктах (i) и (ii) настоящей статьи, и доходы от гарантий и от гарантированного размещения ценных бумаг, не относящихся к специальным операциям Банка; и
 - (v) любые иные средства или доходы, полученные Банком, которые не являются частью ресурсов специальных фондов, упомянутых в статье 19 настоящего Соглашения.

Chapitre III

Opérations

Article 8

Pays bénéficiaires et emploi des ressources

1. Les ressources et facilités de la Banque sont exclusivement employées pour remplir l'objet et les fonctions définies respectivement à l'article 1 et à l'article 2 du présent Accord.

2. La Banque peut exécuter ses opérations dans des pays d'Europe centrale et orientale qui procèdent à une transition résolue vers l'économie de marché, participent à la promotion de l'initiative privée et de l'esprit d'entreprise et appliquent, grâce à des mesures concrètes ou autres moyens, les principes énoncés à l'article 1 du présent Accord.

3. Au cas où un membre mettrait en œuvre une politique incompatible avec l'article 1 du présent Accord, ou dans des circonstances exceptionnelles, le Conseil d'administration examine si l'accès d'un membre aux ressources de la Banque doit être suspendu ou modifié, et peut faire les recommandations nécessaires au Conseil des gouverneurs. Toute décision en la matière est prise par le Conseil des gouverneurs à la majorité d'au moins deux tiers des gouverneurs, représentant au moins trois quarts du total des voix attribuées aux membres.

4. (i) Tout pays bénéficiaire potentiel peut demander que la Banque lui permette l'accès à ses ressources à des fins limitées et sur une période de trois (3) ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Accord. Toute demande de cette nature est jointe en tant que partie intégrante du présent Accord dès qu'elle a été présentée.

(ii) Au cours de cette période:

- a) la Banque fournit audit pays et aux entreprises situées sur son territoire, à leur demande, une assistance technique et tout autre type d'assistance visant à financer son secteur privé, à faciliter le passage d'entreprises d'Etat à la propriété et au contrôle privés et à aider les entreprises fonctionnant de manière concurrentielle et se préparant à opérer selon les règles de l'économie de marché, et ce dans la proportion visée au paragraphe 3 de l'article 11 du présent Accord;
- b) le montant total de toute assistance ainsi fournie ne peut excéder le montant total des liquidités décaissées et des billets à ordre émis par ledit pays au titre de ses actions.

Глава III

Операции

Статья 8

Страны-получатели и использование ресурсов

1. Ресурсы и услуги Банка используются исключительно для достижения его цели и выполнения его функций, определенных, соответственно, в статьях 1 и 2 настоящего Соглашения.

2. Банк может проводить свои операции в странах Центральной и Восточной Европы, которые последовательно осуществляют переход к экономике, ориентированной на рынок, и к развитию частной и предпринимательской инициативы и применяют, посредством конкретных мер или каким-либо иным путем, принципы, изложенные в статье 1 настоящего Соглашения.

3. В случае, если какой-либо член осуществляет политику, несовместимую со статьей 1 настоящего Соглашения, или в случае чрезвычайных обстоятельств, Совет директоров рассматривает вопрос о приостановке или каком-либо ином изменении доступа такого члена к ресурсам Банка и может сделать соответствующие рекомендации Совету управляющих. Совет управляющих принимает любое решение по таким вопросам большинством не менее двух третей управляющих, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, на которое имеют право члены.

4. (i) Любая страна-предполагаемый получатель может обратиться к Банку с просьбой об открытии доступа к его ресурсам для ограниченных целей на период три (3) года, начинающийся со вступления в силу настоящего Соглашения. Любая такая просьба будет приложена в качестве неотъемлемой части настоящего Соглашения, как только она будет сделана.

(ii) В течение такого периода:

- (a) Банк оказывает такой стране и предприятиям, находящимся на ее территории, по их просьбе, техническое содействие и другие виды содействия, направленные на финансирование ее частного сектора, на облегчение перехода государственных предприятий в частную собственность и под частный контроль и на оказание помощи предприятиям, действующим в условиях конкурентной среды и переходящим к участию в экономике, ориентированной на рынок, при условии соблюдения соотношения, установленного в пункте 3 статьи 11 настоящего Соглашения;
- (b) общая сумма любого такого содействия не превышает общей суммы платежей наличными и простых векселей, выставленных такой страной по ее акциям.

- iii) Am Ende dieses Zeitraums wird der Beschluß, einem solchen Land über die unter den Buchstaben a und b festgesetzten Grenzen hinaus Zugang zu den Mitteln zu gewähren, vom Gouverneursrat mit der Mehrheit von mindestens drei Vierteln der Gouverneure, die mindestens fünfundachtzig (85) v. H. der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, gefaßt.

- (iii) At the end of this period, the decision to allow such a country access beyond the limits specified in subparagraphs (a) and (b) shall be taken by the Board of Governors by a majority of not less than three-fourths of the Governors representing not less than eighty-five (85) per cent of the total voting power of the members.

Artikel 9

Ordentliche und besondere Geschäftstätigkeit

Die Geschäftstätigkeit der Bank gliedert sich in eine ordentliche Geschäftstätigkeit, die aus dem ordentlichen Kapital der Bank nach Artikel 7 finanziert wird, und eine besondere Geschäftstätigkeit, die aus den in Artikel 19 vorgesehenen Sonderfondsmitteln finanziert wird. Die beiden Arten der Geschäftstätigkeit können kombiniert werden.

Artikel 10

Trennung der Geschäftsbereiche

(1) Das ordentliche Kapital und die Sonderfondsmittel der Bank werden jederzeit und in jeder Hinsicht völlig getrennt gehalten, verwendet, festgelegt, angelegt oder anderweitig verwertet. Im Finanzausweis der Bank werden die Rücklagen der Bank zusammen mit der ordentlichen Geschäftstätigkeit und – getrennt davon – die besondere Geschäftstätigkeit der Bank aufgeführt.

(2) Das ordentliche Kapital der Bank wird unter keinen Umständen mit Verlusten oder Verbindlichkeiten aus der besonderen Geschäftstätigkeit oder anderen Tätigkeiten, für die ursprünglich Sonderfondsmittel verwendet oder bestimmt wurden, belastet oder zur Deckung derselben verwendet.

(3) Ausgaben, die unmittelbar mit der ordentlichen Geschäftstätigkeit zusammenhängen, gehen zu Lasten des ordentlichen Kapitals der Bank. Ausgaben, die unmittelbar mit der besonderen Geschäftstätigkeit zusammenhängen, gehen zu Lasten der Sonderfondsmittel. Alle sonstigen Ausgaben gehen vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 1 zu Lasten desjenigen Kontos, das die Bank bestimmt.

Artikel 11

Geschäftsmethoden

(1) Die Bank kann in Erfüllung ihres Zweckes und ihrer Aufgaben nach den Artikeln 1 und 2 jedes der nachstehenden Geschäfte einzeln oder zusammen betreiben:

- i) Gewährung beziehungsweise – zusammen mit multilateralen Institutionen, Geschäftsbanken oder sonstigen interessierten Kapitalgebern – Kofinanzierung von Darlehen oder Beteiligung an Darlehen an privatwirtschaftliche Unternehmen oder an auf Wettbewerbsgrundlage arbeitende und eine Teilnahme an der Marktwirtschaft anstrebende staats-eigene Unternehmen sowie an staats-eigene Unternehmen, deren Übergang in Privateigentum und unter private Kontrolle dadurch erleichtert werden soll; insbesondere soll dabei die Beteiligung von privatem und/oder ausländischem Kapital an solchen Unternehmen erleichtert beziehungsweise verstärkt werden;
- ii) a) Kapitalbeteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen;
- b) Kapitalbeteiligung an auf Wettbewerbsgrundlage arbeitenden und eine Teilnahme an der Marktwirtschaft anstrebenden staats-eigenen Unternehmen sowie an staats-eigenen Unternehmen, deren Übergang in Privateigentum und unter private Kontrolle erleichtert werden

Article 9

Ordinary and special operations

The operations of the Bank shall consist of ordinary operations financed from the ordinary capital resources of the Bank referred to in Article 7 of this Agreement and special operations financed from the Special Funds resources referred to in Article 19 of this Agreement. The two types of operations may be combined.

Article 10

Separation of operations

1. The ordinary capital resources and the Special Funds resources of the Bank shall at all times and in all respects be held, used, committed, invested or otherwise disposed of entirely separately from each other. The financial statements of the Bank shall show the reserves of the Bank, together with its ordinary operations, and, separately, its special operations.

2. The ordinary capital resources of the Bank shall under no circumstances be charged with, or used to discharge, losses or liabilities arising out of special operations or other activities for which Special Funds resources were originally used or committed.

3. Expenses appertaining directly to ordinary operations shall be charged to the ordinary capital resources of the Bank. Expenses appertaining directly to special operations shall be charged to Special Funds resources. Any other expenses shall, subject to paragraph 1 of Article 18 of this Agreement, be charged as the Bank shall determine.

Article 11

Methods of operation

1. The Bank shall carry out its operations in furtherance of its purpose and functions as set out in Articles 1 and 2 of this Agreement in any or all of the following ways:

- (i) by making, or cofinancing together with multilateral institutions, commercial banks or other interested sources, or participating in, loans to private sector enterprises, loans to any state-owned enterprise operating competitively and moving to participation in the market oriented economy, and loans to any state-owned enterprise to facilitate its transition to private ownership and control; in particular to facilitate or enhance the participation of private and/or foreign capital in such enterprises;
- (ii) (a) by investment in the equity capital of private sector enterprises;
- (b) by investment in the equity capital of any state-owned enterprise operating competitively and moving to participation in the market oriented economy, and investment in the equity capital of any state-owned enterprise to facilitate its transition to private ownership and control;

- (iii) A la fin de cette période, la décision de permettre l'accès aux ressources audit pays au-delà des limites indiquées aux alinéas (a) et (b) est prise par le Conseil des gouverneurs à la majorité d'au moins trois quarts des gouverneurs, représentant au moins quatre-vingt cinq (85) pour cent du nombre total des voix attribuées des membres.

Article 9

Opérations ordinaires et spéciales

Les opérations de la Banque comprennent les opérations ordinaires financées sur des ressources ordinaires en capital de la Banque, définies à l'article 7 du présent Accord, et les opérations spéciales financées sur des ressources des Fonds Spéciaux définies à l'article 19 du présent Accord. Les deux types d'opérations peuvent être combinés.

Article 10

Séparation des opérations

1. Les ressources ordinaires en capital et celles des Fonds Spéciaux de la Banque sont, à tout moment et à tous égards, détenues, utilisées, engagées, investies ou autrement employées de manière totalement séparée. Les états financiers de la Banque font apparaître les réserves de la Banque ainsi que ses opérations ordinaires et, de manière séparée, ses opérations spéciales.

2. Les ressources ordinaires en capital de la Banque ne peuvent en aucun cas supporter ou servir à apurer les pertes ou les obligations découlant d'opérations spéciales ou d'autres activités pour lesquelles des ressources des Fonds Spéciaux ont été à l'origine utilisées ou engagées.

3. Les dépenses directement liées aux opérations ordinaires sont imputées sur les ressources ordinaires en capital. Les dépenses directement liées aux opérations spéciales sont imputées sur les ressources des Fonds Spéciaux. Toute autre forme de dépense est imputée, sous réserve du paragraphe 1 de l'article 18 du présent Accord, dans les conditions définies par la Banque.

Article 11

Méthodes de fonctionnement

1. Dans la poursuite de ses objectifs et l'exercice de sa mission tels qu'ils sont définis aux articles 1 et 2 du présent Accord, la Banque effectue ses opérations de l'une quelconque ou de toutes les manières suivantes:

- (i) Soit en accordant des prêts en faveur d'entreprises du secteur privé, de toute entreprise d'Etat fonctionnant de manière concurrentielle et se préparant à opérer selon les règles de l'économie de marché ou de toute entreprise d'Etat en vue de favoriser sa transition vers la propriété et le contrôle privés, soit en cofinçant de tels prêts avec des institutions multilatérales, des banques commerciales ou d'autres sources de financement intéressées, soit en participant à de tels prêts, le but étant notamment de renforcer ou de faciliter la participation des capitaux privés et/ou étrangers dans ces entreprises;
- (ii) (a) en prenant des participations dans des entreprises du secteur privé;
- (b) en prenant des participations dans toute entreprise d'Etat fonctionnant de manière concurrentielle et se préparant à opérer selon les règles de l'économie de marché et en prenant des participations dans toute entreprise d'Etat en vue de favoriser sa transition vers la

- (iii) в конце такого периода Совет управляющих большинством не менее трех четвертей управляющих, представляющих не менее, чем восемьдесят пять (85) процентов от общего количества голосов, на которое имеют право члены, принимает решение о предоставлении такой стране доступа, выходящего за пределы ограничений, указанных в подпунктах (a) и (b).

Статья 9

Обычные и специальные операции

Операции Банка состоят из обычных операций, финансируемых из обычных основных ресурсов Банка, упомянутых в статье 7 настоящего Соглашения, и специальных операций, финансируемых из ресурсов специальных фондов, упомянутых в статье 19 настоящего Соглашения. Возможно сочетание обоих типов операций.

Статья 10

Разделение операций

1. Обычные основные ресурсы и ресурсы специальных фондов Банка постоянно и во всех отношениях учитываются, используются, передаются по обязательствам, инвестируются или размещаются иным образом полностью отдельно друг от друга. В балансовых счетах Банка показываются резервы Банка вместе с его обычными операциями, а специальные операции показываются отдельно.

2. Обычные основные ресурсы Банка ни при каких условиях не могут быть израсходованы или использованы для покрытия убытков или исполнения обязательств, вытекающих из специальных операций или иной деятельности, для которой первоначально использовались или предназначались ресурсы из специальных фондов.

3. Расходы непосредственно по обычным операциям осуществляются за счет обычных основных ресурсов Банка. Расходы непосредственно по специальным операциям осуществляются за счет ресурсов специальных фондов. Любые иные расходы, при условии соблюдения пункта 1 статьи 18 настоящего Соглашения, осуществляются по усмотрению Банка.

Статья 11

Способы проведения операций

1. Банк ведет свои операции в соответствии со своей целью и функциями, изложенными в статьях 1 и 2 настоящего Соглашения, любым или всеми нижеперечисленными способами:

- (i) предоставление займов, либо совместное с многосторонними институтами, коммерческими банками или иными заинтересованными учреждениями финансирование, либо участие в займах предприятиям частного сектора, любому государственному предприятию, действующему в условиях конкуренции и переходящему к участию в экономике, ориентированной на рынок, и займов любому государственному предприятию в целях облегчения его перехода в частную собственность и под частный контроль; в частности, для того, чтобы способствовать или облегчить участие частного и/или иностранного капитала в таких предприятиях;
- (ii) (a) инвестиции в акционерный капитал предприятий частного сектора;
- (b) инвестиции в акционерный капитал любого государственного предприятия, действующего в условиях конкуренции и переходящего к участию в экономике, ориентированной на рынок, и инвестиции в акционерный капитал любого государственного

soll; insbesondere soll dabei die Beteiligung von privatem und/oder ausländischem Kapital an solchen Unternehmen erleichtert beziehungsweise verstärkt werden;

- c) Übernahme von Wertpapieremissionen privatwirtschaftlicher Unternehmen sowie der unter Buchstabe b genannten staatseigenen Unternehmen für die unter jenem Buchstaben genannten Ziele, falls andere Finanzierungsformen nicht geeignet sind;
- iii) Erleichterung des Zugangs zu inländischen und internationalen Kapitalmärkten für privatwirtschaftliche Unternehmen oder andere unter Ziffer i bezeichnete Unternehmen zur Erfüllung der unter der genannten Ziffer erwähnten Ziele durch Gewährung von Garantien, falls andere Finanzierungsformen nicht geeignet sind, sowie durch Finanzberatung und sonstige Formen der Unterstützung;
- iv) Einsatz von Sonderfondsmitteln entsprechend den für ihre Verwendung geltenden Übereinkünften;
- v) Gewährung von Darlehen oder Beteiligung an Darlehen sowie Bereitstellung technischer Hilfe zum Wiederaufbau oder zum Ausbau der für die Entwicklung einer Privatwirtschaft und den Übergang zur Marktwirtschaft erforderlichen Infrastruktur einschließlich Umweltprogramme.

Im Sinne dieses Absatzes gilt ein staatseigenes Unternehmen nur dann als auf Wettbewerbsgrundlage arbeitend, wenn es wettbewerbsungebunden ist und in einem vom Wettbewerb geprägten marktwirtschaftlichen Umfeld tätig ist sowie dem Konkursrecht unterliegt.

- (2) i) Das Direktorium überprüft mindestens einmal jährlich die Geschäftstätigkeit und die Kreditvergabestrategie der Bank in den einzelnen Empfängerländern, um sicherzustellen, daß dem Zweck und den Aufgaben der Bank nach den Artikeln 1 und 2 voll entsprochen wird. Beschlüsse auf der Grundlage einer solchen Überprüfung bedürfen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Direktoren, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten.
- ii) im Rahmen dieser Überprüfung werden unter anderem die Fortschritte der einzelnen Empfängerländer bei der Dezentralisierung, Beseitigung der Monopole und Privatisierung sowie die jeweiligen Anteile der Darlehen an privatwirtschaftliche Unternehmen, an staatseigene Unternehmen, die sich im Übergang zur Teilnahme an der Marktwirtschaft oder in Privatisierung befinden, für Infrastruktur, technische Hilfe und sonstige Zwecke geprüft.
- (3) i) Unbeschadet der in diesem Artikel genannten sonstigen Tätigkeiten der Bank werden höchstens vierzig (40) v. H. des Gesamtbetrags der von der Bank gewährten Darlehen, Garantien und Kapitalbeteiligungen dem staatlichen Sektor zur Verfügung gestellt. Diese prozentuale Einschränkung gilt zunächst für einen Gesamtzeitraum von zwei (2) Jahren ab dem Tag der Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank, danach für jedes einzelne Geschäftsjahr.

in particular to facilitate or enhance the participation of private and/or foreign capital in such enterprises; and

- (c) by underwriting, where other means of financing are not appropriate, the equity issue of securities by both private sector enterprises and such state-owned enterprises referred to in (b) above for the ends mentioned in that subparagraph;
- (iii) by facilitating access to domestic and international capital markets by private sector enterprises or by other enterprises referred to in subparagraph (i) of this paragraph for the ends mentioned in that subparagraph, through the provision of guarantees, where other means of financing are not appropriate, and through financial advice and other forms of assistance;
- (iv) by deploying Special Funds resources in accordance with the agreements determining their use; and
- (v) by making or participating in loans and providing technical assistance for the reconstruction or development of infrastructure, including environmental programmes, necessary for private sector development and the transition to a market oriented economy.

For the purposes of this paragraph, a state-owned enterprise shall not be regarded as operating competitively unless it operates autonomously in a competitive market environment and unless it is subject to bankruptcy laws.

2. (i) The Board of Directors shall review at least annually the Bank's operations and lending strategy in each recipient country to ensure that the purpose and the functions of the Bank, as set out in Articles 1 and 2 of this Agreement, are fully served. Any decision pursuant to such a review shall be taken by a majority of not less than two-thirds of the Directors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members.
- (ii) The said review shall involve the consideration of, inter alia, each recipient country's progress made on decentralization, demonopolization and privatization and the relative shares of the Bank's lending to private enterprises, to state-owned enterprises in the process of transition to participation in the market-oriented economy or privatization, for infrastructure, for technical assistance, and for other purposes.
3. (i) Not more than forty (40) per cent of the amount of the Bank's total committed loans, guarantees and equity investments, without prejudice to its other operations referred to in this Article, shall be provided to the state sector. Such percentage limit shall apply initially over a two (2) year period, from the date of commencement of the Bank's operations, taking one year with another, and thereafter in respect of each subsequent financial year.

propriété et le contrôle privés, le but étant notamment de faciliter ou de renforcer la participation des capitaux privés et/ou étrangers dans ces entreprises;

- (c) en garantissant, lorsque d'autres moyens de financement ne sont pas adéquats, l'émission de titres par des entreprises du secteur privé et des entreprises d'Etat telles que celles visées à l'alinéa (b) ci-dessus aux fins mentionnées dans cet alinéa;
- (iii) en facilitant l'accès des marchés de capitaux nationaux et internationaux aux entreprises du secteur privé ou aux autres entreprises visées à l'alinéa (i) du présent paragraphe aux fins décrites par cet alinéa, par l'octroi de garanties, lorsque d'autres moyens de financement ne sont pas adéquats, et par la mise à disposition de conseils en matière financière ou de toutes autres formes d'assistance;
- (iv) en employant les ressources des Fonds Spéciaux conformément aux accords définissant leur utilisation; et
- (v) en accordant ou en participant à des prêts et en fournissant une assistance technique pour la reconstruction et le développement des infrastructures, y compris les programmes liés à la protection de l'environnement, nécessaires au développement du secteur privé et à la transition vers une économie de marché;

Aux fins du présent paragraphe, une entreprise d'Etat n'est pas considérée comme fonctionnant de manière concurrentielle si elle n'est pas gérée de façon autonome dans un environnement de marché concurrentiel et si elle n'est pas soumise aux lois régissant la faillite.

2. (i) Le Conseil d'administration procède à un examen au moins annuel des opérations et de la stratégie de la Banque en matière de prêts dans chaque pays bénéficiaire pour s'assurer que l'objet et la mission de la Banque tels qu'ils sont définis aux articles 1 et 2 du présent Accord sont pleinement remplis. Toute décision résultant de cet examen est prise à la majorité des deux tiers au moins des administrateurs, représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux membres.
- (ii) Cet examen comprend, entre autres, l'analyse des progrès réalisés par chaque pays bénéficiaire en matière de décentralisation, de démantèlement des monopoles et de privatisation de son économie; il tient compte également de la proportion des prêts consentis aux entreprises privées et aux entreprises d'Etat engagées dans un processus d'évolution vers l'économie de marché ou de privatisation, au titre des infrastructures, de l'assistance technique et à d'autres fins.
3. (i) Sans préjudice des autres opérations visées par le présent article, quarante (40) pour cent au plus du montant total des engagements de la Banque en matière de prêts, de garanties et de prises de participation, sont consacrés au secteur d'Etat. Dans un premier temps, cette limite s'appliquera pendant une période de deux (2) ans considérée globalement à compter du début des opérations de la Banque, puis pour chaque exercice ultérieur.

предприятия в целях облегчения его перехода в частную собственность и под частный контроль; в частности, для того, чтобы облегчить или способствовать участию частного и/или иностранного капитала в таких предприятиях; и

- (c) когда другие способы финансирования нецелесообразны, гарантированное размещение ценных бумаг, выпускаемых как предприятиями частного сектора, так и государственными предприятиями, упомянутыми в подпункте (b) выше, для целей, указанных в этом подпункте;
- (iii) облегчение доступа предприятий частного сектора и других предприятий, упомянутых в подпункте (i) настоящего пункта, к внутренним и международным рынкам капитала для достижения целей, указанных в том же подпункте, путем предоставления гарантий, когда нецелесообразно применять другие средства финансирования, а также путем предоставления финансовых консультаций и оказания содействия в других формах;
- (iv) размещение ресурсов специальных фондов в соответствии с соглашениями, определяющими их использование; и
- (v) предоставление или участие в займах и оказание технического содействия для реконструкции или развития инфраструктуры, включая природоохранные программы, необходимой для развития частного сектора и для перехода к экономике, ориентированной на рынок.

Для целей настоящего пункта государственным предприятием, действующим в конкурентной рыночной среде, считается только то предприятие, которое действует самостоятельно в конкурентной рыночной среде и подпадает под законодательство о банкротстве.

2. (i) Совет директоров не реже одного раза в год рассматривает осуществляемые в каждой стране-получателе операции Банка и его стратегию в области предоставления займов для обеспечения полного соблюдения цели и функций Банка, как они определены в статьях 1 и 2 настоящего Соглашения. Любое решение, вытекающее из указанного рассмотрения, принимается большинством не менее двух третей директоров, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, на которое имеют право члены.
- (ii) Указанное рассмотрение включает, помимо прочего, рассмотрение прогресса каждой страны-получателя в области децентрализации, демонаполизации и разгосударствления (приватизации), а также рассмотрение относительных долей займов, предоставляемых Банком частным предприятиям, государственным предприятиям, находящимся в процессе перехода к участию в экономике, ориентированной на рынок, или в процессе разгосударствления (приватизации), на инфраструктуру, на оказание технического содействия и на другие цели.
3. (i) Государственному сектору предоставляется не более сорока (40) процентов суммы всех займов, гарантий и инвестиций в акционерный капитал, предоставляемых Банком, без ущерба для других его операций, упомянутых в настоящей статье. Указанное процентное ограничение первоначально применяется в течение двухлетнего периода от даты начала операций Банка, причем двухлетний период понимается в значении два (2) года подряд, а впоследствии указанное ограничение будет относиться к каждому последующему финансовому году.

- | | |
|--|--|
| <p>ii) Unbeschadet der in diesem Artikel genannten sonstigen Tätigkeiten der Bank werden je Land höchstens vierzig (40) v. H. des Gesamtbetrags der von ihr gewährten Darlehen, Garantien und Kapitalbeteiligungen während eines Gesamtzeitraums von fünf (5) Jahren dem staatlichen Sektor zur Verfügung gestellt.</p> <p>iii) Im Sinne dieses Absatzes</p> <p>a) umfaßt der staatliche Sektor die Zentralregierungen und Gebietskörperschaften, ihre Behörden sowie die ihnen gehörenden oder von ihnen kontrollierten Unternehmen;</p> <p>b) gelten Darlehen oder Garantien an staats eigene Unternehmen, die ein Programm zur Überführung in Privateigentum und unter private Kontrolle durchführen, oder Kapitalbeteiligungen an solchen Unternehmen nicht als dem staatlichen Sektor zur Verfügung gestellt;</p> <p>c) gelten Darlehen an einen Finanzmittler zur Weitergabe an die Privatwirtschaft nicht als dem staatlichen Sektor gewährt.</p> | <p>(ii) For any country, not more than forty (40) per cent of the amount of the Bank's total committed loans, guarantees and equity investments over a period of five (5) years, taking one year with another, and without prejudice to the Bank's other operations referred to in this Article, shall be provided to the state sector.</p> <p>(iii) For the purposes of this paragraph,</p> <p>(a) the state sector includes national and local governments, their agencies, and enterprises owned or controlled by any of them;</p> <p>(b) a loan or guarantee to, or equity investment in, a state-owned enterprise which is implementing a programme to achieve private ownership and control shall not be considered as made to the state sector;</p> <p>(c) loans to a financial intermediary for onlending to the private sector shall not be considered as made to the state sector.</p> |
|--|--|

Artikel 12

Grenzen der ordentlichen Geschäftstätigkeit

(1) Der ausstehende Gesamtbetrag der von der Bank im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit gewährten Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Garantien darf zu keiner Zeit erhöht werden, wenn dadurch der Gesamtbetrag des unverminderten gezeichneten Kapitals und der zum ordentlichen Kapital gehörenden Rücklagen und Überschüsse überschritten würde.

(2) Der Betrag einer Kapitalbeteiligung darf normalerweise einen vom Direktorium aufgrund einer allgemeinen Regel als angemessen festgesetzten Hundertsatz des Grundkapitals des betreffenden Unternehmens nicht überschreiten. Die Bank wird durch eine derartige Beteiligung keinen beherrschenden Einfluß auf das Unternehmen anstreben; sie wird keinen derartigen Einfluß ausüben noch eine direkte Verantwortung für die Leitung eines Unternehmens übernehmen, an dem sie beteiligt ist, es sei denn bei tatsächlicher oder drohender Nichterfüllung der Verpflichtungen in bezug auf die Beteiligung, bei tatsächlicher oder drohender Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens, an dem sie beteiligt ist, oder bei Vorliegen anderer Umstände, die nach Auffassung der Bank die Beteiligung zu gefährden drohen; in diesem Fall kann die Bank alle Maßnahmen ergreifen und alle Rechte ausüben, die sie zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich erachtet.

(3) Der Betrag der von der Bank eingegangenen Kapitalbeteiligungen darf den Gesamtbetrag ihres unverminderten eingezahlten gezeichneten Kapitals, ihrer Überschüsse und ihrer allgemeinen Rücklage zu keiner Zeit überschreiten.

(4) Die Bank darf weder Garantien für Exportkredite übernehmen noch Versicherungsgeschäfte betreiben.

Artikel 13

Geschäftsgrundsätze

Für die Geschäftstätigkeit der Bank gelten folgende Grundsätze:

- i) Die Bank wendet bei allen ihren Geschäften gesunde Bankgrundsätze an;

Article 12

Limitations on ordinary operations

1. The total amount of outstanding loans, equity investments and guarantees made by the Bank in its ordinary operations shall not be increased at any time, if by such increase the total amount of its unimpaired subscribed capital, reserves and surpluses included in its ordinary capital resources would be exceeded.

2. The amount of any equity investment shall not normally exceed such percentage of the equity capital of the enterprise concerned as shall be determined, by a general rule, to be appropriate by the Board of Directors. The Bank shall not seek to obtain by such an investment a controlling interest in the enterprise concerned and shall not exercise such control or assume direct responsibility for managing any enterprise in which it has an investment, except in the event of actual or threatened default on any of its investments, actual or threatened insolvency of the enterprise in which such investment shall have been made, or other situations which, in the opinion of the Bank, threaten to jeopardize such investment, in which case the Bank may take such action and exercise such rights as it may deem necessary for the protection of its interests.

3. The amount of the Bank's disbursed equity investments shall not at any time exceed an amount corresponding to its total unimpaired paid-in subscribed capital, surpluses and general reserve.

4. The Bank shall not issue guarantees for export credits nor undertake insurance activities.

Article 13

Operating principles

The Bank shall operate in accordance with the following principles:

- (i) the Bank shall apply sound banking principles to all its operations;

- (ii) Quel que soit le pays, et sans préjudice des autres opérations visées par le présent article, quarante (40) pour cent au plus du montant total des engagements de la Banque en matière de prêts, de garanties et de prises de participation sont consacrés au secteur d'Etat pendant une période de cinq (5) ans considérée globalement.
- (iii) Aux fins du présent paragraphe,
- le secteur d'Etat comprend les gouvernements nationaux, les administrations locales, les organismes et les entreprises qu'ils possèdent ou contrôlent;
 - ne sont pas considérés comme concours au secteur d'Etat les prêts et garanties accordés à des entreprises d'Etat ou les prises de participation effectuées au sein de telles entreprises qui mettent en œuvre un programme les privatisant ou faisant passer leur direction sous propriété et contrôle privés;
 - ne sont pas considérés comme concours au secteur d'Etat les prêts consentis à des intermédiaires financiers qui les utilisent pour financer des opérations du secteur privé.

Article 12

Limitation des opérations ordinaires

1. Le montant total de l'encours des prêts, des participations et des garanties réalisés par la Banque au titre de ses opérations ordinaires ne doit à aucun moment être augmenté si cette augmentation entraîne un dépassement du montant total de son capital social net d'obligations, des réserves et des excédents compris dans ses ressources ordinaires en capital.

2. Le montant total de toute prise de participation ne dépasse pas, en règle générale, le pourcentage du capital social de l'entreprise concernée que le Conseil d'administration juge approprié. La Banque ne cherche pas à obtenir par de telles prises de participation le contrôle de l'entreprise concernée; elle n'exerce pas un tel contrôle et n'assume pas de responsabilité directe dans la gestion des entreprises dans lesquelles elle a investi, sauf en cas de défaut ou de menace de défaut pesant sur ses investissements, ou en cas d'insolvabilité effective ou potentielle de l'entreprise auprès de laquelle elle a fait ces investissements, ou dans d'autres situations qui, du point de vue de la Banque, menacent lesdits investissements, la Banque peut prendre toute initiative ou exercer tout droit qu'elle juge nécessaire aux quels cas pour protéger ses intérêts.

3. L'encours des prises de participation décaissées par la Banque ne doit à aucun moment dépasser le montant de son capital souscrit en actions à libérer net d'obligations, augmenté des excédents et de la réserve générale.

4. La Banque n'accorde pas de garanties sur des crédits à l'exportation et n'exerce aucune activité d'assurance.

Article 13

Principes des opérations

Les opérations de la Banque sont menées selon les principes suivants:

- (i) la Banque applique les principes d'une saine gestion bancaire dans toutes ses opérations;

(ii) Государственному сектору какой-либо страны предоставляется не более сорока (40) процентов суммы всех займов, гарантий и инвестиций в акционерный капитал, предоставляемых Банком, без ущерба для других его операций, упомянутых в настоящей статье, в течение пятилетнего периода, причем пятилетний период понимается в значении пять (5) лет подряд.

(iii) Для целей настоящего пункта:

- государственный сектор включает центральные и местные органы власти, их учреждения, а также предприятия, которые находятся в их собственности или под их контролем;
- займ или гарантия, или инвестиции в акционерный капитал государственного предприятия, которое осуществляет программу, направленную на переход в частную собственность и под частный контроль, не рассматриваются как предоставляемые государственному сектору;
- займы, предоставляемые финансовому посреднику с целью передачи их частному сектору, не рассматриваются как предоставляемые государственному сектору.

Статья 12

Ограничения по обычным операциям

1. Общая сумма непогашенных займов, инвестиций в акционерный капитал и гарантий, предоставленных Банком по своим обычным операциям, не должна увеличиваться ни при каких условиях, если при таком увеличении превышает общую сумму необремененного капитала, на который осуществлена подписка, резервов и активного сальдо, включенных в обычные общие ресурсы Банка.

2. Сумма каких-либо инвестиций в акционерный капитал обычно не должна превышать ту процентную долю акционерного капитала соответствующего предприятия, которая определена Советом директоров целесообразной по общему правилу. Банк не стремится путем таких инвестиций к получению контрольного пакета акций соответствующего предприятия и не осуществляет контроль или не несет непосредственной ответственности за управление любым предприятием, в которое он вложил капитал, кроме тех случаев, когда речь идет о фактической неуплате по каким-либо его инвестициям, о фактической неплатежеспособности предприятия, в которое Банк вложил капитал, или об угрозе неуплаты и неплатежеспособности, либо о других ситуациях, которые, по мнению Банка, могут поставить под угрозу указанные инвестиции; в таком случае Банк может принимать такие меры и осуществлять такие права, которые он сочтет необходимыми для защиты своих интересов.

3. Сумма инвестиций Банка в оплаченный акционерный капитал ни в коем случае не должна превышать общей суммы необремененного оплачиваемого капитала Банка, на который осуществлена подписка, активного сальдо и общих резервов.

4. Банк не выдает гарантий по экспортным кредитам и не занимается страхованием.

Статья 13

Принципы деятельности

Банк действует в соответствии с нижеследующими принципами:

- (i) Банк во всех своих операциях руководствуется здоровыми банковскими принципами;

- | | |
|---|---|
| <p>ii) die Geschäftstätigkeit der Bank dient der Finanzierung bestimmter Vorhaben, bei denen es sich entweder um Einzelvorhaben oder um Vorhaben im Rahmen bestimmter Investitionsprogramme handeln kann, sowie der Bereitstellung technischer Hilfe zur Erfüllung ihres Zweckes und ihrer Aufgaben nach den Artikeln 1 und 2;</p> | <p>(ii) the operations of the Bank shall provide for the financing of specific projects, whether individual or in the context of specific investment programmes, and for technical assistance, designed to fulfil its purpose and functions as set out in Articles 1 and 2 of this Agreement;</p> |
| <p>iii) die Bank finanziert keine Vorhaben im Hoheitsgebiet eines Mitglieds, wenn dieses Mitglied dagegen Einspruch erhebt;</p> | <p>(iii) the Bank shall not finance any undertaking in the territory of a member if that member objects to such financing;</p> |
| <p>iv) die Bank läßt nicht zu, daß ein unverhältnismäßig großer Teil ihrer Mittel zugunsten eines einzelnen Mitglieds verwendet wird;</p> | <p>(iv) the Bank shall not allow a disproportionate amount of its resources to be used for the benefit of any member;</p> |
| <p>v) die Bank achtet bei allen ihren Kapitalanlagen auf eine angemessene Streuung;</p> | <p>(v) the Bank shall seek to maintain reasonable diversification in all its investments;</p> |
| <p>vi) ein Darlehen oder eine Garantie wird erst dann gewährt oder eine Kapitalbeteiligung wird erst dann eingegangen, wenn der Antragsteller einen geeigneten Vorschlag eingereicht und der Präsident der Bank dem Direktorium einen auf eine Untersuchung der Bank gestützten schriftlichen Bericht mit Empfehlungen vorgelegt hat;</p> | <p>(vi) before a loan, guarantee or equity investment is granted, the applicant shall have submitted an adequate proposal and the President of the Bank shall have presented to the Board of Directors a written report regarding the proposal, together with recommendations, on the basis of a staff study;</p> |
| <p>vii) die Bank stellt keine Finanzierungsmittel oder Fazilitäten zur Verfügung, wenn der Antragsteller anderweitig ausreichende Finanzierungsmittel oder Fazilitäten zu Bedingungen erhalten kann, die der Bank als ihm zumutbar erscheinen;</p> | <p>(vii) the Bank shall not undertake any financing, or provide any facilities, when the applicant is able to obtain sufficient financing or facilities elsewhere on terms and conditions that the Bank considers reasonable;</p> |
| <p>viii) bei der Beschaffung oder Garantierung von Finanzierungen wird die Bank gebührend berücksichtigen, ob der Darlehensnehmer und gegebenenfalls der Bürge Aussicht bieten, ihre Verpflichtungen aus dem Finanzierungsvertrag zu erfüllen;</p> | <p>(viii) in providing or guaranteeing financing, the Bank shall pay due regard to the prospect that the borrower and its guarantor, if any, will be in a position to meet their obligations under the financing contract;</p> |
| <p>ix) im Fall eines von der Bank gewährten direkten Darlehens gestattet die Bank dem Darlehensnehmer die Inanspruchnahme der Mittel nur in Höhe der tatsächlich entstehenden Ausgaben;</p> | <p>(ix) in case of a direct loan made by the Bank, the borrower shall be permitted by the Bank to draw its funds only to meet expenditure as it is actually incurred;</p> |
| <p>x) die Bank wird sich bemühen, ihre Mittel durch Verkauf von Kapitalanlagen an private Anleger wieder zu mobilisieren, wann immer dies angemessen und zu zufriedenstellenden Bedingungen möglich ist;</p> | <p>(x) the Bank shall seek to revolve its funds by selling its investments to private investors whenever it can appropriately do so on satisfactory terms;</p> |
| <p>xi) bei Kapitalanlagen in einzelnen Unternehmen gewährt die Bank ihre Finanzierungsmittel zu Bedingungen, die ihr unter Berücksichtigung des Bedarfs des Unternehmens, der von der Bank übernommenen Risiken und der von privaten Anlegern für ähnliche Finanzierungen üblicherweise erzielten Bedingungen angemessen erscheinen;</p> | <p>(xi) in its investments in individual enterprises, the Bank shall undertake its financing on terms and conditions which it considers appropriate, taking into account the requirements of the enterprise, the risks being undertaken by the Bank, and the terms and conditions normally obtained by private investors for similar financing;</p> |
| <p>xii) die Bank unterwirft die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen in einem Land mit Hilfe der Mittel aus Darlehen, Kapitalanlagen oder sonstigen Finanzierungen, die im Rahmen der ordentlichen oder der besonderen Geschäftstätigkeit der Bank getätigt worden sind, keinerlei Beschränkungen; in allen geeigneten Fällen macht sie ihre Darlehen und sonstigen Geschäftstätigkeiten von der Durchführung internationaler Ausschreibungen abhängig;</p> | <p>(xii) the Bank shall place no restriction upon the procurement of goods and services from any country from the proceeds of any loan, investment or other financing undertaken in the ordinary or special operations of the Bank, and shall, in all appropriate cases, make its loans and other operations conditional on international invitations to tender being arranged; and</p> |
| <p>xiii) die Bank trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Mittel aus Darlehen, welche die Bank gewährt oder garantiert oder an denen sie sich beteiligt hat, oder aus Kapitalbeteiligungen nur für die Zwecke, für die das Darlehen gewährt oder die Beteiligung eingegangen worden ist, und unter gebührender Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit verwendet werden.</p> | <p>(xiii) the Bank shall take the necessary measures to ensure that the proceeds of any loan made, guaranteed or participated in by the Bank, or any equity investment, are used only for the purposes for which the loan or the equity investment was granted and with due attention to considerations of economy and efficiency.</p> |

Artikel 14

Bedingungen für Darlehen und Garantien

(1) Bei Darlehen, welche die Bank gewährt oder garantiert oder an denen sie sich beteiligt, werden die jeweiligen Bedingungen, darunter diejenigen für die Zahlung von Kapital, Zinsen und

Article 14

Terms and conditions for loans and guarantees

1. In the case of loans made, participated in, or guaranteed by the Bank, the contract shall establish the terms and conditions for the loan or the guarantee concerned, including those relating to

- (ii) les opérations de la Banque assurent le financement de projets spécifiques, qu'ils soient ponctuels ou qu'ils s'inscrivent dans le cadre de programmes spécifiques d'investissement, ainsi que la mise en œuvre de l'assistance technique, correspondant à l'objet et aux fonctions décrits aux articles 1 et 2 du présent Accord;
- (iii) la Banque ne finance aucune entreprise sur le territoire d'un membre si celui-ci s'y oppose;
- (iv) la Banque ne permet pas qu'une part disproportionnée de ses ressources soit employée au profit de l'un quelconque de ses membres;
- (v) la Banque s'efforce de maintenir une diversification raisonnable en ce qui concerne ses investissements;
- (vi) avant qu'un prêt ou une garantie ne soient accordés, ou qu'une prise de participation ne soit réalisée, le demandeur doit avoir soumis une proposition adéquate et le président de la Banque doit avoir présenté au Conseil d'administration un rapport écrit concernant la proposition, ainsi que ses recommandations, établies sur la base d'une étude réalisée par les services de la Banque;
- (vii) la Banque n'accorde aucun financement ni aucune facilité lorsque le demandeur peut obtenir ailleurs des financements ou facilités suffisants, selon des conditions et modalités que la Banque juge raisonnables;
- (viii) la Banque, en accordant ou en garantissant un financement, donne l'importance qui lui est due à l'examen de la capacité de l'emprunteur et, le cas échéant, du garant, de faire face à leurs engagements dans le cadre du contrat de financement;
- (ix) lorsque la Banque accorde un prêt direct, elle n'autorise l'emprunteur à prélever les fonds que pour couvrir les frais au fur et à mesure qu'ils ont engagés;
- (x) chaque fois qu'elle peut le faire de manière appropriée et dans des conditions satisfaisantes, la Banque s'efforce de renouveler ses ressources en cédant ses investissements à des investisseurs privés;
- (xi) la Banque, selon les conditions et modalités qui lui paraissent appropriées, procède à des investissements dans des entreprises individuelles en tenant compte des besoins de ces entreprises, des risques qu'elle encourt, ainsi que des conditions et modalités qui sont normalement obtenues par les investisseurs privés pour des financements similaires;
- (xii) la Banque n'impose aucune restriction à l'utilisation du produit d'un prêt, d'un investissement ou d'un autre financement consentis dans le cadre de ses opérations ordinaires ou au titre de ses opérations spéciales, en vue de l'acquisition de biens et de services dans quelque pays que ce soit; dans tous les cas appropriés, ses prêts et autres opérations sont accordés sous réserve de l'organisation d'appels d'offres internationaux; et
- (xiii) la Banque prend les dispositions nécessaires pour s'assurer que le produit d'un prêt quelconque consenti ou garanti par elle ou auquel elle participe, ou de toute prise de participation en capital est employé exclusivement aux fins auxquelles ledit prêt ou ladite participation a été accordée, en donnant aux considérations d'économie et d'efficacité l'importance qui leur est due.
- (ii) операции Банка обеспечивают финансирование конкретных проектов, как индивидуальных, так и в рамках конкретных инвестиционных программ, а также технического содействия в соответствии с целью и функциями, определенными в статьях 1 и 2 настоящего Соглашения;
- (iii) Банк не финансирует никаких мероприятий на территории какого-либо члена, если этот член возражает против такого финансирования;
- (iv) Банк не допускает непропорционального использования своих ресурсов в пользу какого-либо члена;
- (v) Банк стремится к разумной диверсификации всех своих инвестиций;
- (vi) до предоставления какого-либо займа, гарантии или инвестиции в акционерный капитал, заявитель должен представить соответствующее предложение, а президент Банка должен представить Совету директоров письменное заключение в отношении этого предложения вместе с рекомендациями на основе исследования, выполненного сотрудниками Банка;
- (vii) Банк не предоставляет никакого финансирования и не оказывает никаких услуг, когда заявитель может получить достаточное финансирование или услуги из других источников на условиях, которые Банк считает разумными;
- (viii) при предоставлении или гарантировании финансирования Банк должным образом учитывает возможность выполнения заемщиком и его гарантом, при наличии такового, своих обязательств по договору о финансировании;
- (ix) в случае предоставления Банком прямого займа заемщик получает от Банка разрешение использовать его средства только по мере возникновения необходимости в расходах;
- (x) Банк стремится к периодическому обновлению своих фондов путем продажи своих инвестиций частным инвесторам, когда он может осуществлять такие операции на удовлетворительных условиях;
- (xi) при инвестировании в индивидуальные предприятия, Банк осуществляет финансирование на условиях, которые он считает приемлемыми, учитывая потребности предприятия, риски, которые Банк принимает на себя, а также условия, обычно получаемые частными инвесторами при аналогичном финансировании;
- (xii) Банк не устанавливает каких-либо ограничений на приобретение товаров и услуг из любой страны за счет средств какого-либо займа, инвестиций или другого финансирования, осуществляемых по обычным или специальным операциям Банка, и во всех соответствующих случаях Банк предоставляет свои займы и осуществляет другие операции на условиях организации международных торгов; и
- (xiii) Банк принимает необходимые меры для того, чтобы средства от какого-либо займа, предоставленного или гарантированного Банком, или займа, в котором Банк принял участие, либо от участия Банка в акционерном капитале использовались только в целях, для которых Банк предоставил указанный заем или принял участие в акционерном капитале, должным образом учитывая при этом соображения экономии и эффективности.

Article 14

Conditions et modalités d'octroi des prêts et des garanties

1. Les contrats de prêts consentis par la Banque, auxquels elle participe ou qu'elle garantit, en fixent les conditions et modalités, notamment en ce qui concerne le remboursement du principal, le

Статья 14

Условия предоставления займов и гарантий

1. В случае предоставления Банком займов, участия Банка в них или выдачи Банком гарантий условия предоставления указанного займа или гарантии определяются в дого-

sonstigen Gebühren und Spesen, sowie die jeweiligen Fälligkeits- und Zahlungstermine im Vertrag festgelegt. Bei der Festsetzung dieser Bedingungen trägt die Bank der erforderlichen Sicherung ihrer Einnahmen voll Rechnung.

(2) Ist der Empfänger eines Darlehens oder einer Darlehensgarantie nicht selbst Mitglied, sondern ein staatseigenes Unternehmen, so kann die Bank, wenn dies wünschenswert erscheint, unter Berücksichtigung des für öffentliche und im Übergang in Privateigentum und unter privater Kontrolle befindliche staatseigene Unternehmen geeigneten unterschiedlichen Vorgehens verlangen, daß das oder die Mitglieder, in deren Hoheitsgebiet das betreffende Vorhaben durchgeführt werden soll, oder eine der Bank annehmbar erscheinende öffentliche Stelle oder Einrichtung des oder der betreffenden Mitglieder die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der Zinsen und sonstigen Gebühren und Spesen für das Darlehen nach Maßgabe der jeweiligen Darlehensbedingungen garantieren. Die diesbezügliche Praxis der Bank wird unter gebührender Berücksichtigung ihrer Kreditwürdigkeit alljährlich vom Direktorium überprüft.

(3) Im Darlehens- oder Garantievertrag wird ausdrücklich festgelegt, in welcher Währung oder welchen Währungen alle vertraglichen Zahlungen an die Bank zu erfolgen haben, oder ob sie in ECU zu erfolgen haben.

Artikel 15

Provisionen und Gebühren

(1) Die Bank erhebt außer den Zinsen eine Provision für Darlehen, die sie im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit gewährt oder an denen sie sich in diesem Rahmen beteiligt. Die Bedingungen für diese Provision werden vom Direktorium festgelegt.

(2) Bei der Garantierung eines Darlehens im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit oder der Übernahme von Wertpapieremissionen erhebt die Bank als angemessene Entschädigung für die von ihr übernommenen Risiken Gebühren, deren Höhe und Zahlungstermine vom Direktorium festgelegt werden.

(3) Das Direktorium kann beliebige andere Spesen der Bank im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit sowie Provisionen, Gebühren oder sonstige Spesen im Rahmen ihrer besonderen Geschäftstätigkeit festsetzen.

Artikel 16

Sonderrücklage

(1) Die nach Artikel 15 von der Bank eingenommenen Provisionen und Gebühren werden als Sonderrücklage zurückgestellt, die zur Deckung von Verlusten der Bank nach Artikel 17 verwendet wird. Die Sonderrücklage wird in einer von der Bank zu beschließenden Form liquide angelegt.

(2) Stellt das Direktorium fest, daß die Sonderrücklage ausreicht, so kann es beschließen, daß die Provisionen oder Gebühren künftig ganz oder teilweise zu den Einnahmen der Bank gehören sollen.

Artikel 17

Methoden der Deckung von Verlusten der Bank

(1) Tritt bei Darlehen, welche die Bank im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit gewährt oder garantiert oder an denen sie sich beteiligt, Zahlungsverzug oder Nichtzahlung ein, oder treten bei Emissionsübernahmen oder Kapitalbeteiligungen, welche die Bank in diesem Rahmen vornimmt, Verluste auf, so trifft die Bank die ihr angebracht erscheinenden Maßnahmen. Die Bank bildet angemessene Rückstellungen für etwaige Verluste.

payment of principal, interest and other fees, charges, maturities and dates of payment in respect of the loan or the guarantee, respectively. In setting such terms and conditions, the Bank shall take fully into account the need to safeguard its income.

2. Where the recipient of loans or guarantees of loans is not itself a member, but is a state-owned enterprise, the Bank may, when it appears desirable, bearing in mind the different approaches appropriate to public and state-owned enterprises in transition to private ownership and control, require the member or members in whose territory the project concerned is to be carried out, or a public agency or any instrumentality of such member or members acceptable to the Bank, to guarantee the repayment of the principal and the payment of interest and other fees and charges of the loan in accordance with the terms thereof. The Board of Directors shall review annually the Bank's practice in this matter, paying due attention to the Bank's creditworthiness.

3. The loan or guarantee contract shall expressly state the currency or currencies, or ECU, in which all payments to the Bank thereunder shall be made.

Article 15

Commission and fees

1. The Bank shall charge, in addition to interest, a commission on loans made or participated in as part of its ordinary operations. The terms and conditions of this commission shall be determined by the Board of Directors.

2. In guaranteeing a loan as part of its ordinary operations, or in underwriting the sale of securities, the Bank shall charge fees, payable at rates and times determined by the Board of Directors, to provide suitable compensation for its risks.

3. The Board of Directors may determine any other charges of the Bank in its ordinary operations and any commission, fees or other charges in its special operations.

Article 16

Special reserve

1. The amount of commissions and fees received by the Bank pursuant to Article 15 of this Agreement shall be set aside as a special reserve which shall be kept for meeting the losses of the Bank in accordance with Article 17 of this Agreement. The special reserve shall be held in such liquid form as the Bank may decide.

2. If the Board of Directors determines that the size of the special reserve is adequate, it may decide that all or part of the said commission or fees shall henceforth form part of the income of the Bank.

Article 17

Methods of meeting the losses of the Bank

1. In the Bank's ordinary operations, in cases of arrears or default on loans made, participated in, or guaranteed by the Bank, and in cases of losses on underwriting and in equity investment, the Bank shall take such action as it deems appropriate. The Bank shall maintain appropriate provisions against possible losses.

paiement des intérêts et autres commissions ou charges, les échéances et les dates de paiement. En arrêtant ces conditions et modalités, la Banque prend pleinement en compte la nécessité de préserver ses revenus.

2. Dans le cas où le bénéficiaire de prêts ou de garanties de prêts n'est pas un membre mais une entreprise d'Etat, la Banque peut, lorsque cela lui apparaît souhaitable, en gardant à l'esprit des approches différentes selon qu'il s'agit d'entreprises publiques ou d'Etat évoluant vers un système de propriété et de contrôle privés, exiger du membre ou des membres sur le territoire duquel ou desquels le projet doit être réalisé, ou d'un organisme public ou de toute émanation de ce membre ou ces membres agréés par la Banque, qu'ils garantissent, conformément au contrat de prêt, le remboursement du principal, le paiement des intérêts et autres charges et commissions liés au prêt. Le Conseil d'administration procède à un examen annuel de la stratégie de la Banque en ce domaine, en prenant dûment en compte sa solvabilité.

3. Le contrat de prêt ou de garantie indique expressément la ou les monnaies, ou l'écu, dans lesquels tous les paiements dus à la Banque au titre de ce prêt ou de cette garantie seront effectués.

Article 15

Commission et redevances

1. La Banque perçoit, en sus des intérêts, une commission sur les prêts qu'elle consent ou auxquels elle participe au titre de ses opérations ordinaires. Les conditions et modalités de cette commission sont fixées par le Conseil d'administration.

2. Lorsqu'elle apporte sa garantie à un prêt dans le cadre de ses opérations ordinaires, ou lorsqu'elle garantit la vente de titres, la Banque perçoit, comme juste compensation des risques qu'elle assume, une redevance payable selon des taux et à des dates fixés par le Conseil d'administration.

3. Le Conseil d'administration peut fixer les autres charges à payer au titre des opérations ordinaires de la Banque ainsi que les commissions, redevances et charges diverses afférentes aux opérations spéciales.

Article 16

Réserve spéciale

1. Le montant des commissions et redevances perçus par la Banque en vertu de l'article 15 du présent Accord est constitué en réserve spéciale que la Banque conserve pour faire face à ses pertes conformément à l'article 17 du présent Accord. La réserve spéciale est conservée sous la forme de liquidité que la Banque jugera appropriée.

2. Si le Conseil d'administration estime que le montant de la réserve spéciale est suffisant, il peut décider que tout ou partie des dites commissions ou redevances seront désormais considérés comme faisant partie des revenus de la Banque.

Article 17

Méthodes permettant à la Banque de faire face à ses pertes

1. Pour ses opérations ordinaires, en cas d'arriérés ou de défaut de paiement relatifs aux prêts qu'elle a consentis, auxquels elle participe ou qu'elle garantit, et en cas de pertes liées à des garanties d'émission ou à des prises de participation, la Banque engage toute action qu'elle juge appropriée. La Banque conserve des provisions suffisantes de façon à couvrir les pertes éventuelles.

2. В тех случаях, когда получатель займов или гарантий по займам не является членом, но является государственным предприятием, Банк может, если это представляется желательным, учитывая различные подходы к публично-правовым и государственным предприятиям, переходящим в частную собственность и под частный контроль, потребовать от члена или членов, на территории которых должен выполняться соответствующий проект, или от какого-либо публично-правового учреждения или других приемлемых для Банка органов этого члена или членов, гарантировать погашение основного долга и выплату процентов, а также прочих сборов и начислений по займу в соответствии с его условиями. Совет директоров ежегодно рассматривает практику Банка в этой области, уделяя должное внимание кредитоспособности Банка.

3. В договоре о займе или гарантии устанавливается валюта или валюты, или ЭКЮ, в которых осуществляются все платежи Банку по такому займу или гарантии.

Статья 15

Комиссия и сборы

1. Помимо процентов Банк взимает комиссию по предоставленным им займам или по займам, в которых он участвует, в рамках своих обычных операций. Условия выплаты комиссии определяются Советом директоров.

2. При предоставлении гарантии по займу в рамках своих обычных операций или при гарантированном размещении ценных бумаг Банк взимает сборы, уплачиваемые по ставкам и в сроки, определяемые Советом директоров с тем, чтобы обеспечить соответствующую компенсацию за свои риски.

3. Совет директоров может устанавливать любые другие начисления, которые Банк взимает по своим обычным операциям, а также любые комиссии, сборы и иные начисления по своим специальным операциям.

Статья 16

Специальный резерв

1. Сумма комиссий и сборов, полученная Банком в соответствии со статьей 15 настоящего Соглашения, выделяется в качестве специального резерва, предназначенного для покрытия убытков Банка в соответствии со статьей 17 настоящего Соглашения. Специальный резерв содержится в такой ликвидной форме, которую может установить Банк.

2. Если Совет директоров сочтет, что размер специального резерва достаточен, он может принять решение о том, что в дальнейшем вышеуказанные комиссии или сборы полностью или частично будут составлять часть дохода Банка.

Статья 17

Способы покрытия убытков Банка

1. При осуществлении Банком своих обычных операций в случае просрочки платежа или неплаты по займам, предоставленным Банком, займам, в которых он участвует или которые он гарантирует, а также в случае убытков по гарантированному размещению ценных бумаг и по инвестициям в акционерный капитал Банк принимает такие меры, которые он сочтет уместными. Банк поддерживает соответствующие резервы против возможных убытков.

(2) Mit Verlusten im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit der Bank werden belastet

- i) an erster Stelle die in Absatz 1 genannten Rückstellungen;
- ii) an zweiter Stelle die Reineinnahmen;
- iii) an dritter Stelle die in Artikel 16 vorgesehene Sonderrücklage;
- iv) an vierter Stelle die allgemeine Rücklage und die Überschüsse;
- v) an fünfter Stelle das unverminderte eingezahlte Kapital;
- vi) an letzter Stelle ein entsprechender Betrag des unabgerufenen, bei Abruf zahlbaren gezeichneten Kapitals, der nach Artikel 6 Absätze 4 und 5 abgerufen wird.

2. Losses arising in the Bank's ordinary operations shall be charged:

- (i) first, to the provisions referred to in paragraph 1 of this Article;
- (ii) second, to net income;
- (iii) third, against the special reserve provided for in Article 16 of this Agreement;
- (iv) fourth, against its general reserve and surpluses;
- (v) fifth, against the unimpaired paid-in capital; and
- (vi) last, against an appropriate amount of the uncalled subscribed callable capital which shall be called in accordance with the provisions of paragraphs 4 and 5 of Article 6 of this Agreement.

Artikel 18 Sonderfonds

(1) Die Bank kann die Verwaltung von Sonderfonds übernehmen, die ihrem Zweck dienen und in ihren Aufgabenbereich fallen. Sämtliche Kosten für die Verwaltung eines solchen Sonderfonds gehen zu Lasten des betreffenden Sonderfonds.

(2) Die von der Bank übernommenen Sonderfonds können in jeglicher Weise und zu jeglichen Bedingungen verwendet werden, die mit dem Zweck und den Aufgaben der Bank, den sonstigen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie der oder den über diese Fonds geschlossenen Übereinkünften vereinbar sind.

(3) Die Bank erläßt alle für die Errichtung, Verwaltung und Verwendung der einzelnen Sonderfonds erforderlichen Regelungen. Diese müssen mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens mit Ausnahme derjenigen, die ausdrücklich nur auf die ordentliche Geschäftstätigkeit der Bank anwendbar sind, vereinbar sein.

Artikel 19 Sonderfondsmittel

Der Ausdruck „Sonderfondsmittel“ bezeichnet die Mittel der einzelnen Sonderfonds; dazu gehören

- i) Mittel, welche die Bank zur Aufnahme in einen Sonderfonds übernommen hat;
- ii) Mittel aus Rückzahlungen im Zusammenhang mit Darlehen oder Garantien sowie Erlöse aus Kapitalbeteiligungen, die mit Sonderfondsmitteln finanziert wurden und die nach den für den betreffenden Sonderfonds geltenden Regelungen diesem Sonderfonds zufallen;
- iii) Einnahmen aus der Anlage von Sonderfondsmitteln.

Kapitel IV Kreditaufnahme und sonstige Befugnisse

Artikel 20 Allgemeine Befugnisse

(1) Neben den anderweitig in diesem Übereinkommen genannten Befugnissen hat die Bank die Befugnis,

- i) in den Mitgliedländern oder anderswo Kredite aufzunehmen, vorausgesetzt,

Article 18 Special Funds

1. The Bank may accept the administration of Special Funds which are designed to serve the purpose and come within the functions of the Bank. The full cost of administering any such Special Fund shall be charged to that Special Fund.

2. Special Funds accepted by the Bank may be used in any manner and on any terms and conditions consistent with the purpose and the functions of the Bank, with the other applicable provisions of this Agreement, and with the agreement or agreements relating to such Funds.

3. The Bank shall adopt such rules and regulations as may be required for the establishment, administration and use of each Special Fund. Such rules and regulations shall be consistent with the provisions of this Agreement, except for those provisions expressly applicable only to ordinary operations of the Bank.

Article 19 Special Funds resources

The term "Special Funds resources" shall refer to the resources of any Special Fund and shall include:

- (i) funds accepted by the Bank for inclusion in any Special Fund;
- (ii) funds repaid in respect of loans or guarantees, and the proceeds of equity investments, financed from the resources of any Special Fund which, under the rules and regulations governing that Special Fund, are received by such Special Fund; and
- (iii) income derived from investment of Special Funds resources.

Chapter IV Borrowing and other miscellaneous powers

Article 20 General powers

1. The Bank shall have, in addition to the powers specified elsewhere in this Agreement, the power to:

- (i) borrow funds in member countries or elsewhere, provided always that:

2. Les pertes intervenant au titre des opérations ordinaires de la Banque sont imputées:

- (i) en premier lieu, sur les provisions visées au paragraphe 1 du présent article;
- (ii) en deuxième lieu, sur son revenu net;
- (iii) en troisième lieu, sur la réserve spéciale prévue à l'article 16 du présent Accord;
- (iv) en quatrième lieu, sur la réserve générale et les excédents;
- (v) en cinquième lieu, sur le capital d'actions libérées net d'obligations; et
- (vi) en dernier lieu, sur un montant approprié du capital souscrit en actions sujettes à appel mais non encore appelées et dont l'appel est effectué conformément aux dispositions des paragraphes 4 et 5 de l'article 6 du présent Accord.

Article 18 Fonds Spéciaux

1. La Banque peut accepter la gestion de Fonds Spéciaux créés pour la réalisation de son objet et entrant dans le cadre de sa mission. Les frais de gestion de chaque Fonds Spécial sont imputés à ce fonds.

2. Les Fonds Spéciaux acceptés par la Banque peuvent être utilisés de quelque manière que ce soit selon toutes conditions et modalités compatibles avec l'objet et la mission de la Banque, avec toute autre disposition applicable du présent Accord ainsi qu'avec la ou les conventions régissant ces Fonds.

3. La Banque adopte les règles et règlements nécessaires à l'institution, à la gestion et à l'utilisation de chaque Fonds Spécial. Ces règles et règlements doivent être compatibles avec les dispositions du présent Accord, à l'exception de celles se rapportant expressément et exclusivement aux opérations ordinaires de la Banque.

Article 19 Ressources des Fonds Spéciaux

L'expression «ressources des Fonds Spéciaux» désigne les ressources de tout fonds spécial et comprend:

- (i) les fonds acceptés par la Banque en vue de leur affectation à un Fonds Spécial;
- (ii) les fonds remboursés au titre de prêts ou garanties ainsi que le produit de prises de participations, financées au moyen des ressources d'un fonds spécial, et qui font retour audit fonds, conformément aux règles et règlements applicables à ce fonds; et
- (iii) les revenus provenant de l'investissement des ressources des Fonds Spéciaux.

Chapitre IV Pouvoir d'emprunt et autres pouvoirs

Article 20 Pouvoirs généraux

1. Outre les pouvoirs qui lui sont conférés par d'autres dispositions du présent Accord, la Banque est habilitée à:

- (i) emprunter des fonds dans les pays membres ou ailleurs, à condition que:

2. Убытки по обычным операциям Банка относятся:

- (i) в первую очередь, на резервы, упомянутые в пункте 1 настоящей статьи;
- (ii) во вторую очередь, на чистый доход;
- (iii) в третью очередь, на счет специального резерва, предусмотренного статьей 16 настоящего Соглашения;
- (iv) в четвертую очередь, на его общие резервы и нераспределенную прибыль;
- (v) в пятую очередь, на необремененный оплачиваемый капитал;
- (vi) и наконец, на соответствующую часть неостребованного капитала, на который осуществлена подписка и который подлежит оплате по требованию в соответствии с положениями пунктов 4 и 5 статьи 6 настоящего Соглашения.

Статья 18 Специальные фонды

1. Банк может принять на себя управление специальными фондами, предназначенными для реализации цели Банка и выполнения его функций. Все расходы по управлению любым таким специальным фондом относятся на этот специальный фонд.

2. Специальные фонды, принятые Банком, могут использоваться любым способом и на любых условиях, соответствующих цели и функциям Банка, а также в соответствии с другими применимыми положениями настоящего Соглашения и соглашениями или соглашениями, касающимися таких фондов.

3. Банк принимает правила и положения, которые могут потребоваться для создания, управления и использования каждого специального фонда. Такие правила и положения должны соответствовать положениям настоящего Соглашения, за исключением тех положений, которые прямо применимы только к обычным операциям Банка.

Статья 19 Ресурсы специальных фондов

Понятие „ресурсы специальных фондов“ относится к ресурсам любого специального фонда и включает:

- (i) средства, принятые Банком для включения в какой-либо специальный фонд;
- (ii) средства, выплаченные в погашение займов или по гарантиям, а также средства, полученные от инвестиций в акционерный капитал, финансируемые из ресурсов какого-либо специального фонда, которые по правилам и положениям, регулирующим такой специальный фонд, получены указанным специальным фондом; и
- (iii) доходы, полученные от инвестиций, произведенных из ресурсов специальных фондов.

Глава IV Займствования и прочие полномочия

Статья 20 Общие полномочия

1. В дополнение к полномочиям, определенным в каких-либо других положениях настоящего Соглашения, Банк имеет следующие полномочия:

- (i) заимствовать средства в странах-членах или где-либо еще при обязательном условии, что:

- | | |
|---|--|
| <p>a) daß die Bank vor Veräußerung eigener Schuldverschreibungen im Hoheitsgebiet eines Landes dessen Zustimmung einholt;</p> <p>b) daß die Bank, wenn ihre Schuldverschreibungen auf die Währung eines Mitglieds lauten sollen, dessen Zustimmung einholt;</p> <p>ii) Mittel, die sie für ihre Geschäfte nicht benötigt, anzulegen oder anderweitig einzuzahlen;</p> <p>iii) Wertpapiere, die sie ausgegeben oder garantiert oder in denen sie Mittel angelegt hat, auf dem Sekundärmarkt zu kaufen und zu verkaufen;</p> <p>iv) Wertpapiere, in denen sie Mittel angelegt hat, zu garantieren, um ihren Verkauf zu erleichtern;</p> <p>v) die Emission von Wertpapieren zu übernehmen, die von einem Unternehmen für mit dem Zweck und den Aufgaben der Bank in Übereinstimmung stehende Zwecke ausgegeben werden, beziehungsweise sich an derartigen Übernahmen zu beteiligen;</p> <p>vi) technische Beratung und Hilfe zu gewähren, die ihrem Zweck dienen und in ihren Aufgabenbereich fallen;</p> <p>vii) alle sonstigen Befugnisse auszuüben und alle Regelungen zu erlassen, die zur Förderung ihres Zweckes und ihrer Aufgaben im Einklang mit diesem Übereinkommen notwendig oder sachdienlich sind;</p> <p>viii) Übereinkünfte zur Zusammenarbeit mit öffentlichen oder privaten Rechtssträgern zu schließen.</p> <p>(2) Jedes von der Bank ausgegebene oder garantierte Wertpapier hat auf der Vorderseite einen deutlich sichtbaren Vermerk zu tragen, daß das Wertpapier keine Verbindlichkeit einer Regierung oder eines Mitglieds darstellt, es sei denn, daß es sich tatsächlich um die Verbindlichkeit einer bestimmten Regierung oder eines bestimmten Mitglieds handelt; in diesem Fall hat der Vermerk entsprechend zu lauten.</p> | <p>(a) before making a sale of its obligations in the territory of a country, the Bank shall have obtained its approval; and</p> <p>(b) where the obligations of the Bank are to be denominated in the currency of a member, the Bank shall have obtained its approval;</p> <p>(ii) invest or deposit funds not needed in its operations;</p> <p>(iii) buy and sell securities, in the secondary market, which the Bank has issued or guaranteed or in which it has invested;</p> <p>(iv) guarantee securities in which it has invested in order to facilitate their sale;</p> <p>(v) underwrite, or participate in the underwriting of, securities issued by any enterprise for purposes consistent with the purpose and functions of the Bank;</p> <p>(vi) provide technical advice and assistance which serve its purpose and come within its functions;</p> <p>(vii) exercise such other powers and adopt such rules and regulations as may be necessary or appropriate in furtherance of its purpose and functions, consistent with the provisions of this Agreement; and</p> <p>(viii) conclude agreements of cooperation with any public or private entity or entities.</p> <p>2. Every security issued or guaranteed by the Bank shall bear on its face a conspicuous statement to the effect that it is not an obligation of any Government or member, unless it is in fact the obligation of a particular Government or member, in which case it shall so state.</p> |
|---|--|

Kapitel V Währungen

Artikel 21

Festlegung und Verwendung von Währungen

(1) Wird es aufgrund dieses Übereinkommens notwendig, festzulegen, ob eine Währung im Sinne dieses Übereinkommens voll konvertierbar ist, so trifft die Bank diese Festlegung unter Berücksichtigung der vorrangigen Notwendigkeit, ihre eigenen finanziellen Interessen zu wahren, falls erforderlich nach Konsultation mit dem Internationalen Währungsfonds.

(2) Die Mitglieder dürfen der Bank keine Beschränkungen bezüglich der Entgegennahme, des Besitzes, der Verwendung oder der Übertragung folgender Mittel auferlegen:

- i) Währungen oder ECU, welche die Bank nach Artikel 6 für Zeichnungen auf ihr Stammkapital erhält;
- ii) Währungen, welche die Bank durch Kreditaufnahme erwirbt;
- iii) Währungen und sonstige Mittel, die als Sonderfondsbeiträge von der Bank verwaltet werden;
- iv) Währungen, welche die Bank durch Kapitalrückzahlung oder durch Zahlung von Zinsen, Dividenden oder sonstigen Spesen für Darlehen oder Kapitalanlagen oder als Erlöse aus der Veräußerung solcher Anlagen, die mit den unter den Ziffern i bis iii genannten Mitteln vorgenommen wurden, oder durch Zahlung von Provisionen, Gebühren oder sonstigen Spesen erhält.

Chapter V Currencies

Article 21

Determination and use of currencies

1. Whenever it shall become necessary under this Agreement to determine whether any currency is fully convertible for the purposes of this Agreement, such determination shall be made by the Bank, taking into account the paramount need to preserve its own financial interests, after consultation, if necessary, with the International Monetary Fund.

2. Members shall not impose any restrictions on the receipt, holding, use or transfer by the Bank of the following:

- (i) currencies or ECU received by the Bank in payment of subscriptions to its capital stock, in accordance with Article 6 of this Agreement;
- (ii) currencies obtained by the Bank by borrowing;
- (iii) currencies and other resources administered by the Bank as contributions to Special Funds; and
- (iv) currencies received by the Bank in payment on account of principal, interest, dividends or other charges in respect of loans or investments, or the proceeds of disposal of such investments made out of any of the funds referred to in subparagraphs (i) to (iii) of this paragraph, or in payment of commission, fees or other charges.

- | | |
|---|---|
| <p>a) avant de mettre ses obligations en vente sur le territoire d'un pays, elle ait obtenu l'assentiment dudit pays; et</p> <p>b) lorsque ses obligations doivent être libellées dans la monnaie d'un membre, elle ait obtenu l'assentiment de celui-ci;</p> <p>(ii) placer ou mettre en dépôt les fonds dont elle n'a pas besoin pour ses opérations;</p> <p>(iii) acheter et vendre, sur le marché secondaire, les titres qu'elle a émis ou garantis ou dans lesquels elle a placé des fonds;</p> <p>(iv) garantir les titres dans lesquels elle a fait des placements, pour en faciliter la vente;</p> <p>(v) souscrire ferme ou participer à la souscription ferme de titres émis par toute entreprise dans un but compatible avec l'objet et la mission de la Banque;</p> <p>(vi) donner tous les conseils et toute l'assistance techniques qui servent ses objectifs et entrent dans le cadre de ses fonctions;</p> <p>(vii) exercer tous autres pouvoirs et adopter toutes règles et tous règlements compatibles avec les dispositions du présent Accord qui pourraient être nécessaires ou appropriées à la poursuite de ses objectifs et à l'accomplissement de ses fonctions; et</p> <p>(viii) conclure des accords de coopération avec toute entité publique ou privée.</p> | <p>(a) перед продажей своих обязательств на территории страны, Банк получит ее одобрение; и</p> <p>(b) когда обязательства Банка должны быть выражены в валюте члена, Банк должен получить его одобрение;</p> <p>(ii) инвестировать или размещать в депозиты средства, в которых Банк не нуждается для своих операций;</p> <p>(iii) покупать и продавать на вторичном рынке ценные бумаги, которые Банк выпустил или гарантировал, или в которые он инвестировал свои средства;</p> <p>(iv) гарантировать ценные бумаги, в которые он инвестировал свои средства, с целью облегчения их продажи;</p> <p>(v) осуществлять гарантированное размещение или участвовать в гарантированном размещении ценных бумаг, выпущенных каким-либо предприятием для целей, соответствующих цели и функциям Банка;</p> <p>(vi) предоставлять технические консультации и содействие, которые служат его цели и входят в его функции;</p> <p>(vii) осуществлять любые другие полномочия и принимать правила и положения, которые могут быть необходимыми или уместными для содействия своей цели и функциям, в соответствии с положениями настоящего Соглашения; и</p> <p>(viii) заключать соглашения о сотрудничестве с любым публично-правовым или частным субъектом или субъектами.</p> |
|---|---|

2. Il est clairement indiqué, au recto de tout titre émis ou garanti par la Banque que ce titre ne constitue pas un engagement pour un gouvernement ou un membre quel qu'il soit, à moins que la responsabilité d'un gouvernement ou d'un membre déterminé ne soit effectivement engagée, auquel cas mention expresse en est portée sur le titre.

2. На видном месте по лицевой стороне каждой ценной бумаги, выпущенной или гарантированной Банком, должна быть пометка о том, что данная ценная бумага не является обязательством какого-либо правительства или члена, кроме тех случаев, когда речь действительно идет об обязательстве того или иного правительства или члена, о чем на таком обязательстве делается соответствующая пометка.

Chapitre V Monnaies

Article 21

Détermination et utilisation des monnaies

1. Lorsqu'il devient nécessaire, aux termes du présent Accord, de déterminer si une monnaie est pleinement convertible aux fins de celui-ci, il appartient à la Banque de le faire en tenant compte de la nécessité primordiale de préserver ses intérêts financiers et, si nécessaire, après consultation du Fonds monétaire international.

2. Les membres n'imposent aucune restriction à la Banque en ce qui concerne la réception, la détention, l'utilisation ou le transfert:

- (i) des monnaies ou des écus que la Banque reçoit en paiement des souscriptions au capital social, conformément aux dispositions de l'article 6 du présent Accord;
- (ii) des monnaies que la Banque se procure par voie d'emprunt;
- (iii) des monnaies et autres ressources que la Banque gère au titre des contributions aux Fonds Spéciaux; et
- (iv) des monnaies que la Banque reçoit en paiement du principal, des intérêts, des dividendes et autres charges, perçus au titre des prêts, ou investissements ou du produit de la cession de ces investissements, effectués au moyen des ressources visées aux alinéas (i), (ii) et (iii) du présent paragraphe, ainsi qu'en paiement de commissions, de redevances ou d'autres charges.

Глава V Валюты

Статья 21

Определение и использование валют

1. Если по настоящему Соглашению необходимо определить, является ли какая-либо валюта полностью конвертируемой для целей настоящего Соглашения, такое определение делается Банком, принимая во внимание первоочередную необходимость соблюдения своих собственных финансовых интересов, после консультаций, в случае необходимости, с Международным валютным фондом.

2. Члены не устанавливают каких-либо ограничений в отношении получения, владения, использования или перевода Банком:

- (i) валют или ЭКЮ, получаемых Банком в счет уплаты по подписке на его акционерный капитал в соответствии со статьей 6 настоящего Соглашения;
- (ii) валют, получаемых Банком при заимствовании;
- (iii) валют и других ресурсов, которыми управляет Банк в качестве поступлений в специальные фонды; и
- (iv) валют, получаемых Банком в оплату в счет основного долга, процентов, дивидендов или других начислений в отношении займов, инвестиций или выручки от реализации таких инвестиций, произведенных из любых средств, указанных в подпунктах (i) – (iii) настоящего пункта, или за счет выплат комиссий, сборов или других начислений.

Kapitel VI

Organisation und Geschäftsführung

Artikel 22

Aufbau

Die Bank hat einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, einen oder mehrere Vizepräsidenten sowie alle weiteren für erforderlich erachteten leitenden und sonstigen Bediensteten.

Artikel 23

Gouverneursrat: Zusammensetzung

(1) Jedes Mitglied ist im Gouverneursrat vertreten und ernennt einen Gouverneur und einen Stellvertreter. Jeder Gouverneur und jeder Stellvertreter bleibt im Amt, solange ihn das Mitglied, das ihn ernannt hat, nicht abberuft. Stellvertreter nehmen nur bei Abwesenheit ihres Gouverneurs an der Abstimmung teil. Auf jeder seiner Jahrestagungen wählt der Rat einen der Gouverneure zum Vorsitzenden; dieser bleibt bis zur Wahl des nächsten Vorsitzenden im Amt.

(2) Die Gouverneure und Stellvertreter sind in dieser Eigenschaft ohne Vergütung durch die Bank tätig.

Artikel 24

Gouverneursrat: Befugnisse

(1) Alle Befugnisse der Bank liegen beim Gouverneursrat.

(2) Der Gouverneursrat kann seine Befugnisse ganz oder teilweise auf das Direktorium übertragen; davon ausgenommen ist jedoch die Befugnis,

- i) neue Mitglieder aufzunehmen und die Bedingungen für ihre Aufnahme festzusetzen;
- ii) das genehmigte Stammkapital der Bank zu erhöhen oder herabzusetzen;
- iii) ein Mitglied zu suspendieren;
- iv) über Berufungen gegen die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch das Direktorium zu entscheiden;
- v) den Abschluß allgemeiner Übereinkünfte zur Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen zu genehmigen;
- vi) die Direktoren und den Präsidenten der Bank zu wählen;
- vii) die Bezüge der Direktoren und ihrer Stellvertreter sowie das Gehalt und die sonstigen Bedingungen des Dienstvertrags des Präsidenten festzusetzen;
- viii) nach Prüfung des Berichts der Rechnungsprüfer die allgemeine Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank zu genehmigen;
- ix) über die Rücklagen sowie die Zuweisung und Verteilung der Reingewinne der Bank zu befinden;
- x) dieses Übereinkommen zu ändern;
- xi) die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank und die Verteilung ihrer Vermögenswerte zu beschließen;
- xii) alle sonstigen Befugnisse auszuüben, die in diesem Übereinkommen ausdrücklich dem Gouverneursrat zugewiesen sind.

(3) Der Gouverneursrat behält volle Weisungsbefugnis in allen nach Absatz 2 oder anderswo in diesem Übereinkommen dem Direktorium übertragenen oder zugewiesenen Angelegenheiten.

Chapter VI

Organization and management

Article 22

Structure

The Bank shall have a Board of Governors, a Board of Directors, a President, one or more Vice-Presidents and such other officers and staff as may be considered necessary.

Article 23

Board of Governors: Composition

1. Each member shall be represented on the Board of Governors and shall appoint one Governor and one Alternate. Each Governor and Alternate shall serve at the pleasure of the appointing member. No Alternate may vote except in the absence of his or her principal. At each of its annual meetings, the Board shall elect one of the Governors as Chairman who shall hold office until the election of the next Chairman.

2. Governors and Alternates shall serve as such without remuneration from the Bank.

Article 24

Board of Governors: Powers

1. All the powers of the Bank shall be vested in the Board of Governors.

2. The Board of Governors may delegate to the Board of Directors any or all of its powers, except the power to:

- (i) admit new members and determine the conditions of their admission;
- (ii) increase or decrease the authorized capital stock of the Bank;
- (iii) suspend a member;
- (iv) decide appeals from interpretations or applications of this Agreement given by the Board of Directors;
- (v) authorize the conclusion of general agreements for cooperation with other international organizations;
- (vi) elect the Directors and the President of the Bank;
- (vii) determine the remuneration of the Directors and Alternate Directors and the salary and other terms of the contract of service of the President;
- (viii) approve, after reviewing the auditors' report, the general balance sheet and the statement of profit and loss of the Bank;
- (ix) determine the reserves and the allocation and distribution of the net profits of the Bank;
- (x) amend this Agreement;
- (xi) decide to terminate the operations of the Bank and to distribute its assets; and
- (xii) exercise such other powers as are expressly assigned to the Board of Governors in this Agreement.

3. The Board of Governors shall retain full power to exercise authority over any matter delegated or assigned to the Board of Directors under paragraph 2 of this Article, or elsewhere in this Agreement.

Chapitre VI
Organisation et gestion

Article 22
Structure

La Banque est dotée d'un Conseil des gouverneurs, d'un Conseil d'administration, d'un président, d'un ou plusieurs vice-présidents et de tous autres fonctionnaires et agents jugés nécessaires.

Article 23
Conseil des gouverneurs: Composition

1. Chaque membre est représenté au Conseil des gouverneurs et nomme un gouverneur et un suppléant. Chaque gouverneur et chaque suppléant est révocable à tout moment au gré du membre qui l'a nommé. Aucun suppléant n'est admis à voter si ce n'est en l'absence du titulaire. Lors de chaque assemblée annuelle, le Conseil choisit pour président l'un des gouverneurs, qui exercera ses fonctions jusqu'à l'élection du président à l'assemblée annuelle suivante.

2. Les gouverneurs et suppléants ne reçoivent pas de rétribution de la Banque.

Article 24
Conseil des gouverneurs: Pouvoirs

1. Tous les pouvoirs de la Banque sont dévolus au Conseil des gouverneurs.

2. Le Conseil des gouverneurs peut déléguer au Conseil d'administration tout ou partie de ses pouvoirs à l'exception du pouvoir:

- (i) d'admettre de nouveaux membres et de fixer les conditions de leur admission;
- (ii) d'augmenter ou de réduire le capital social autorisé de la Banque;
- (iii) de suspendre un membre;
- (iv) de statuer sur les recours exercés contre les décisions du Conseil d'administration en matière d'interprétation ou d'application du présent Accord;
- (v) d'autoriser la conclusion d'accords généraux de coopération avec d'autres organisations internationales;
- (vi) d'élire les administrateurs et le président de la Banque;
- (vii) de fixer la rémunération des administrateurs et de leurs suppléants ainsi que les émoluments et les autres clauses du contrat qui lie le président à la Banque;
- (viii) d'approuver, après examen du rapport de vérification des comptes, le bilan général et le compte des pertes et profits de la Banque;
- (ix) de déterminer le montant des réserves, l'affectation et la répartition des bénéfices nets de la Banque;
- (x) de modifier le présent Accord;
- (xi) de décider l'arrêt définitif des opérations de la Banque et de répartir ses avoirs; et
- (xii) d'exercer tous autres pouvoirs que le présent Accord confère expressément au Conseil des gouverneurs.

3. Le Conseil des gouverneurs conserve tout pouvoir pour exercer son autorité au sujet de toute affaire qu'il a déléguée ou confiée au Conseil d'administration conformément au paragraphe 2 du présent article ou à toute autre disposition du présent Accord.

Глава VI
Организация и управление

Статья 22
Структура

Банк будет иметь Совет управляющих, Совет директоров, президента, одного или более вице-президентов, а также таких иных должностных лиц и сотрудников, которых он сочтет необходимыми.

Статья 23
Совет управляющих: Состав

1. Каждый член представлен в Совете управляющих и назначает одного управляющего и одного его заместителя. Каждый управляющий и заместитель может быть отозван в любой момент по желанию его члена. Заместитель может принимать участие в голосовании только в отсутствие управляющего. На каждом своем ежегодном заседании Совет избирает одного из управляющих в качестве председателя, который выполняет свои обязанности до избрания следующего председателя.

2. За выполнение своих обязанностей управляющие и их заместители вознаграждения от Банка не получают.

Статья 24
Совет управляющих: Полномочия

1. Все полномочия Банка являются прерогативой Совета управляющих.

2. Совет управляющих может делегировать Совету директоров какие-либо или все свои полномочия, за исключением нижеперечисленных:

- (i) принимать новых членов и определять условия их приема;
- (ii) увеличивать или уменьшать разрешенный к выпуску акционерный капитал Банка;
- (iii) приостанавливать членство;
- (iv) принимать решения по апелляциям, связанным с толкованием настоящего Соглашения или с его применением Советом директоров;
- (v) давать полномочия на заключение генеральных соглашений о сотрудничестве с другими международными организациями;
- (vi) выбирать директоров и президента Банка;
- (vii) определять вознаграждение директоров и заместителей директоров, а также зарплату и другие условия договора с президентом;
- (viii) утверждать, после рассмотрения отчета аудиторов, общий баланс и счет прибылей и убытков Банка;
- (ix) определять резервы, направлять и распределять чистую прибыль Банка;
- (x) вносить изменения в настоящее Соглашение;
- (xi) принимать решение об окончательном прекращении операций Банка и о распределении его активов; и
- (xii) осуществлять любые другие полномочия, которые в настоящем Соглашении прямо возлагаются на Совет управляющих.

3. Совет управляющих сохраняет всю полноту полномочий по любым вопросам, делегированным или порученным Совету директоров согласно пункту 2 настоящей статьи или любому иному положению настоящего Соглашения.

Artikel 25

Gouverneursrat: Verfahren

(1) Der Gouverneursrat hält eine Jahrestagung ab; weitere Tagungen können vom Gouverneursrat selbst oder vom Direktorium anberaumt werden. Das Direktorium beraumt eine Tagung des Gouverneursrats an, sobald dies von mindestens fünf (5) Mitgliedern der Bank oder von Mitgliedern mit einem Stimmenanteil von mindestens einem Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder verlangt wird.

(2) Der Gouverneursrat ist verhandlungs- und beschlußfähig, wenn auf einer Sitzung zwei Drittel der Gouverneure anwesend sind und diese Mehrheit mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertritt.

(3) Der Gouverneursrat kann durch Verfügung ein Verfahren festlegen, wonach das Direktorium, wenn es dies für ratsam hält, eine Abstimmung der Gouverneure über eine bestimmte Frage erwirken kann, ohne eine Tagung des Gouverneursrats anzuberaumen.

(4) Der Gouverneursrat und, soweit dazu ermächtigt, das Direktorium können die für die Führung der Geschäfte der Bank erforderlichen oder geeigneten Regelungen erlassen und Nebeneinrichtungen einsetzen.

Artikel 26

Direktorium: Zusammensetzung

(1) Das Direktorium besteht aus dreiundzwanzig (23) Mitgliedern, die nicht dem Gouverneursrat angehören dürfen; davon werden

- i) elf (11) von den Gouverneuren gewählt, die Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, das Vereinigte Königreich, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Investitionsbank vertreten;
- ii) zwölf (12) von den Gouverneuren gewählt, die andere Mitglieder vertreten, und zwar
 - a) vier (4) von den Gouverneuren, welche die in Anlage A als mittel- und osteuropäische Länder, die für die Unterstützung durch die Bank in Frage kommen, aufgeführten Länder vertreten;
 - b) vier (4) von den Gouverneuren, welche die in Anlage A als andere europäische Länder aufgeführten Länder vertreten;
 - c) vier (4) von den Gouverneuren, welche die in Anlage A als nichteuropäische Länder aufgeführten Länder vertreten.

Die Direktoren können neben den Mitgliedern, von denen Gouverneuren sie gewählt worden sind, auch Mitglieder vertreten, die ihnen ihre Stimmen übertragen.

(2) Die Direktoren müssen hochqualifizierte Wirtschafts- und Finanzfachleute sein; sie werden nach Maßgabe der Anlage B gewählt.

(3) Der Gouverneursrat kann mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, die Zahl der Mitglieder des Direktoriums erhöhen oder verringern oder seine Zusammensetzung ändern, um Änderungen in der Zahl der Mitglieder der Bank Rechnung zu tragen. Unbeschadet der Ausübung dieser Befugnisse bei späteren Wahlen richten sich die Zahl der Mitglieder und die Zusammensetzung des zweiten Direktoriums nach Absatz 1.

(4) Jeder Direktor ernennt einen Stellvertreter, der bevollmächtigt ist, in seiner Abwesenheit für ihn zu handeln. Die Direktoren

Article 25

Board of Governors: Procedure

1. The Board of Governors shall hold an annual meeting and such other meetings as may be provided for by the Board or called by the Board of Directors. Meetings of the Board of Governors shall be called, by the Board of Directors, whenever requested by not less than five (5) members of the Bank or members holding not less than one quarter of the total voting power of the members.

2. Two-thirds of the Governors shall constitute a quorum for any meeting of the Board of Governors, provided such majority represents not less than two-thirds of the total voting power of the members.

3. The Board of Governors may by regulation establish a procedure whereby the Board of Directors may, when the latter deems such action advisable, obtain a vote of the Governors on a specific question without calling a meeting of the Board of Governors.

4. The Board of Governors, and the Board of Directors to the extent authorized, may adopt such rules and regulations and establish such subsidiary bodies as may be necessary or appropriate to conduct the business of the Bank.

Article 26

Board of Directors: Composition

1. The Board of Directors shall be composed of twenty-three (23) members who shall not be members of the Board of Governors, and of whom:

- (i) Eleven (11) shall be elected by the Governors representing Belgium, Denmark, France, the Federal Republic of Germany, Greece, Ireland, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Portugal, Spain, the United Kingdom, the European Economic Community and the European Investment Bank; and
- (ii) Twelve (12) shall be elected by the Governors representing other members, of whom:
 - (a) four (4), by the Governors representing those countries listed in Annex A as Central and Eastern European countries eligible for assistance from the Bank;
 - (b) four (4), by the Governors representing those countries listed in Annex A as other European countries;
 - (c) four (4), by the Governors representing those countries listed in Annex A as non-European countries.

Directors, as well as representing members whose Governors have elected them, may also represent members who assign their votes to them.

2. Directors shall be persons of high competence in economic and financial matters and shall be elected in accordance with Annex B.

3. The Board of Governors may increase or decrease the size, or revise the composition, of the Board of Directors, in order to take into account changes in the number of members of the Bank, by an affirmative vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members. Without prejudice to the exercise of these powers for subsequent elections, the number and composition of the second Board of Directors shall be as set out in paragraph 1 of this Article.

4. Each Director shall appoint an Alternate with full power to act for him or her when he or she is not present. Directors and

Article 25

Conseil des gouverneurs: Procédure

1. Le Conseil des gouverneurs tient une assemblée annuelle et se réunit en outre à sa propre initiative ou sur convocation du Conseil d'administration. Une réunion du Conseil des gouverneurs est convoqué par le Conseil d'administration lorsque cinq (5) membres au moins de la Banque, ou des membres détenant au moins un quart du nombre total des voix attribuées aux membres en font la demande.

2. Le quorum, pour toute réunion du Conseil des gouverneurs, est atteint lorsque deux tiers au moins des gouverneurs sont présents, à condition qu'ils représentent au moins les deux tiers du nombre total des voix attribuées aux membres.

3. Le Conseil des gouverneurs peut, par voie de règlement, instituer une procédure permettant au Conseil d'administration, lorsque celui-ci le juge opportun, d'obtenir sur une question déterminée, un vote des gouverneurs sans convoquer d'assemblée du Conseil des gouverneurs.

4. Le Conseil des gouverneurs ainsi que, dans la mesure où il y est autorisé, le Conseil d'administration, peuvent créer les organes subsidiaires et adopter les règles et les règlements nécessaires ou appropriés pour la conduite des affaires de la Banque.

Article 26

Conseil d'administration: Composition

1. Le Conseil d'administration est composé de vingt-trois (23) membres qui ne font pas partie du Conseil des gouverneurs et dont:

- (i) Onze (11) sont élus par les gouverneurs représentant la République Fédérale d'Allemagne, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Luxembourg, les Pays-Bas, le Portugal, le Royaume-Uni, la Communauté économique européenne et la Banque européenne d'investissement; et
- (ii) Douze (12) sont élus par les gouverneurs représentant d'autres membres, et dont:
 - a) quatre (4) sont élus par les gouverneurs représentant les pays énumérés à l'annexe A dans la catégorie pays d'Europe centrale et orientale et qui peuvent bénéficier de l'assistance de la Banque;
 - b) quatre (4) sont élus par les gouverneurs représentant les pays énumérés à l'Annexe A du présent Accord dans la catégorie autres pays européens;
 - c) quatre (4) sont élus par les gouverneurs représentant les pays énumérés à l'Annexe A dans la catégorie pays non-européens.

Les administrateurs représentent les membres par les gouverneurs desquels ils ont été élus et peuvent également représenter les membres qui leur confient leurs voix.

2. Les administrateurs sont des personnes de haute compétence en matière économique et financière; ils sont élus suivant la procédure définie à l'Annexe B.

3. Le Conseil des gouverneurs peut, par une décision expresse des deux tiers au moins des gouverneurs, représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux membres, augmenter ou réduire le nombre des membres du Conseil d'administration, ou revoir la composition de celui-ci afin de prendre en considération les modifications intervenues dans le nombre des membres de la Banque. Sans préjudice de l'exercice de ces pouvoirs pour les élections suivantes, le nombre des membres et la composition du deuxième Conseil d'administration sont ceux visés au paragraphe 1 du présent article.

4. Chaque administrateur désigne un suppléant qui, en son absence, agit en son nom. Les administrateurs et les suppléants

Статья 25

Совет управляющих: Процедура

1. Совет управляющих проводит ежегодное заседание, а также любые другие заседания по усмотрению Совета или по требованию Совета директоров. Заседание Совета управляющих созывается Советом директоров по требованию не менее пяти (5) членов Банка или членов, на долю которых приходится не менее одной четверти от общего количества голосов, на которое имеют право члены.

2. Две трети управляющих составляют кворум на любом заседании Совета управляющих, при условии, что такое большинство представляет не менее двух третей от общего количества голосов, на которое имеют право члены.

3. Совет управляющих может своим распоряжением установить процедуру, согласно которой Совет директоров может, если сочтет это целесообразным, провести голосование путем опроса управляющих по какому-либо конкретному вопросу без созыва заседания Совета управляющих.

4. Совет управляющих и Совет директоров в пределах своих полномочий могут принимать такие правила и положения и создавать такие вспомогательные органы, которые могут быть необходимы или целесообразны для осуществления деятельности Банка.

Статья 26

Совет директоров: Состав

1. Совет директоров состоит из двадцати трех (23) членов, которые не являются членами Совета управляющих, и из которых:

- (i) одиннадцать (11) избираются управляющими, представляющими Бельгию, Грецию, Данию, Ирландию, Испанию, Италию, Люксембург, Нидерланды, Португалию, Соединенное Королевство, Федеративную Республику Германия, Францию, Европейское экономическое сообщество, Европейский инвестиционный банк, а
- (ii) двенадцать (12) избираются управляющими, представляющими других членов, из которых:
 - a) четыре (4) избираются управляющими, представляющими страны, которые перечислены в приложении А как страны Центральной и Восточной Европы, имеющие право на получение помощи от Банка;
 - b) четыре (4) избираются управляющими, представляющими те страны, которые перечислены в приложении А как другие европейские страны;
 - c) четыре (4) избираются управляющими, представляющими те страны, которые перечислены в приложении А как неевропейские страны.

Директора, представляющие членов, чьи управляющие избрали их, могут также представлять тех членов, которые передали им свои голоса.

2. Директорами являются высококомпетентные в экономических и финансовых вопросах лица, которые избираются в соответствии с приложением В.

3. Совет управляющих может увеличить или уменьшить число членов Совета директоров или пересмотреть его состав, исходя из изменения числа членов Банка, если за это проголосует не менее двух третей управляющих, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, на которое имеют право члены. Без ущерба для осуществления этих полномочий в отношении последующих выборов, число директоров и состав второго Совета директоров устанавливается пунктом 1 настоящей статьи.

4. Каждый директор назначает одного заместителя, полностью уполномоченного действовать от его имени в его

und ihre Stellvertreter müssen Staatsangehörige von Mitgliedsländern sein. Ein Mitglied darf nur von einem einzigen Direktor vertreten werden. Stellvertreter dürfen an den Sitzungen des Direktoriums teilnehmen, jedoch nur dann mit abstimmen, wenn sie für ihren Direktor handeln.

(5) Die Amtszeit der Direktoren beträgt drei (3) Jahre; sie können wiedergewählt werden; jedoch wird das erste Direktorium vom Gouverneursrat auf seiner Eröffnungssitzung gewählt und bleibt bis zur nächsten unmittelbar folgenden Jahrestagung des Gouverneursrats oder, falls der Gouverneursrat dies auf dieser Jahrestagung beschließt, bis zur nächsten darauffolgenden Jahrestagung im Amt. Ein Direktor bleibt im Amt, bis sein Nachfolger gewählt ist und sein Amt antritt. Verwaist das Amt eines Direktors mehr als hundertachtzig (180) Tage vor Ende seiner Amtszeit, so wählen die Gouverneure, die den früheren Direktor gewählt hatten, nach Maßgabe der Anlage B einen Nachfolger für den Rest der Amtszeit. Dabei ist die Mehrheit der von diesen Gouverneuren abgegebenen Stimmen erforderlich. Verwaist das Amt eines Direktors hundertachtzig (180) oder weniger Tage vor Ende seiner Amtszeit, so können die Gouverneure, die den früheren Direktor gewählt hatten, auf dieselbe Weise einen Nachfolger für den Rest der Amtszeit wählen; dabei ist die Mehrheit der von diesen Gouverneuren abgegebenen Stimmen erforderlich. Solange das Amt verwaist ist, übt der Stellvertreter des bisherigen Direktors dessen Befugnisse aus, ausgenommen diejenige zur Ernennung eines Stellvertreters.

Artikel 27

Direktorium: Befugnisse

Das Direktorium ist unbeschadet der Befugnisse des Gouverneursrats nach Artikel 24 für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich und übt zu diesem Zweck neben den ihm in diesem Übereinkommen ausdrücklich zugewiesenen Befugnissen alle diejenigen aus, die ihm vom Gouverneursrat übertragen werden, insbesondere die Befugnis,

- i) die Arbeit des Gouverneursrats vorzubereiten;
- ii) im Einklang mit den allgemeinen Weisungen des Gouverneursrats geschäftspolitische Grundsätze aufzustellen sowie Beschlüsse zu fassen über Darlehen, Garantien, Kapitalbeteiligungen, Kreditaufnahme durch die Bank, Bereitstellung technischer Hilfe und die sonstige Geschäftstätigkeit der Bank;
- iii) dem Gouverneursrat auf jeder Jahrestagung den geprüften Jahresabschluß für das jeweilige Geschäftsjahr zur Genehmigung vorzulegen und
- iv) den Haushaltsplan der Bank zu genehmigen.

Artikel 28

Direktorium: Verfahren

(1) Die Arbeit des Direktoriums vollzieht sich normalerweise am Sitz der Bank; es tritt zusammen, sooft die Geschäfte der Bank dies erfordern.

(2) Das Direktorium ist verhandlungs- und beschlußfähig, wenn auf einer Sitzung eine Mehrheit der Direktoren anwesend ist, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertritt.

(3) Der Gouverneursrat erläßt Regelungen, nach denen ein Mitglied, falls keiner der Direktoren dessen Staatsangehörigkeit besitzt, einen Vertreter zur Teilnahme ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Direktoriums entsenden kann, wenn eine dieses Mitglied besonders berührende Frage behandelt wird.

Alternates shall be nationals of member countries. No member shall be represented by more than one Director. An Alternate may participate in meetings of the Board but may vote only when he or she is acting in place of his or her principal.

5. Directors shall hold office for a term of three (3) years and may be reelected; provided that the first Board of Directors shall be elected by the Board of Governors at its inaugural meeting, and shall hold office until the next immediately following annual meeting of the Board of Governors or, if that Board shall so decide at that annual meeting, until its next subsequent annual meeting. They shall continue in office until their successors shall have been chosen and assumed office. If the office of a Director becomes vacant more than one hundred and eighty (180) days before the end of his or her term, a successor shall be chosen in accordance with Annex B, for the remainder of the term, by the Governors who elected the former Director. A majority of the votes cast by such Governors shall be required for such election. If the office of a Director becomes vacant one hundred and eighty (180) days or less before the end of his or her term, a successor may similarly be chosen for the remainder of the term, by the votes cast by such Governors who elected the former Director, in which election a majority of the votes cast by such Governors shall be required. While the office remains vacant, the Alternative of the former Director shall exercise the powers of the latter, except that of appointing an Alternate.

Article 27

Board of Directors: Powers

Without prejudice to the powers of the Board of Governors as provided in Article 24 of this Agreement, the Board of Directors shall be responsible for the direction of the general operations of the Bank and, for this purpose, shall, in addition to the powers assigned to it expressly by this Agreement, exercise all the powers delegated to it by the Board of Governors, and in particular:

- (i) prepare the work of the Board of Governors;
- (ii) in conformity with the general directions of the Board of Governors, establish policies and take decisions concerning loans, guarantees, investments in equity capital, borrowing by the Bank, the furnishing of technical assistance, and other operations of the Bank;
- (iii) submit the audited accounts for each financial year for approval of the Board of Governors at each annual meeting; and
- (iv) approve the budget of the Bank.

Article 28

Board of Directors: Procedure

1. The Board of Directors shall normally function at the principal office of the Bank and shall meet as often as the business of the Bank may require.

2. A majority of the Directors shall constitute a quorum for any meeting of the Board of Directors, provided such majority represents not less than two-thirds of the total voting power of the members.

3. The Board of Governors shall adopt regulations under which, if there is no Director of its nationality, a member may send a representative to attend, without right to vote, any meeting of the Board of Directors when a matter particularly affecting that member is under consideration.

sont des ressortissants des pays membres. Aucun membre ne peut être représenté par plus d'un administrateur. Les suppléants peuvent prendre part aux réunions du Conseil mais ne peuvent voter qu'en l'absence de l'administrateur qu'ils remplacent.

5. Les administrateurs sont élus pour trois (3) ans et sont rééligibles, étant entendu que le premier Conseil d'administration est élu par le Conseil des gouverneurs lors de sa séance inaugurale et reste en fonction jusqu'à l'assemblée annuelle du Conseil des gouverneurs qui la suit immédiatement ou, si ce dernier en décide ainsi lors de cette assemblée annuelle, jusqu'à l'assemblée annuelle suivante, ils restent en fonction jusqu'à la désignation et la prise de fonction de leurs successeurs. Si le poste d'un administrateur devient vacant plus de cent quatre-vingt (180) jours avant l'expiration de son mandat, il sera pourvu, conformément aux dispositions de l'annexe B, par un nouvel administrateur choisi, par les gouverneurs qui avaient désigné l'ancien administrateur; ce nouvel administrateur demeurera en fonction pour la durée dudit mandat restant à courir. Cette élection doit être faite à la majorité des voix exprimées par les gouverneurs concernés. Si le poste d'un administrateur devient vacant cent quatre-vingt (180) jours ou moins avant l'expiration de son mandat, un successeur peut de la même manière être choisi pour la durée dudit mandat restant à courir par un vote des gouverneurs qui ont élu l'ancien administrateur; l'élection doit se faire à la majorité des voix exprimées par ces gouverneurs. Pendant la vacance du poste, le suppléant de l'ancien administrateur exerce les pouvoirs de ce dernier, sauf celui de nommer un suppléant.

Article 27

Conseil d'administration: Pouvoirs

Sans préjudice des pouvoirs que l'article 24 du présent Accord confère au Conseil des gouverneurs, le Conseil d'administration assure la direction des opérations générales de la Banque; à cette fin, il exerce, outre les compétences qui lui sont expressément attribuées par le présent Accord, tous les pouvoirs qui lui sont délégués par le Conseil des gouverneurs, et en particulier:

- (i) il prépare le travail du Conseil des gouverneurs;
- (ii) conformément aux directives générales que le Conseil des gouverneurs lui donne, il élabore les politiques et prend les décisions concernant les prêts, garanties, prises de participation, emprunts, assistance technique ainsi que les autres opérations de la Banque;
- (iii) il soumet à l'approbation du Conseil des gouverneurs, lors de l'assemblée annuelle de celui-ci, les comptes de l'exercice après vérification; et
- (iv) il approuve le budget de la Banque.

Article 28

Conseil d'administration: Procédure

1. Le Conseil d'administration exerce normalement ses fonctions au siège de la Banque et se réunit aussi souvent que les affaires de la Banque l'exigent.
2. Le quorum, pour toute réunion du Conseil d'administration, est atteint lorsque la majorité des administrateurs représentant les deux tiers au moins du nombre total des voix attribuées aux membres sont présents.
3. Le Conseil des gouverneurs adopte un règlement aux termes duquel un membre qui n'a pas d'administrateur de sa nationalité peut envoyer un représentant assister sans droit de vote à toute réunion du Conseil d'administration au cours de laquelle est examinée une question qui le concerne particulièrement.

отсутствие. Директора и заместители должны быть гражданами стран-членов. Ни один член не должен быть представлен более, чем одним директором. Заместитель может участвовать в заседаниях Совета директоров, однако он имеет право голоса, только, когда замещает директора.

5. Директора выполняют свои обязанности в течение трех (3) лет и могут быть избраны на новый срок при условии, что первый Совет директоров избирается Советом управляющих на его вступительном заседании и выполняет свои обязанности до следующего непосредственно за ним ежегодного заседания Совета управляющих или, если Совет так решит на этом ежегодном заседании, до своего следующего ежегодного заседания. Директора продолжают выполнять свои обязанности до тех пор, пока не будут избраны их преемники и пока последние не приступят к выполнению своих обязанностей. Если должность директора становится вакантной более, чем за сто восемьдесят (180) дней до окончания срока действия его полномочий, его преемник избирается на оставшуюся часть срока управляющими, избравшими бывшего директора, в соответствии с приложением В. Для указанных выборов необходимо собрать большинство голосов этих управляющих. Если должность директора становится вакантной за сто восемьдесят (180) или менее дней до окончания срока его полномочий, преемник также может быть избран на оставшийся срок путем голосования тех управляющих, которые избрали бывшего директора, и в ходе выборов требуется большинство голосов таких управляющих. Пока должность остается вакантной, заместитель бывшего директора осуществляет его полномочия, за исключением полномочий по назначению заместителя.

Статья 27

Совет директоров: Полномочия

Без ущерба для полномочий Совета управляющих, как предусмотрено в статье 24 настоящего Соглашения, Совет директоров несет ответственность за руководство общей деятельностью Банка и для этой цели в дополнение к полномочиям, непосредственно предоставленным ему настоящим Соглашением, осуществляет все полномочия, делегированные ему Советом управляющих, и в частности:

- (i) готовит работу Совета управляющих;
- (ii) в соответствии с общими указаниями Совета управляющих определяет политику и принимает решения в отношении предоставления займов, гарантий, инвестиций в акционерный капитал, получения займов Банком, оказания технической помощи и прочих операций Банка;
- (iii) представляет проверенную аудиторами отчетность за каждый финансовый год на утверждение Совета управляющих на каждом ежегодном заседании; и
- (iv) утверждает бюджет Банка.

Статья 28

Совет директоров: Процедура

1. Совет директоров, как правило, работает в штаб-квартире Банка и проводит заседания так часто, как того могут потребовать дела Банка.
2. На любом заседании Совета директоров для кворума необходимо большинство директоров, при условии, что указанное большинство составляет не менее двух третей от общего количества голосов, на которое имеют право члены.
3. Совет управляющих принимает распоряжения, по которым член при отсутствии в составе Совета директоров директора-гражданина его страны может направить своего представителя для присутствия без права голоса на любом заседании Совета директоров, когда рассматривается вопрос, непосредственно касающийся указанного члена.

Artikel 29
Abstimmung

(1) Die Stimmenzahl eines Mitglieds ist gleich der Anzahl der von ihm gezeichneten Anteile am Stammkapital der Bank. Zahlt ein Mitglied einen Teil des aufgrund seiner Zeichnungsverpflichtungen nach Artikel 6 fälligen Betrags nicht, so ist es, solange es nicht zahlt, nicht berechtigt, den Hundertsatz seiner Stimmrechte auszuüben, der dem des fälligen, aber nicht gezahlten Betrags am Gesamtbetrag der von diesem Mitglied gezeichneten eingezahlten Anteile am Stammkapital der Bank entspricht.

(2) Bei Abstimmungen im Gouverneursrat ist jeder Gouverneur zur Abgabe der Stimmen des von ihm vertretenen Mitglieds berechtigt. Sofern in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, bedürfen Beschlüsse zu allen dem Gouverneursrat vorliegenden Fragen einer Mehrheit der Stimmenzahl der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder.

(3) Bei Abstimmungen im Direktorium ist jeder Direktor zur Abgabe der Anzahl von Stimmen berechtigt, die den Gouverneuren zusteht, von denen er gewählt worden ist, sowie der Stimmen, die den Gouverneuren zustehen, die ihm nach Anlage B Abschnitt D ihre Stimmen übertragen haben. Ein Direktor, der mehrere Mitglieder vertritt, kann die Stimmen der von ihm vertretenen Mitglieder gesondert abgeben. Sofern in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, und außer im Fall der Beschlüsse über die allgemeine Politik, die mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Gesamtstimmzahl der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder zu fassen sind, bedürfen Beschlüsse zu allen dem Direktorium vorliegenden Fragen einer Mehrheit der Stimmenzahl der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder.

Artikel 30
Der Präsident

(1) Der Gouverneursrat wählt mit den Stimmen einer Mehrheit aller Gouverneure, die mindestens eine Mehrheit der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, einen Präsidenten der Bank. Der Präsident darf während seiner Amtszeit weder Gouverneur noch Direktor noch Stellvertreter eines Gouverneurs oder Direktors sein.

(2) Die Amtszeit des Präsidenten beträgt vier (4) Jahre. Er kann wiedergewählt werden. Er hat jedoch aus dem Amt auszuscheiden, wenn der Gouverneursrat dies mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, beschließt. Verwaist das Amt des Präsidenten aus irgendeinem Grund, so wählt der Gouverneursrat nach Absatz 1 einen Nachfolger für eine Dauer von bis zu vier (4) Jahren.

(3) Der Präsident hat, abgesehen von der entscheidenden Stimme bei Stimmgleichheit, kein Stimmrecht. Er kann an Sitzungen des Gouverneursrats teilnehmen und führt bei den Sitzungen des Direktoriums den Vorsitz.

(4) Der Präsident ist der gesetzliche Vertreter der Bank.

(5) Der Präsident ist Vorgesetzter des Personals der Bank. Er ist entsprechend den vom Direktorium zu erlassenden Regelungen für das Organisationswesen sowie für die Einstellung und Entlassung der leitenden und sonstigen Bediensteten verantwortlich. Bei der Einstellung von leitenden und sonstigen Bediensteten hat der Präsident unter Berücksichtigung der vorrangigen Bedeu-

Article 29
Voting

1. The voting power of each member shall be equal to the number of its subscribed shares in the capital stock of the Bank. In the event of any member failing to pay any part of the amount due in respect of its obligations in relation to paid-in shares under Article 6 of this Agreement, such member shall be unable for so long as such failure continues to exercise that percentage of its voting power which corresponds to the percentage which the amount due but unpaid bears to the total amount of paid-in shares subscribed to by that member in the capital stock of the Bank.

2. In voting in the Board of Governors, each Governor shall be entitled to cast the votes of the member he or she represents. Except as otherwise expressly provided in this Agreement, all matters before the Board of Governors shall be decided by a majority of the voting power of the members voting.

3. In voting in the Board of Directors each Director shall be entitled to cast the number of votes to which the Governors who have elected him or her are entitled and those to which any Governors who have assigned their votes to him or her, pursuant to Section D of Annex B, are entitled. A Director representing more than one member may cast separately the votes of the members he or she represents. Except as otherwise expressly provided in this Agreement, and except for general policy decisions in which cases such policy decisions shall be taken by a majority of not less than two-thirds of the total voting power of the members voting, all matters before the Board of Directors shall be decided by a majority of the voting power of the members voting.

Article 30
The President

1. The Board of Governors, by a vote of a majority of the total number of Governors, representing not less than a majority of the total voting power of the members, shall elect a President of the Bank. The President, while holding office, shall not be a Governor or a Director or an Alternate for either.

2. The term of office of the President shall be four (4) years. He or she may be re-elected. He or she shall, however, cease to hold office when the Board of Governors so decides by an affirmative vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than two-thirds of the total voting power of the members. If the office of the President for any reason becomes vacant, the Board of Governors, in accordance with the provisions of paragraph 1 of this Article, shall elect a successor for up to four (4) years.

3. The President shall not vote, except that he or she may cast a deciding vote in case of an equal division. He or she may participate in meetings of the Board of Governors and shall chair the meetings of the Board of Directors.

4. The President shall be the legal representative of the Bank.

5. The President shall be chief of the staff of the Bank. He or she shall be responsible for the organisation, appointment and dismissal of the officers and staff in accordance with regulations to be adopted by the Board of Directors. In appointing officers and staff, he or she shall, subject to the paramount importance of efficiency and technical competence, pay due regard to recruitment on a

Article 29

Vote

1. Le nombre des voix attribuées à chaque membre doit être égal au nombre des actions qu'il a souscrites dans le capital social de la Banque. Lorsqu'un membre n'a pas payé une quelconque partie du montant exigible au titre des obligations contractées pour les actions à libérer, définies à l'article 6 du présent Accord, ce membre ne peut, aussi longtemps que dure ce défaut de paiement, exercer la fraction de ses droits de vote qui correspond au rapport entre le montant dû et non payé et le montant total des actions à libérer souscrites par ce membre dans le capital social de la Banque.

2. En votant au Conseil des gouverneurs, chaque gouverneur dispose des voix du membre qu'il représente. Sauf disposition contraire du présent Accord, toutes les questions que le Conseil des gouverneurs est appelé à connaître sont tranchées à la majorité des voix attribuées aux membres prenant part au vote.

3. Lors d'un vote au Conseil d'administration, chaque administrateur dispose du nombre de voix attribuées aux gouverneurs qui l'ont élu et des voix dont dispose tout gouverneur lui ayant confié ses voix, conformément aux dispositions de la Section D de l'annexe B. Un administrateur représentant plus d'un membre ne doit pas nécessairement émettre en bloc les voix des membres qu'il représente. Sauf disposition contraire du présent Accord, et hormis le cas des décisions de politique générale qui sont prises à la majorité d'au moins deux tiers des voix attribuées aux membres prenant part au vote, toutes les questions dont le Conseil d'administration est appelé à connaître sont tranchées à la majorité des voix attribuées aux membres prenant part au vote.

Article 30

Président

1. Le Conseil des gouverneurs, par un vote à la majorité du nombre total des gouverneurs, représentant au moins la majorité du nombre total des voix attribuées aux membres, élit le président de la Banque. Le président ne peut exercer, pendant la durée de son mandat, les fonctions de gouverneur, d'administrateur ou de suppléant pour l'une ou l'autre de ces fonctions.

2. Le mandat du président est de quatre (4) ans. Il est rééligible. Toutefois, le président cesse d'exercer ses fonctions sur décision du Conseil des gouverneurs prise par une décision expresse d'au moins deux tiers des gouverneurs, représentant au moins deux tiers du nombre total des voix attribuées aux membres. Si le poste de président devient vacant pour quelque raison que ce soit, le Conseil des gouverneurs élit conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article, un nouveau président pour un mandat pouvant aller jusqu'à quatre ans.

3. Le président ne prend pas part aux votes, sauf en cas de partage égal des voix, auquel cas il peut voter et sa voix est alors prépondérante. Il peut participer aux réunions du Conseil des gouverneurs et préside les réunions du Conseil d'administration.

4. Le président est le représentant légal de la Banque.

5. Le président est le chef du personnel de la Banque. Il est responsable de l'organisation, de la nomination et du licenciement des fonctionnaires et des agents dans le cadre des réglementations qui seront adoptées par le Conseil d'administration. En nommant les fonctionnaires et les agents de la Banque, le président, tout en ayant pour préoccupation principale d'assurer à la

Статья 29

Голосование

1. Число голосов, на которое имеет право каждый член, равно количеству акций в акционерном капитале Банка, на которое он подписался. В случае, если какой-либо член не выплатит какую-либо часть той суммы, которую он должен по своим обязательствам в отношении оплачиваемых акций согласно статье 6 настоящего Соглашения, такой член в течение всего срока неуплаты не имеет права на ту процентную долю от полагающегося ему количества голосов, которая соответствует процентной доле неоплаченных им сумм по отношению к общей сумме оплачиваемых акций в акционерном капитале Банка, на которые этот член подписался.

3. При голосовании в Совете управляющих каждый управляющий имеет право голосовать за члена, которого он представляет. Кроме тех случаев, когда в настоящем Соглашении прямо предусмотрено иное, все вопросы, рассматриваемые Советом управляющих, решаются большинством от общего количества голосов, на которое имеют право члены, принимающие участие в голосовании.

3. При голосовании в Совете директоров каждый директор имеет право на то количество голосов, на которое имеют право избравшие его управляющие, а также на те голоса, на которые имеют право управляющие, передавшие ему свои голоса согласно разделу D приложения B. Директор, представляющий более одного члена, может голосовать отдельно за членов, которых он представляет. Кроме тех случаев, когда в настоящем Соглашении прямо предусмотрено иное, и за исключением решений, касающихся общей политики, когда такие решения принимаются большинством не менее двух третей от общего количества голосов, на которое имеют право члены, принимающие участие в голосовании, все вопросы в Совете директоров решаются большинством от общего количества голосов, на которое имеют право члены, принимающие участие в голосовании.

Статья 30

Президент

1. Совет управляющих большинством голосов от общего числа управляющих, представляющих не менее большинства от общего количества голосов, на которое имеют право члены, избирает президента Банка. Президент во время пребывания в этой должности не может быть управляющим или директором либо заместителем управляющего или директора.

2. Срок полномочий президента составляет четыре (4) года. Он может быть переизбран на новый срок. Однако он прекратит выполнять свои обязанности по решению Совета управляющих, если за такое решение проголосуют управляющие, представляющие не менее двух третей управляющих, представляющих не менее двух третей от общего количества голосов, на которое имеют право члены. Если по какой-либо причине пост президента становится вакантным, Совет управляющих в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи изберет его преемника на срок до четырех (4) лет.

3. Президент не принимает участия в голосовании, однако, когда голоса разделяются поровну, он имеет право решающего голоса. Он может участвовать в заседаниях Совета управляющих и председательствует на заседаниях Совета директоров.

4. Президент является законным представителем Банка.

5. Президент возглавляет персонал Банка. Он несет ответственность за организацию работы, назначение или увольнение должностных лиц и сотрудников в соответствии с правилами, устанавливаемыми Советом директоров. При назначении должностных лиц и сотрудников он, учитывая первоочередную важность эффективности и технической

tung von Leistungsfähigkeit und fachlichem Können gebührend darauf zu achten, daß die Auswahl auf breiter geographischer Grundlage unter den Mitgliedern der Bank erfolgt.

(6) Der Präsident führt nach den Weisungen des Direktoriums die laufenden Geschäfte der Bank.

Artikel 31
Vizepräsident(en)

(1) Das Direktorium ernennt auf Empfehlung des Präsidenten einen oder mehrere Vizepräsidenten. Amtszeit, Befugnisse und Aufgaben der einzelnen Vizepräsidenten in der Verwaltung der Bank werden vom Direktorium bestimmt. Bei Abwesenheit oder Dienstunfähigkeit des Präsidenten werden dessen Befugnisse und Aufgaben von einem Vizepräsidenten wahrgenommen.

(2) Ein Vizepräsident kann an den Sitzungen des Direktoriums teilnehmen, hat jedoch kein Stimmrecht, abgesehen von der entscheidenden Stimme, wenn er für den Präsidenten handelt.

Artikel 32
Internationaler Charakter der Bank

(1) Die Bank nimmt keinerlei Sonderfonds oder sonstige Darlehen oder Unterstützung an, die ihren Zweck oder ihre Aufgaben in irgendeiner Weise beeinträchtigen, verfälschen oder in anderer Weise ändern können.

(2) Die Bank, ihr Präsident, ihr(e) Vizepräsident(en) sowie die leitenden und sonstigen Bediensteten berücksichtigen bei ihren Beschlüssen nur Erwägungen, die für den Zweck, die Aufgaben und die Geschäfte der Bank im Sinne dieses Übereinkommens maßgeblich sind. Diese Erwägungen werden unparteiisch gegeneinander abgewogen, um den Zweck der Bank zu erfüllen und ihre Aufgaben durchzuführen.

(3) Der Präsident, der oder die Vizepräsident(en) sowie die leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank sind bei der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit allein der Bank und keiner sonstigen Stelle verpflichtet. Jedes Mitglied der Bank achtet den internationalen Charakter dieser Verpflichtung und unterläßt alle Versuche, diese Personen bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

Artikel 33
Sitz

(1) Der Sitz der Bank befindet sich in London.

(2) Die Bank kann Niederlassungen oder Zweigstellen im Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitglieder errichten.

Artikel 34
**Hinterlegungsstellen
und Verbindungsstellen**

(1) Jedes Mitglied benennt seine Zentralbank oder eine andere mit der Bank vereinbarte Stelle als Hinterlegungsstelle für alle Guthaben der Bank in seiner Währung sowie für sonstige Vermögenswerte der Bank.

(2) Jedes Mitglied benennt eine geeignete amtliche Stelle, mit der sich die Bank bezüglich jeder Angelegenheit, die sich im Rahmen dieses Übereinkommens ergibt, in Verbindung setzen kann.

Artikel 35
**Veröffentlichung von Berichten und
Bereitstellung von Informationen**

(1) Die Bank veröffentlicht einen Jahresbericht mit einem geprüften Jahresabschluß und übermittelt ihren Mitgliedern vier-

wide geographical basis among members of the Bank.

6. The President shall conduct, under the direction of the Board of Directors, the current business of the Bank.

Article 31
Vice-President(s)

1. One or more Vice-Presidents shall be appointed by the Board of Directors on the recommendation of the President. A Vice-President shall hold office for such term, exercise such authority and perform such functions in the administration of the Bank, as may be determined by the Board of Directors. In the absence or incapacity of the President, a Vice-President shall exercise the authority and perform the functions of the President.

2. A Vice-President may participate in meetings of the Board of Directors but shall have no vote at such meetings, except that he or she may cast the deciding vote when acting in place of the President.

Article 32
International character of the Bank

1. The Bank shall not accept Special Funds or other loans or assistance that may in any way be prejudice, deflect or otherwise alter its purpose or functions.

2. The Bank, its President, Vice-President(s), officers and staff shall in their decisions take into account only considerations relevant to the Bank's purpose, functions and operations, as set out in this Agreement. Such considerations shall be weighed impartially in order to achieve and carry out the purpose and functions of the Bank.

3. The President, Vice-President(s), officers and staff of the Bank, in the discharge of their offices, shall owe their duty entirely to the Bank and to no other authority. Each member of the Bank shall respect the international character of this duty and shall refrain from all attempts to influence any of them in the discharge of their duties.

Article 33
Location of offices

1. The principal office of the Bank shall be located in London.

2. The Bank may establish agencies or branch offices in the territory of any member of the Bank.

Article 34
Depositories and channels of communication

1. Each member shall designate its central bank, or such other institution as may be agreed upon with the Bank, as a depository for all the Bank's holdings of its currency as well as other assets of the Bank.

2. Each member shall designate an appropriate official entity with which the Bank may communicate in connection with any matter arising under this Agreement.

Article 35
Publication of reports and provision of information

1. The Bank shall publish an annual report containing an audited statement of its accounts and shall circulate to members

Banque les services des personnes possédant les plus hautes qualités de rendement et de compétence technique, veille à recruter le personnel sur une large base géographique, parmi les membres de la Banque.

6. Le président conduit les affaires courantes de la Banque, sous la direction du Conseil d'administration.

Article 31 Vice-président(s)

1. Le Conseil d'administration nomme un ou plusieurs vice-présidents sur recommandation du président. Le Conseil d'administration détermine la durée du mandat du ou des vice-présidents, les pouvoirs qu'ils détiennent, et les fonctions d'administration de la Banque dont ils s'acquittent. En cas d'absence ou d'incapacité du président, un vice-président exerce l'autorité et accomplit les fonctions du président.

2. Un vice-président peut participer aux réunions du Conseil d'administration mais ne prend pas part au vote lors de ces réunions sauf s'il remplace le président, auquel cas il peut voter et sa voix est alors prépondérante.

Article 32 Caractère international de la Banque

1. La Banque n'accepte ni fonds spéciaux, ni prêts, ni assistance qui puissent de quelque façon compromettre, fausser ou altérer son objet ou sa mission.

2. La Banque, son président, son ou ses vice-présidents, ses fonctionnaires et ses agents se fondent dans leurs décisions sur des considérations relevant exclusivement de l'objet, de la mission et des opérations de la Banque tels que définis dans le présent Accord. Ces considérations sont prises en compte de façon impartiale afin que la Banque puisse remplir son objet et sa mission.

3. Dans l'exercice de leurs fonctions, le président, le ou les vice-présidents, les fonctionnaires et les agents de la Banque n'ont de devoirs qu'envers la Banque, à l'exclusion de toute autre autorité. Tous les membres de la Banque respectant le caractère international de ces devoirs et s'abstiennent de toute démarche visant à influencer l'une quelconque de ces personnes dans l'accomplissement de ses tâches.

Article 33 Siège

1. Le siège de la Banque est établi à Londres.
2. La Banque peut ouvrir des agences ou des succursales sur le territoire de ses membres.

Article 34 Dépositaires et moyens de communication

1. Chaque membre désigne sa banque centrale ou toute autre institution en accord avec la Banque comme dépositaire auprès duquel celle-ci peut conserver tous les avoirs qu'elle possède dans la monnaie dudit membre, ainsi que d'autres avoirs.

2. Chaque membre désigne une entité officielle appropriée avec laquelle la Banque peut se mettre en rapport au sujet de toute question relevant du présent Accord.

Article 35 Publication de rapports et communication d'informations

1. La Banque publie un rapport annuel contenant un état certifié de ses comptes et fait parvenir à ses membres, à intervalles de

compétentности, уделяет должное внимание найму на работу из членов Банка на широкой географической основе.

6. Президент управляет текущей деятельностью Банка под руководством Совета директоров.

Статья 31 Вице-президент(ы)

1. По рекомендации президента Совет директоров назначает одного или более вице-президентов. Вице-президент выполняет свои обязанности в течение такого срока, располагает такими полномочиями и выполняет такие функции по управлению Банком, которые могут быть определены Советом директоров. В отсутствие президента или, в случае его неспособности выполнять свои полномочия, вице-президент располагает полномочиями и выполняет функции президента.

2. Вице-президент может участвовать в заседаниях Совета директоров без права голоса, за исключением случаев, когда, заменяя президента, он имеет право решающего голоса.

Статья 32 Международный характер Банка

1. Банк не принимает специальных фондов или других займов или содействия, которые могут каким бы то ни было образом нанести ущерб его цели или функциям, привести к отклонению от них или иным образом изменить их.

2. Банк, его президент, вице-президент(ы), должностные лица и сотрудники в своих решениях принимают во внимание лишь соображения, относящиеся к цели Банка, его функциям и операциям, определенным в настоящем Соглашении. Такие соображения беспристрастно оцениваются с точки зрения достижения цели Банка и выполнения его функций.

3. Президент, вице-президент(ы), должностные лица и сотрудники Банка при выполнении своих обязанностей служат только Банку и никому иному. Каждый член Банка уважает международный характер их положения и воздерживается от любых попыток оказывать влияние на кого-либо из них при выполнении ими своих обязанностей.

Статья 33 Местоположение учреждений Банка

1. Штаб-квартира Банка находится в Лондоне.
2. Банк может учреждать агентства или филиалы на территории любого члена Банка.

Статья 34 Депозитарии и каналы связи

1. Каждый член назначает свой центральный банк или любое другое учреждение по согласованию с Банком в качестве депозитария всех принадлежащих Банку средств в валюте этого члена, а также других активов Банка.

2. Каждый член определяет соответствующий официальный орган, с которым Банк может поддерживать связь по любому вопросу, возникающему в рамках настоящего Соглашения.

Статья 35 Публикация отчетов и предоставление информации

1. Банк публикует ежегодный отчет, содержащий проверенное аудиторами заявление о состоянии его счетов, и

teljährlich oder in kürzeren Abständen eine zusammenfassende Darstellung über ihre finanzielle Lage sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung, in der die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit ausgewiesen werden. Die Finanzbuchhaltung wird in ECU geführt.

(2) Die Bank berichtet jährlich über die ökologischen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten und kann weitere Berichte veröffentlichen, soweit sie dies zur Förderung ihres Zweckes für wünschenswert hält.

(3) Exemplare aller aufgrund dieses Artikels erstellten Berichte, Darstellungen und Veröffentlichungen werden an die Mitglieder verteilt.

Artikel 36

Zuweisung und Verteilung der Reineinnahmen

(1) Der Gouverneursrat legt mindestens einmal im Jahr fest, welcher Teil der Reineinnahmen der Bank nach Bildung von Rücklagen und, falls erforderlich, von Rückstellungen für etwaige Verluste nach Artikel 17 Absatz 1 als Überschuß oder für andere Zwecke einbehalten wird und welcher Teil gegebenenfalls verteilt wird. Beschlüsse über die Verwendung der Reineinnahmen der Bank für andere Zwecke bedürfen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten. Es erfolgt keine Zuweisung und keine Verteilung bis die allgemeine Rücklage mindestens zehn (10) v. H. des genehmigten Stammkapitals erreicht hat.

(2) Die Verteilung nach Absatz 1 erfolgt im Verhältnis der Anzahl der eingezahlten Anteile der einzelnen Mitglieder; bei der Berechnung dieser Anzahl werden jedoch nur Barzahlungen und Schuldscheine berücksichtigt, die spätestens am Ende des betreffenden Geschäftsjahrs eingegangen beziehungsweise eingelöst worden sind.

(3) Die Zahlungen an die einzelnen Mitglieder erfolgen in der vom Gouverneursrat festgelegten Art und Weise. Diese Zahlungen sowie ihre Verwendung durch das Empfängerland unterliegen keiner Beschränkung durch die Mitglieder.

Kapitel VII

Austritt und Suspendierung der Mitgliedschaft; vorübergehende Einstellung und Beendigung der Geschäftstätigkeit

Artikel 37

Austrittsrecht der Mitglieder

(1) Ein Mitglied kann jederzeit aus der Bank austreten, indem es ihr an ihrem Sitz eine schriftliche Anzeige zugehen läßt.

(2) Der Austritt eines Mitglieds wird wirksam und seine Mitgliedschaft erlischt zu dem in der Anzeige angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch sechs (6) Monate nach Eingang der Anzeige bei der Bank. Vor dem endgültigen Wirksamwerden des Austritts hat das Mitglied jedoch jederzeit die Möglichkeit, die Austrittsanzeige durch eine schriftliche Mitteilung an die Bank zurückzunehmen.

Artikel 38

Suspendierung der Mitgliedschaft

(1) Kommt ein Mitglied einer seiner Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht nach, so kann diese seine Mitgliedschaft durch Beschluß einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, suspendieren. Die Mitgliedschaft des suspendierten Mitglieds erlischt automatisch ein Jahr nach dem

at intervals of three (3) months or less a summary statement of its financial position and a profit and loss statement showing the results of its operations. The financial accounts shall be kept in ECU.

2. The Bank shall report annually on the environmental impact of its activities and may publish such other reports as it deems desirable to advance its purpose.

3. Copies of all reports, statements and publications made under this Article shall be distributed to members.

Article 36

Allocation and distribution of net income

1. The Board of Governors shall determine at least annually what part of the Bank's net income, after making provision for reserves and, if necessary, against possible losses under paragraph 1 of Article 17 of this Agreement, shall be allocated to surplus or other purposes and what part, if any, shall be distributed. Any such decision on the allocation of the Bank's net income to other purposes shall be taken by a majority of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than two-thirds of the total voting power of the members. No such allocation, and no distribution, shall be made until the general reserve amounts to at least ten (10) per cent of the authorized capital stock.

2. Any distribution referred to in the preceding paragraph shall be made in proportion to the number of paid-in shares held by each member; provided that in calculating such number account shall be taken only of payments received in cash and promissory notes encashed in respect of such shares on or before the end of the relevant financial year.

3. Payments to each member shall be made in such manner as the Board of Governors shall determine. Such payments and their use by the receiving country shall be without restriction by any member.

Chapter VII

Withdrawal and suspension of membership: Temporary suspension and termination of operations

Article 37

Right of members to withdraw

1. Any member may withdraw from the Bank at any time by transmitting a notice in writing to the Bank at its principal office.

2. Withdrawal by a member shall become effective, and its membership shall cease, on the date specified in its notice but in no event less than six (6) months after such notice is received by the Bank. However, at any time before the withdrawal becomes finally effective, the member may notify the Bank in writing of the cancellation of its notice of intention to withdraw.

Article 38

Suspension of membership

1. If a member fails to fulfil any of its obligations to the Bank, the Bank may suspend its membership by decision of a majority of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than two-thirds of the total voting power of the members. The member so suspended shall automatically cease to be a member one year from the date of its suspension unless a decision is taken by not

trois (3) mois au plus, un résumé sommaire de sa situation financière et un état de ses profits et pertes faisant ressortir les résultats de ses opérations. Les comptes financiers sont tenus en écus.

2. La Banque publie chaque année un rapport sur l'incidence de ses activités sur l'environnement et peut publier d'autres rapports si elle le juge souhaitable pour favoriser la réalisation de son objet.

3. Des exemplaires de tous les rapports, relevés et publications effectués en application du présent article sont adressés aux membres.

Article 36

Affectation et répartition du revenu net

1. Le Conseil des gouverneurs détermine au moins chaque année la partie du revenu net de la Banque qui, après déduction des fonds à verser aux réserves ou, si nécessaire, des pertes éventuelles en application du paragraphe 1 de l'article 17 du présent Accord, est affectée aux excédents, à d'autres emplois ou, s'il en existe, distribuée. Toute décision sur l'affectation du revenu net de la Banque à d'autres emplois est prise à la majorité d'au moins deux tiers des gouverneurs, représentant au moins deux tiers du nombre total des voix attribuées aux membres. Aucune distribution ni aucune affectation n'est faite avant que la réserve générale n'atteigne dix (10) pour cent au moins du capital social autorisé.

2. Les distributions visées au paragraphe précédent sont proportionnelles au nombre d'actions libérées détenues par chaque membre; il est entendu que, dans le calcul de ce nombre, seuls sont pris en compte les paiements reçus en numéraire et les billets à ordre encaissés au titre de ces actions à la fin de l'exercice concerné ou antérieurement.

3. Les paiements destinés à chaque membre sont effectués dans les conditions déterminées par le Conseil des gouverneurs. Ces paiements et leur emploi par le pays bénéficiaire ne font l'objet d'aucune restriction de la part des autres membres.

Chapitre VII

Retrait et suspension d'un membre: Arrêt temporaire et arrêt définitif des opérations

Article 37

Droit de retrait des membres

1. Tout membre peut se retirer de la Banque à tout moment par une notification écrite au siège de la Banque.

2. Le retrait prend effet et la qualité de membre cesse à la date précisée dans la notification mais en aucun cas moins de six (6) mois après la date à laquelle la notification a été reçue par la Banque. Toutefois, le membre peut à tout moment, avant que son retrait ne devienne effectif, revenir sur sa décision de retrait en adressant une notification écrite à la Banque.

Article 38

Suspension d'un membre

1. Si un membre manque à l'une de ses obligations envers la Banque, celle-ci peut le suspendre par une décision prise à la majorité d'au moins deux tiers des gouverneurs, représentant au moins les deux tiers du nombre total des voix attribuées aux membres. Le membre ainsi suspendu perd automatiquement sa qualité de membre un an après la date de cette suspension, à

рассылает членам не реже одного раза в три (3) месяца краткий отчет о своем финансовом положении, и счет прибыли и убытков, показывающий результаты его операций. Финансовые счета ведутся в ЭКЮ.

2. Банк представляет ежегодный отчет о влиянии своей деятельности на окружающую среду и может публиковать любые иные отчеты, которые представляются ему целесообразными для достижения своей цели.

3. Копии всех отчетов, счетов и публикаций, упомянутых в настоящей статье, рассылаются членам.

Статья 36

Направление и распределение чистого дохода

1. Совет управляющих не реже одного раза в год определяет какая часть чистого дохода Банка после отчислений в резервы и, при необходимости, отчислений на случай возможных убытков согласно пункту 1 статьи 17 настоящего Соглашения направляется в прибыль или на другие цели, а какая часть, если таковая имеется, подлежит распределению. Любое такое решение о направлении чистого дохода Банка на другие цели принимается большинством не менее двух третей управляющих, представляющих не менее двух третей от общего количества голосов, на которое имеют право члены. Такое направление и распределение чистого дохода осуществляется только, когда общий резерв достигнет десяти (10) процентов от размера разрешенного к выпуску акционерного капитала.

2. Любое распределение средств, упомянутое в предыдущем пункте, осуществляется пропорционально количеству оплачиваемых акций, принадлежащих каждому члену, при условии, что при подсчете количества таких акций учитываются только те акции, которые оплачены наличными и инкассированными по таким акциям простыми векселями не позднее конца соответствующего финансового года.

3. Выплаты каждому члену осуществляются таким способом, который определяет Совет управляющих. Такие выплаты и их использование страной-получателем осуществляются без ограничений какого-либо членом.

Глава VII

Выход из членства и приостановка членства: Временная приостановка и окончательное прекращение операций

Статья 37

Право членов на выход

1. Любой член может выйти из Банка в любое время путем направления письменного уведомления в штаб-квартиру Банка.

2. Выход члена вступает в силу и его членство прекращается с даты, указанной в его уведомлении, однако ни в коем случае не ранее, чем через шесть (6) месяцев после получения Банком указанного уведомления. При этом в любое время до того, как выход из членства окончательно вступит в силу, член может письменно сообщить Банку об аннулировании своего уведомления о намерении выйти из Банка.

Статья 38

Приостановка членства

1. Если какой-либо член не выполняет каких-либо своих обязательств перед Банком, Банк может приостановить его членство решением большинства не менее двух третей управляющих, представляющих не менее двух третей от общего количества голосов, на которое имеют право члены. Член, в отношении которого принято такое решение, автоматически

Zeitpunkt der Suspendierung, sofern nicht mit mindestens der gleichen Mehrheit beschlossen wird, das Mitglied wieder in seine Mitgliedschaft einzusetzen.

(2) Während der Suspendierung kann das Mitglied keine Rechte aus diesem Übereinkommen mit Ausnahme des Austrittsrechts wahrnehmen, hat aber alle seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen.

Artikel 39

Abrechnung mit früheren Mitgliedern

(1) Ein Mitglied haftet auch nach Erlöschen seiner Mitgliedschaft weiterhin für seine unmittelbaren Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten gegenüber der Bank, solange ein Teil der vor dem Erlöschen seiner Mitgliedschaft gewährten Darlehen oder Garantien beziehungsweise eingegangenen Kapitalbeteiligungen aussteht; ihm entstehen jedoch keine Verbindlichkeiten in bezug auf später von der Bank gewährte Darlehen und Garantien beziehungsweise eingegangene Kapitalbeteiligungen, und es ist weder an den Einnahmen noch an den Ausgaben der Bank beteiligt.

(2) Zum Zeitpunkt des Erlöschens der Mitgliedschaft eines Mitglieds trifft die Bank im Rahmen der Abrechnung mit dem früheren Mitglied nach diesem Artikel Vorkehrungen für den Rückkauf seiner Anteile. Als Rückkaufpreis der Anteile gilt dabei der Buchwert am Tag des Erlöschens der Mitgliedschaft, im Höchstfall jedoch der ursprüngliche Kaufpreis der einzelnen Anteile.

(3) Die Bezahlung der aufgrund dieses Artikels durch die Bank zurückgekauften Anteile erfolgt zu den nachstehenden Bedingungen:

- i) Die dem früheren Mitglied für seine Anteile geschuldeten Beträge werden einbehalten, solange das frühere Mitglied, seine Zentralbank beziehungsweise eine seiner Dienststellen oder Einrichtungen als Kreditnehmer oder Bürge Verbindlichkeiten gegenüber der Bank hat und können bei Fälligkeit dieser Verbindlichkeiten von der Bank zu deren Deckung verwendet werden. Für Verbindlichkeiten des früheren Mitglieds aufgrund der Zeichnung von Anteilen nach Artikel 6 Absätze 4, 5 und 7 wird jedoch nichts einbehalten. In jedem Fall werden die einem früheren Mitglied für seine Anteile zustehenden Beträge nicht vor Ablauf von sechs (6) Monaten nach Erlöschen seiner Mitgliedschaft ausgezahlt;
- ii) soweit der als Rückkaufpreis nach Absatz 2 geschuldete Betrag (wie unter Ziffer i genannten Gesamtverbindlichkeiten für Darlehen, Garantien und Kapitalbeteiligungen) übersteigt, können gegen Rückgabe der betreffenden Anteile von Zeit zu Zeit Zahlungen auf Anteile geleistet werden, bis das frühere Mitglied den vollen Rückkaufpreis erhalten hat;
- iii) die Zahlungen erfolgen in den von der Bank festgelegten voll konvertierbaren Währungen beziehungsweise in ECU sowie zu den von ihr festgelegten Bedingungen und Zeitpunkten;
- iv) erleidet die Bank Verluste auf bei Erlöschen der Mitgliedschaft eines Mitglieds ausstehende Garantien, Beteiligungen an Darlehen oder Darlehen oder einen Nettoverlust auf zu diesem Zeitpunkt von der Bank gehaltene Kapitalbeteiligungen und übersteigen diese Verluste den Umfang der bei Erlöschen der Mitgliedschaft vorhandenen Rückstellungen für Verluste, so hat das frühere Mitglied auf Verlangen den Betrag zurückzuzahlen, um den der Rückkaufpreis seiner Anteile herabgesetzt worden wäre, wenn die Verluste bei der Ermittlung des Rückkaufpreises berücksichtigt worden wären. Außerdem ist das frühere Mitglied bei Abruf nicht eingezahlter Zeichnungen nach Artikel 6 Absatz 4 weiterhin

less than the same majority to restore the member to good standing.

2. While under suspension, a member shall not be entitled to exercise any rights under this Agreement, except the right of withdrawal, but shall remain subject to all its obligations.

Article 39

Settlement of accounts with former members

1. After the date on which a member ceases to be a member, such former member shall remain liable for its direct obligations to the Bank and for its contingent liabilities to the Bank so long as any part of the loans, equity investments or guarantees contracted before it ceased to be a member are outstanding; but it shall cease to incur such liabilities with respect to loans, equity investments and guarantees entered into thereafter by the Bank and to share either in the income or the expenses of the Bank.

2. At the time a member ceases to be a member, the Bank shall arrange for the repurchase of such former member's shares as a part of the settlement of accounts with such former member in accordance with the provisions of this Article. For this purpose, the repurchase price of the shares shall be the value shown by the books of the Bank on the date of cessation of membership, with the original purchase price of each share being its maximum value.

3. The payment for shares repurchased by the Bank under this Article shall be governed by the following conditions:

- (i) any amount due to the former member for its shares shall be withheld so long as the former member, its central bank or any of its agencies or instrumentalities remains liable, as borrower or guarantor, to the Bank and such amount may, at the option of the Bank, be applied on any such liability as it matures. No amount shall be withheld on account of the liability of the former member resulting from its subscription for shares in accordance with paragraphs 4, 5 and 7 of Article 6 of this Agreement. In any event, no amount due to a member for its shares shall be paid until six (6) months after the date upon which the member ceases to be a member;
- (ii) payments for shares may be made from time to time, upon their surrender by the former member, to the extent by which the amount due as the repurchase price in accordance with paragraph 2 of this Article exceeds the aggregate amount of liabilities on loans, equity investments and guarantees in subparagraph (i) of this paragraph until the former member has received the full repurchase price;
- (iii) payments shall be made on such conditions and in such fully convertible currencies, or ECU, and on such dates, as the Bank determines; and
- (iv) if losses are sustained by the Bank on any guarantees, participations in loans, or loans which were outstanding on the date when the member ceased to be a member, or if a net loss is sustained by the Bank on equity investments held by it on such date, and the amount of such losses exceeds the amount of the reserves provided against losses on the date when the member ceased to be a member, such former member shall repay, upon demand, the amount by which the repurchase price of its shares would have been reduced if the losses had been taken into account when the repurchase price was determined. In addition, the former member shall remain liable on any call for unpaid subscriptions under

moins que les gouverneurs ne décident à la même majorité de lui rendre sa qualité de membre.

2. Un membre frappé de suspension ne peut exercer aucun des droits conférés par le présent Accord, exception faite du droit de retrait; il reste néanmoins soumis à toutes ses obligations de membre.

Article 39

Apurement des comptes des anciens membres de la Banque

1. Après la date à laquelle un membre perd sa qualité de membre, il reste tenu par ses obligations directes ainsi que par ses engagements conditionnels envers la Banque aussi longtemps que subsiste un encours des prêts et des garanties consentis ou des prises de participation réalisées avant qu'il ait cessé d'être membre; cependant, ce membre cesse d'être responsable des prêts et des garanties et des prises de participation consentis et réalisés ultérieurement par la Banque, et de participer, soit aux revenus, soit aux dépenses de la Banque.

2. Lorsqu'un membre perd cette qualité, la Banque procède à un règlement partiel des comptes avec ce membre, en prenant, conformément aux dispositions du présent article, toute mesure en vue du rachat des actions de celui-ci. A cette fin, le prix de rachat de ces actions est constitué par leur valeur constatée dans les livres de la Banque à la date à laquelle ce membre perd sa qualité de membre, le prix initial d'achat de chaque action constituant la valeur maximale.

3. Le paiement des parts rachetées par la Banque conformément au présent article est régi par les conditions suivantes:

- (i) tout montant dû au membre au titre de ses actions est retenu par la Banque aussi longtemps que ce membre, sa Banque centrale, l'un de ses organismes ou l'une de ses émanations, reste redevable vis-à-vis de la Banque en tant qu'emprunteur du garant; ce montant peut, au gré de la Banque, être affecté à la liquidation de ces engagements lorsque ceux-ci arrivent à échéance. Aucun montant n'est retenu à raison des engagements de l'ancien membre résultant de sa souscription aux actions de la Banque conformément aux paragraphes 4, 5 et 7 de l'article 6 du présent Accord. En tout état de cause, aucun montant dû à un ancien membre au titre de ses actions ne sera versé avant l'expiration d'un délai de six (6) mois à compter de la date à laquelle il cesse d'être membre;
- (ii) le paiement peut s'effectuer par acomptes, après remise des actions à la Banque par l'ancien membre et jusqu'à ce que ledit ancien membre ait reçu la totalité du prix de rachat pour autant que, conformément au paragraphe 2 du présent article, le montant correspondant au prix de rachat excède le montant global des dettes résultant des prêts, investissements en capital et garanties visés à l'alinéa (i) du présent paragraphe;
- (iii) les paiements sont effectués aux conditions, dans les devises pleinement convertibles ou en écus, et aux dates fixées par la Banque; et
- (iv) si la Banque subit des pertes, du fait de l'encours des garanties, de participations à des prêts, ou de prêts existant à la date à laquelle le membre a perdu cette qualité ou si une perte nette est supportée par la Banque sur les investissements en capital qu'elle délient à cette date, et si le montant de ces pertes dépasse, à cette date, le montant de la réserve constituée pour y faire face à la date à laquelle le membre a perdu sa qualité, ledit ancien membre est tenu de rembourser, sur demande, le montant à concurrence duquel le prix de rachat de ses actions aurait été réduit s'il avait été tenu compte de ces pertes au moment de la fixation du prix de rachat. En outre, l'ancien membre reste soumis à tout appel

percevant être membre par un an, à compter de la date de la suspension, à moins que les gouverneurs ne décident à la même majorité de lui rendre sa qualité de membre.

2. В период приостановки член теряет все права по настоящему Соглашению, кроме права на выход, но за ним сохраняются все его обязательства.

Статья 39

Урегулирование расчетов с бывшими членами

1. С даты, на которую член перестает быть членом, такой бывший член продолжает нести ответственность по своим прямым обязательствам перед Банком, а также по условным обязательствам перед Банком до тех пор, пока какая-либо часть займов, инвестиций в акционерный капитал или гарантий, о которых была достигнута договоренность до того, как он перестал быть членом, остается неурегулированной; однако он не несет более таких обязательств по займам, инвестициям в акционерный капитал и гарантиям, предоставленным Банком после того, как он перестал быть членом, и не участвует более в доходах или расходах Банка.

2. Когда член перестает быть членом, Банк договаривается о выкупе у такого бывшего члена его акций в рамках урегулирования расчетов с таким бывшим членом в соответствии с положениями настоящей статьи. С этой целью акции выкупаются по цене, показанной в каталогах Банка на дату прекращения членства, при этом максимальной ценой является цена, по которой каждая акция была первоначально куплена.

3. Выплата за акции, выкупленные Банком, согласно настоящей статье, производится в соответствии с нижеперечисленными условиями:

- (i) любые суммы, причитающиеся бывшему члену за его акции, удерживаются до тех пор, пока бывший член, его центральный банк либо любое из его агентств или органов остается ответственным перед Банком в качестве заемщика или гаранта, и такие суммы могут быть по усмотрению Банка обращены в погашение таких обязательств по наступлении их срока. Никакие суммы не удерживаются в счет обязательств бывшего члена, вытекающих из его подписки на акции в соответствии с пунктами 4, 5 и 7 статьи 6 настоящего Соглашения. В любом случае никакие суммы, причитающиеся члену за его акции, не выплачиваются ранее, чем через шесть (6) месяцев с даты прекращения членства;
- (ii) выплаты за акции могут производиться время от времени после вручения их бывшим членом в тех пределах, в каких суммы, причитающиеся в качестве выкупной цены в соответствии с пунктом 2 настоящей статьи, превышают общую сумму обязательств по займам, инвестициям в акционерный капитал и гарантиям, упомянутым в подпункте (i) настоящего пункта, пока бывший член не получит всю выкупную цену;
- (iii) выплаты производятся на таких условиях, в таких полностью конвертируемых валютах или ЭКЮ и в такие даты, которые определяет Банк; и
- (iv) если Банк понесет убыток по каким-либо гарантиям, участив в займах или по займам, которые оставались непогашенными на дату, когда член перестал быть членом, или если Банк понесет чистые убытки по своим инвестициям в акционерный капитал на эту дату, и суммы таких убытков на дату, когда член перестает быть членом, превысят размер резервов, предусмотренных на случай убытков, такой бывший член должен по требованию выплатить сумму, на которую сократилась бы выкупная цена, если бы при определении этой цены был принят во внимание размер указанных убытков. Кроме того, бывший член продолжает нести ответственность

in der Höhe zur Zahlung verpflichtet, in der es hätte beitragen müssen, wenn die Kapitalminderung und der Abruf zum Zeitpunkt der Ermittlung des Rückkaufpreises seiner Anteile erfolgt wären.

(4) Stellt die Bank binnen sechs (6) Monaten nach Erlöschen der Mitgliedschaft eines Mitglieds ihre Geschäftstätigkeit nach Artikel 41 ein, so bestimmen sich alle Rechte des früheren Mitglieds nach den Artikeln 41 bis 43.

Artikel 40

Vorübergehende Einstellung der Geschäftstätigkeit

In Notfällen kann das Direktorium die Geschäftstätigkeit im Hinblick auf neue Darlehen, Garantien, Emissionsübernahmen, technische Hilfe und Kapitalbeteiligungen vorübergehend einstellen, bis der Gouverneursrat Gelegenheit hat, sich zu beraten und Maßnahmen zu treffen.

Artikel 41

Beendigung der Geschäftstätigkeit

Die Bank kann ihre Geschäftstätigkeit mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, beenden. Mit dieser Beendigung stellt die Bank sofort ihre gesamte Tätigkeit mit Ausnahme der Arbeiten ein, welche die ordnungsgemäße Verwertung, Sicherung und Erhaltung ihrer Vermögenswerte sowie die Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten betreffen.

Artikel 42

Haftung der Mitglieder und Begleichung von Forderungen

(1) Im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank bleibt die Haftung aller Mitglieder für nicht abgerufene Zeichnungen auf das Stammkapital der Bank bestehen, bis alle Forderungen von Gläubigern einschließlich aller Eventualforderungen beglichen sind.

(2) Gläubiger im Zusammenhang mit der ordentlichen Geschäftstätigkeit, die unmittelbare Forderungen halten, werden an erster Stelle aus den Vermögenswerten der Bank, an zweiter Stelle aus der Bank geschuldeten Zahlungen für eingezahlte Anteile, die bislang nicht eingezahlt worden sind, und schließlich aus der Bank geschuldeten Zahlungen für abrufbares Stammkapital befriedigt. Bevor Zahlungen an Gläubiger mit unmittelbaren Forderungen geleistet werden, trifft das Direktorium alle nach seiner Ansicht notwendigen Vorkehrungen zur Gewährleistung einer anteiligen Verteilung auf Gläubiger mit unmittelbaren Forderungen und Gläubiger mit Eventualforderungen.

Artikel 43

Verteilung der Vermögenswerte

(1) Eine Verteilung von Vermögenswerten nach diesem Kapitel an die Mitglieder aufgrund ihrer Zeichnungen auf das Stammkapital der Bank erfolgt erst,

- i) wenn alle Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern erfüllt sind oder hierfür Vorsorge getroffen ist;
- ii) wenn der Gouverneursrat mit den Stimmen von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, eine Verteilung beschlossen hat.

(2) Die Verteilung der Vermögenswerte der Bank an die Mitglieder erfolgt im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils am Stammkapital

paragraph 4 of Article 6 of this Agreement, to the extent that it would have been required to respond if the impairment of capital had occurred and the call had been made at the time the repurchase price of its shares was determined.

4. If the Bank terminates its operations pursuant to Article 41 of this Agreement within six (6) months of the date upon which any member ceases to be a member, all rights of such former member shall be determined in accordance with the provisions of Articles 41 to 43 of this Agreement.

Article 40

Temporary suspension of operations

In an emergency, the Board of Directors may suspend temporarily operations in respect of new loans, guarantees, underwriting, technical assistance and equity investments pending an opportunity for further consideration and action by the Board of Governors.

Article 41

Termination of operations

The Bank may terminate its operations by the affirmative vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members. Upon such termination of operations the Bank shall forthwith cease all activities, except those incident to the orderly realization, conservation and preservation of its assets and settlement of its obligations.

Article 42

Liability of members and payment of claims

1. In the event of termination of the operations of the Bank, the liability of all members for uncalled subscriptions to the capital stock of the Bank shall continue until all claims of creditors, including all contingent claims, shall have been discharged.

2. Creditors on ordinary operations holding direct claims shall be paid first out of the assets of the Bank, secondly out of the payments to be made to the Bank in respect of unpaid paid-in shares, and then out of payments to be made to the Bank in respect of callable capital stock. Before making any payments to creditors holding direct claims, the Board of Directors shall make such arrangements as are necessary, in its judgment, to ensure a pro rata distribution among holders of direct and holders of contingent claims.

Article 43

Distribution of assets

1. No distribution under this Chapter shall be made to members on account of their subscriptions to the capital stock of the Bank until:

- (i) all liabilities to creditors have been discharged or provided for; and
- (ii) the Board of Governors has decided by a vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members, to make a distribution.

2. Any distribution of the assets of the Bank to the members shall be in proportion to the capital stock held by each member

de souscriptions non libérées, au titre du paragraphe 4 de l'article 6 du présent Accord, dans la mesure où il y aurait été tenu si la réduction de capital était survenue et l'appel fait au jour de la fixation du prix de rachat.

4. Si la Banque met fin à ses opérations, conformément à l'article 41 du présent Accord, dans les six (6) mois suivant la date à laquelle un membre perd cette qualité, tous les droits de cet ancien membre sont déterminés conformément aux dispositions des articles 41 à 43 du présent Accord.

Article 40

Arrêt temporaire des opérations

En cas d'urgence, le Conseil d'administration peut suspendre temporairement les opérations en matière de nouveaux prêts et nouvelles garanties, garanties d'émission, assistance technique et prises de participation, en attendant que le Conseil des gouverneurs ait la possibilité d'en délibérer et d'en décider.

Article 41

Arrêt définitif des opérations

La Banque peut mettre fin à ses opérations par décision expresse des deux tiers au moins du nombre des gouverneurs, représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux membres. Dès l'arrêt définitif des opérations, la Banque cesse toutes ses activités, à l'exception de celles qui se rapportent à la réalisation ordonnée, à la conservation et à la sauvegarde de ses avoirs, ainsi qu'au règlement de ses obligations.

Article 42

Responsabilité des membres et liquidation des créances

1. En cas d'arrêt définitif des opérations de la Banque, la responsabilité de tous les membres résultant de leurs souscriptions non appelées au capital social de la Banque subsiste jusqu'à ce que toutes les créances, y compris toutes les créances conditionnelles, soient liquidées.

2. Tous les créanciers au titre des opérations ordinaires titulaires de créances directes sont payés en premier lieu sur les avoirs de la Banque, en deuxième lieu sur les sommes dues à la Banque au titre des actions à libérer non versées, et enfin sur les sommes dues à la Banque au titre du capital social callable. Avant d'effectuer quelque paiement que ce soit à des créanciers titulaires de créances directes, le Conseil d'administration prend toute disposition qu'il juge nécessaire, pour assurer une répartition au prorata entre les créanciers titulaires de créances directes et les créanciers titulaires de créances conditionnelles.

Article 43

Distribution des avoirs

1. Dans le cadre du présent chapitre, aucune distribution des avoirs n'est faite au profit des membres en raison de leurs souscriptions au capital social de la Banque avant:

- (i) que toutes les obligations envers les créanciers aient été liquidées ou aient fait l'objet de mesures appropriées; et
- (ii) que le Conseil des gouverneurs ait pris la décision de procéder à une distribution, par un vote des deux tiers au moins des gouverneurs représentant au moins trois quarts du nombre total des voix attribuées aux membres.

2. Toute distribution des avoirs entre les membres est proportionnelle à la part de capital social détenu par chaque membre, et

venance par tout réclamation sur non payée part selon signature conformément article 4 paragraphe 6 du présent Accord dans la mesure où il y aurait été tenu si la réduction de capital était survenue et l'appel fait au jour de la fixation du prix de rachat.

4. Если Банк окончательно прекратит свои операции согласно статье 41 настоящего Соглашения в течение шести (6) месяцев от даты, когда какой-либо член перестает быть членом, все права такого бывшего члена определяются в соответствии с положениями статей 41–43 настоящего Соглашения.

Статья 40

Временная приостановка операций

В любой чрезвычайной ситуации Совет директоров может временно приостановить операции по предоставлению новых займов, гарантий, гарантированному размещению ценных бумаг, техническому содействию и инвестициям в акционерный капитал до рассмотрения Советом управляющих создавшегося положения и принятия им соответствующих мер.

Статья 41

Окончательное прекращение операций

Банк может окончательно прекратить свои операции, если за это проголосует не менее двух третей управляющих, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, на которое имеют право члены. При таком окончательном прекращении операций Банк немедленно прекращает всю деятельность, за исключением деятельности по упорядоченной реализации, консервации и сохранению своих активов и урегулированию своих обязательств.

Статья 42

Ответственность членов и оплата претензий

1. В случае окончательного прекращения операций Банка обязательства всех членов по неустраиваемой части акционерного капитала Банка, на который они подписались, остаются в силе до удовлетворения всех требований кредиторов, включая все условные требования.

2. Прямые требования кредиторов по обычным операциям удовлетворяются в первую очередь из активов Банка, во вторую очередь из платежей, которые должны быть сделаны Банку по неоплаченной доле оплачиваемых акций, и затем из платежей, которые должны быть сделаны Банку в счет акционерного капитала, подлежащего оплате по требованию. Перед осуществлением каких-либо платежей кредиторам, имеющим прямые требования, Совет директоров принимает необходимые, по его мнению, меры для обеспечения пропорционального распределения выплат между держателями прямых и условных требований.

Статья 43

Распределение активов

1. Не производится никакого распределения среди членов в соответствии с настоящей главой в счет их подписки на акционерный капитал Банка пока:

- (i) все обязательства перед кредиторами не будут погашены или обеспечены; и
- (ii) Совет управляющих не примет решения о распределении активов большинством голосов не менее двух третей управляющих, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, на которое имеют право члены.

2. Любое распределение активов Банка среди членов производится пропорционально доле акционерного капитала,

und zu den Zeitpunkten und Bedingungen, die der Bank gerecht und billig erscheinen. Die verteilten Vermögensanteile brauchen hinsichtlich ihrer Art nicht einheitlich zu sein. Ein Mitglied hat bei der Verteilung der Vermögenswerte erst dann Anspruch auf seinen Anteil, wenn es alle seine Verbindlichkeiten gegenüber der Bank erfüllt hat.

(3) Ein Mitglied, das aufgrund dieses Artikels verteilte Vermögenswerte erhält, genießt hinsichtlich dieser Vermögenswerte dieselben Rechte, wie sie der Bank vor der Verteilung zustanden.

Kapitel VIII

Rechtsstellung, Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen

Artikel 44

Zweck dieses Kapitels

Um der Bank die Erfüllung ihres Zweckes und der ihr zugewiesenen Aufgaben zu ermöglichen, werden ihr im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedlands die Rechtsstellung sowie die Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen gewährt, die in diesem Kapitel festgelegt sind.

Artikel 45

Rechtsstellung der Bank

Die Bank besitzt volle Rechtspersönlichkeit und insbesondere die uneingeschränkte Rechtsfähigkeit,

- i) Verträge zu schließen;
- ii) unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen;
- iii) vor Gericht zu stehen.

Artikel 46

Stellung der Bank in bezug auf gerichtliche Verfahren

Klagen gegen die Bank können nur vor einem zuständigen Gericht im Hoheitsgebiet eines Landes erhoben werden, in dem die Bank eine Geschäftsstelle besitzt, einen Vertreter für die Entgegennahme gerichtlicher Urkunden ernannt oder Wertpapiere ausgegeben oder garantiert hat. Es dürfen jedoch keine Klagen von Mitgliedern oder von Personen erhoben werden, die Mitglieder vertreten oder Forderungen von Mitgliedern ableiten. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Bank, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von jeder Form der Beschlagnahme, Pfändung oder Vollstreckung, solange nicht ein endgültiges Urteil gegen die Bank ergangen ist.

Artikel 47

Befreiung der Vermögenswerte von Zugriff

Das Eigentum und die Vermögenswerte der Bank, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind von Zugriff durch Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung oder jede andere Form der Wegnahme oder Zwangsvollstreckung auf dem Verwaltungs- oder Gesetzesweg befreit.

Artikel 48

Unverletzlichkeit der Archive

Die Archive der Bank sowie ganz allgemein alle ihr gehörenden oder in ihrem Besitz befindlichen Schriftstücke sind unverletzlich.

Artikel 49

Befreiung der Vermögenswerte von Beschränkungen

Soweit es die Erfüllung des Zweckes und der Aufgaben der Bank erfordert und vorbehaltlich dieses Übereinkommens sind das gesamte Eigentum und alle Vermögenswerte der Bank von

and shall be effected at such times and under such conditions as the Bank shall deem fair and equitable. The shares of assets distributed need not be uniform as to type of assets. No member shall be entitled to receive its share in such a distribution of assets until it has settled all of its obligations to the Bank.

3. Any member receiving assets distributed pursuant to this Article shall enjoy the same rights with respect to such assets as the Bank enjoyed prior to their distribution.

Chapter VIII

Status, immunities, privileges and exemptions

Article 44

Purposes of chapter

To enable the Bank to fulfil its purpose and the functions with which it is entrusted, the status, immunities, privileges and exemptions set forth in this Chapter shall be accorded to the Bank in the territory of each member country.

Article 45

Status of the Bank

The Bank shall possess full legal personality and, in particular, the full legal capacity:

- (i) to contract;
- (ii) to acquire, and dispose of, immovable and movable property; and
- (iii) to institute legal proceedings.

Article 46

Position of the Bank with regard to judicial process

Actions may be brought against the Bank only in a court of competent jurisdiction in the territory of a country in which the Bank has an office, has appointed an agent for the purpose of accepting service or notice of process, or has issued or guaranteed securities. No actions shall, however, be brought by members or persons acting for or deriving claims from members. The property and assets of the Bank shall, wheresoever located and by whomsoever held, be immune from all forms of seizure, attachment or execution before the delivery of final judgment against the Bank.

Article 47

Immunity of assets from seizure

Property and assets of the Bank, wheresoever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation or any other form of taking or foreclosure by executive or legislative action.

Article 48

Immunity of archives

The archives of the Bank, and in general all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable.

Article 49

Freedom of assets from restrictions

To the extent necessary to carry out the purpose and functions of the Bank and subject to the provisions of this Agreement, all property and assets of the Bank shall be free from restrictions,

Beschränkungen, Verwaltungsvorschriften, Kontrollen und Moratorien jeder Art befreit.

regulations, controls and moratoria of any nature.

Artikel 50

Vorrecht für den Nachrichtenverkehr

Jedes Mitglied gewährt dem amtlichen Nachrichtenverkehr der Bank dieselbe Behandlung, die es dem amtlichen Nachrichtenverkehr anderer Mitglieder gewährt.

Article 50

Privilege for communications

The official communications of the Bank shall be accorded by each member the same treatment that it accords to the official communications of any other member.

Artikel 51

Immunitäten der leitenden und sonstigen Bediensteten

Alle Gouverneure, Direktoren, Stellvertreter, leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank sowie die im Auftrag der Bank tätigen Sachverständigen genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, sofern nicht die Bank diese Immunität aufhebt; alle ihre amtlichen Schriftstücke sind unverletzlich. Diese Immunität gilt jedoch nicht für die zivilrechtliche Haftung für Schäden, die sich aus einem von einem Gouverneur, Direktor, Stellvertreter, leitenden oder sonstigen Bediensteten oder Sachverständigen verursachten Straßenverkehrsunfall ergeben.

Article 51

Immunities of officers and employees

All Governors, Directors, Alternates, officers and employees of the Bank and experts performing missions for the Bank shall be immune from legal process with respect to acts performed by them in their official capacity, except when the Bank waives this immunity, and shall enjoy inviolability of all their official papers and documents. This immunity shall not apply, however, to civil liability in the case of damage arising from a road traffic accident caused by any such Governor, Director, Alternate, officer, employee or expert.

Artikel 52

Vorrechte der leitenden und sonstigen Bediensteten

(1) Alle Gouverneure, Direktoren, Stellvertreter, leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank sowie die im Auftrag der Bank tätigen Sachverständigen

- i) genießen, falls sie nicht Inländer sind, die gleiche Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen, von der Meldepflicht für Ausländer und von staatlichen Dienstverpflichtungen sowie die gleichen devisenrechtlichen Erleichterungen, wie sie die Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern und Bediensteten anderer Mitglieder gewähren;
- ii) genießen in bezug auf Reiseerleichterungen die gleiche Behandlung, wie sie die Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern und Bediensteten anderer Mitglieder gewähren.

(2) Die Ehegatten und unmittelbaren Angehörigen der Direktoren, stellvertretenden Direktoren, leitenden oder sonstigen Bediensteten und Sachverständigen der Bank, die in dem Land ansässig sind, in dem sich der Sitz der Bank befindet, erhalten Gelegenheit zur Aufnahme einer Beschäftigung in diesem Land. Den Ehegatten und unmittelbaren Angehörigen der Direktoren, stellvertretenden Direktoren, leitenden oder sonstigen Bediensteten und Sachverständigen der Bank, die in einem Land ansässig sind, in dem sich eine Niederlassung oder Zweigstelle der Bank befindet, soll in diesem Land im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht nach Möglichkeit eine ähnliche Gelegenheit eingeräumt werden. Die Bank handelt mit dem Land, in dem sich der Sitz der Bank befindet, sowie gegebenenfalls mit den anderen betroffenen Ländern Sondervereinbarungen zur Umsetzung der Bestimmungen dieses Absatzes aus.

Article 52

Privileges of officers and employees

1. All Governors, Directors, Alternates, officers and employees of the Bank and experts of the Bank performing missions for the Bank:

- (i) not being local nationals, shall be accorded the same immunities from immigration restrictions, alien registration requirements and national service obligations, and the same facilities as regards exchange regulations, as are accorded by members to the representatives, officials, and employees of comparable rank of other members; and
- (ii) shall be granted the same treatment in respect of travelling facilities as is accorded by members to representatives, officials and employees of comparable rank of other members.

2. The spouses and immediate dependants of those Directors, Alternate Directors, officers, employees and experts of the Bank who are resident in the country in which the principal office of the Bank is located shall be accorded opportunity to take employment in that country. The spouses and immediate dependants of those Directors, Alternate Directors, officers, employees and experts of the Bank who are resident in a country in which any agency or branch office of the Bank is located should, wherever possible, in accordance with the national law of that country, be accorded similar opportunity in that country. The Bank shall negotiate specific agreements implementing the provisions of this paragraph with the country in which the principal office of the Bank is located and, as appropriate, with the other countries concerned.

Artikel 53

Befreiung von der Besteuerung

(1) Im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeiten sind die Bank, ihre Vermögenswerte, ihr Eigentum und ihre Einnahmen von allen direkten Steuern befreit.

(2) Werden von der Bank Käufe von beträchtlichem Wert getätigt oder Dienstleistungen von beträchtlichem Wert in Anspruch genommen, die für die Durchführung der amtlichen Tätigkeiten der Bank notwendig sind, und enthält der Kaufpreis oder der Preis für die Dienstleistungen Steuern oder sonstige Abgaben, so trifft

Article 53

Exemption from taxation

1. Within the scope of its official activities the Bank, its assets, property, and income shall be exempt from all direct taxes.

2. When purchases or services of substantial value and necessary for the exercise of the official activities of the Bank are made or used by the Bank and when the price of such purchases or services includes taxes or duties, the member that has levied the taxes or duties shall, if they are identifiable, take appropriate

de restrictions, réglementations, contrôles et moratoires de toute nature.

Article 50

Privilèges en matière de communications

Chaque membre applique aux communications officielles de la Banque le régime qu'il applique aux communications officielles des autres membres.

Article 51

Immunités des fonctionnaires et agents

Tous les gouverneurs, administrateurs, suppléants, fonctionnaires et employés de la Banque ainsi que les experts effectuant des missions pour le compte de celle-ci ne peuvent faire l'objet de poursuites à raison des actes accomplis par eux dans l'exercice officiel de leurs fonctions, sauf lorsque la Banque lève cette immunité; et tous leurs papiers et documents officiels sont inviolables. Toutefois, cette immunité ne s'applique pas aux actions tendant à la mise en œuvre de la responsabilité civile d'un gouverneur, d'un administrateur, d'un suppléant, d'un fonctionnaire, d'un employé ou d'un expert de la Banque, en cas de dommage provenant d'un accident de la route causé par ces derniers.

Article 52

Privilèges des fonctionnaires et employés

1. Les gouverneurs, administrateurs, suppléants, fonctionnaires et employés de la Banque ainsi que les experts de la Banque effectuant des missions pour son compte:

- (i) quant ils ne sont pas des ressortissants du pays où ils exercent leurs fonctions, bénéficient des mêmes immunités relatives aux dispositions limitant l'immigration, aux formalités d'enregistrement des étrangers et aux obligations de service national ou militaire, et des mêmes facilités en matière de réglementation des changes, que celles qui sont accordées par les membres aux représentants, fonctionnaires et employés de rang analogue des autres membres; et
- (ii) bénéficient, du point de vue des facilités de déplacement, du même traitement que celui qui est accordé par les membres aux représentants, fonctionnaires et employés de rang analogue des autres membres.

2. Les conjoints et les personnes à charge des administrateurs, des administrateurs-suppléants, des fonctionnaires, des employés et des experts de la Banque, qui sont résidents dans le pays où est établi le siège de la Banque, peuvent exercer un emploi dans ce pays. Les conjoints et les personnes à charge des administrateurs, des administrateurs-suppléants, des fonctionnaires, des employés et des experts de la Banque, qui sont résidents dans le pays où est établie une agence ou une succursale de la Banque, peuvent exercer, dans la mesure du possible et conformément aux lois du pays, un emploi dans ce pays. De façon à mettre en œuvre les dispositions du présent paragraphe, la Banque négociera des accords spécifiques avec le pays où est établi le siège de la Banque et, selon le cas, avec les autres pays concernés.

Article 53

Immunités fiscales

1. Dans le cadre de ses activités officielles, la Banque, ses avoirs, ses biens et ses revenus sont exemptés de tous impôts directs.

2. Lorsque des achats ou des services d'une valeur substantielle et nécessaires à l'exercice des activités officielles de la Banque sont effectués ou utilisés par la Banque et lorsque le prix de ces achats ou de ces services comprend des taxes ou des droits, le membre qui les perçoit prend les mesures appropriées

bodny от каких бы то ни было ограничений, предписаний, контроля и мораториев.

Статья 50

Привилегии в области связей

Каждый член предоставляет официальным сообщениям Банка такой же режим, как и официальным сообщениям любого другого члена.

Статья 51

Иммунитет должностных лиц и служащих

Все управляющие, директора, заместители, должностные лица и служащие Банка, а также эксперты, выполняющие поручения Банка, обладают иммунитетом от судебного производства в отношении действий, совершенных ими при выполнении служебных обязанностей, кроме случаев, когда Банк отказывается от этого иммунитета, и все их официальные документы пользуются неприкосновенностью. Этот иммунитет не применяется, однако, к гражданской ответственности в случае ущерба в результате дорожно-транспортного происшествия, совершенного любым таким управляющим, директором, заместителем, должностным лицом, служащим или экспертом.

Статья 52

Привилегии должностных лиц и служащих

1. Всем управляющим, директорам, заместителям, должностным лицам и служащим Банка, а также экспертам, выполняющим поручения Банка:

- (i) не являющимися местными гражданами, предоставляются также же иммунитеты от иммиграционных ограничений, требований о регистрации иностранцев и государственной повинности и те же льготы в области валютных правил, которые предоставляются членами представителям, должностным лицам и служащим аналогичного ранга других членов; и
- (ii) предоставляется тот же режим в области передвижения, который предоставляется членами представителям, должностным лицам и служащим аналогичного ранга других членов.

2. Супругам и прямым иждивенцам указанных директоров, заместителей директоров, должностных лиц, служащих и экспертов Банка, проживающим в стране, в которой находится штаб-квартира Банка, предоставляется возможность трудоустройства в указанной стране. Супругам и прямым иждивенцам указанных директоров, заместителей директоров, должностных лиц, служащих и экспертов Банка, проживающим в стране, в которой находится какое-либо агентство или отделение Банка, по мере возможности, в соответствии с законодательством этой страны, предоставляется аналогичная возможность в этой стране. Для осуществления положений настоящего пункта Банк заключает специальные соглашения со страной, в которой находится его штаб-квартира, а в случае необходимости — и с другими заинтересованными странами.

Статья 53

Освобождение от налогообложения

1. В рамках своей официальной деятельности Банк, его активы, имущество и доход освобождаются от прямых налогов.

2. Если Банком произведены на значительные суммы закупки или использованы услуги, необходимые для выполнения его официальной деятельности, и если в цену закупок и услуг включены налоги или пошлины, то член, взимающий налоги или пошлины, когда их можно определить, принимает

das Mitglied, das die Steuern oder sonstigen Abgaben erhoben hat, geeignete Maßnahmen, um Befreiung von diesen Steuern oder sonstigen Abgaben zu gewähren oder für ihre Erstattung zu sorgen, sofern sie feststellbar sind.

(3) Von der Bank eingeführte Waren, die für die Durchführung ihrer amtlichen Tätigkeiten notwendig sind, sind von allen Einfuhrzöllen und -abgaben sowie von allen Einfuhrverboten und -beschränkungen befreit. Ebenso sind von der Bank ausgeführte Waren, die für die Durchführung ihrer amtlichen Tätigkeit notwendig sind, von allen Ausfuhrzöllen und -abgaben sowie von allen Ausfuhrverboten und -beschränkungen befreit.

(4) Die erworbenen oder eingeführten und nach diesem Artikel befreiten Waren dürfen nur in Übereinstimmung mit den von den Mitgliedern, welche die Befreiungen oder Erstattungen gewährt haben, festgelegten Bedingungen verkauft, vermietet, verliehen oder gegen Entgelt oder unentgeltlich weitergegeben werden.

(5) Dieser Artikel gilt nicht für Steuern oder sonstige Abgaben, die lediglich die Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen.

(6) Die Direktoren, stellvertretenden Direktoren, leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank unterliegen für die von ihr gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge nach Maßgabe der vom Gouverneursrat innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens festzulegenden Bedingungen und zu beschließenden Regeln einer internen effektiven Steuer zugunsten der Bank. Vom Tag der Erhebung dieser Steuer an sind diese Gehälter und Bezüge von der staatlichen Einkommensteuer befreit. Die Mitglieder können jedoch die befreiten Gehälter und Bezüge bei der Festsetzung des auf Einkommen aus anderen Quellen zu erhebenden Steuerbetrags berücksichtigen.

(7) Ungeachtet des Absatzes 6 kann ein Mitglied mit seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde eine Erklärung hinterlegen, wonach es sich und seinen Gebietskörperschaften das Recht vorbehält, die von der Bank an seine eigenen Staatsangehörigen gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge zu besteuern. Die Bank ist von der Verpflichtung zur Entrichtung, Einbehaltung oder Einziehung solcher Steuern befreit. Diese Steuern werden von der Bank nicht erstattet.

(8) Absatz 6 ist auf Renten und Ruhegehälter, die von der Bank gezahlt werden, nicht anzuwenden.

(9) Von der Bank ausgegebene Schuldverschreibungen oder Wertpapiere einschließlich der Dividenden oder Zinsen dafür, gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, unterliegen keiner Art von Besteuerung,

- i) die eine solche Schuldverschreibung oder ein solches Wertpapier nur deshalb benachteiligt, weil diese Urkunde von der Bank ausgegeben worden ist, oder
- ii) deren einzige rechtliche Grundlage der Ort oder die Währung, in denen diese Urkunde ausgegeben oder bezahlt worden oder zahlbar ist, oder der Standort einer Geschäftsstelle oder eines Büros der Bank ist.

(10) Von der Bank garantierte Schuldverschreibungen oder Wertpapiere einschließlich der Dividenden oder Zinsen dafür, gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, unterliegen keiner Art von Besteuerung,

- i) die eine solche Schuldverschreibung oder ein solches Wertpapier nur deshalb benachteiligt, weil diese Urkunde von der Bank garantiert ist, oder

measures to grant exemption from such taxes or duties or to provide for their reimbursement.

3. Goods imported by the Bank and necessary for the exercise of its official activities shall be exempt from all import duties and taxes, and from all import prohibitions and restrictions. Similarly goods exported by the Bank and necessary for the exercise of its official activities shall be exempt from all export duties and taxes, and from all export prohibitions and restrictions.

4. Goods acquired or imported and exempted under this Article shall not be sold, hired out, lent or given away against payment or free of charge, except in accordance with conditions laid down by the members which have granted exemptions or reimbursements.

5. The provisions of this Article shall not apply to taxes or duties which are no more than charges for public utility services.

6. Directors, Alternate Directors, officers and employees of the Bank shall be subject to an internal effective tax for the benefit of the Bank on salaries and emoluments paid by the Bank, subject to conditions to be laid down and rules to be adopted by the Board of Governors within a period of one year from the date of entry into force of this Agreement. From the date on which this tax is applied, such salaries and emoluments shall be exempt from national income tax. The members may, however, take into account the salaries and emoluments thus exempt when assessing the amount of tax to be applied to income from other sources.

7. Notwithstanding the provisions of paragraph 6 of this Article, a member may deposit, with its instrument of ratification, acceptance or approval, a declaration that such member retains for itself, its political subdivisions or its local authorities the right to tax salaries and emoluments paid by the Bank to citizens or nationals of such member. The Bank shall be exempt from any obligation for the payment, withholding or collection of such taxes. The Bank shall not make any reimbursement for such taxes.

8. Paragraph 6 of this Article shall not apply to pensions and annuities paid by the Bank.

9. No tax of any kind shall be levied on any obligation or security issued by the Bank, including any dividend or interest thereon, by whomsoever held:

- (i) which discriminates against such obligation or security solely because it is issued by the Bank, or
- (ii) if the sole jurisdictional basis for such taxation is the place or currency in which it is issued, made payable or paid, or the location of any office or place of business maintained by the Bank.

10. No tax of any kind shall be levied on any obligation or security guaranteed by the Bank, including any dividend or interest thereon, by whomsoever held:

- (i) which discriminates against such obligation or security solely because it is guaranteed by the Bank, or

pour accorder l'exemption de ces taxes ou droits ou pour en assurer le remboursement, lorsqu'ils sont identifiables.

3. Les biens importés par la Banque et nécessaires à l'exercice de ses activités officielles sont exemptés de tous droits ou taxes, interdictions ou restrictions à l'importation. De même, les biens exportés par la Banque et nécessaires à l'exercice de ses activités officielles sont exemptés de tous droits ou taxes, interdictions ou restrictions à l'exportation.

4. Les biens acquis ou importés qui sont exonérés conformément aux dispositions du présent article ne peuvent être vendus, loués, prêtés ou cédés à titre onéreux ou gratuit, qu'aux conditions fixées par les membres ayant accordé les exonérations ou les remboursements.

5. Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas aux taxes et droits qui ne sont que la contrepartie de services rendus.

6. Les administrateurs, les administrateurs-suppléants, les fonctionnaires et agents de la Banque sont soumis à un impôt interne effectif au bénéfice de la Banque perçu sur les traitements et émoluments payés par la Banque, selon des conditions à établir et des règles à fixer par le Conseil des gouverneurs dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord. A partir de la date à laquelle cet impôt est appliqué, ces traitements et émoluments sont exemptés de tout impôt national sur le revenu. Toutefois, les membres peuvent prendre en compte les traitements et émoluments ainsi exemptés pour le calcul du montant de l'impôt sur les revenus provenant d'autres sources.

7. Nonobstant les dispositions du paragraphe 6 du présent article, un membre peut lors du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, ou d'approbation déclarer se réserver pour lui-même, ses subdivisions politiques ou ses collectivités territoriales, le droit d'imposer les traitements et émoluments versés par la Banque à ses citoyens ou à ses ressortissants. La Banque est exemptée de toute obligation de payer, de retenir ou de collecter de tels impôts. La Banque n'effectue aucun remboursement pour de tels impôts.

8. Le paragraphe 6 du présent article ne s'applique pas aux pensions et rentes versées par la Banque.

9. Aucun impôt de quelque nature que ce soit n'est perçu sur les obligations ou valeurs émises par la Banque ni sur les dividendes et intérêts correspondants, quel que soit le détenteur de ces titres:

- (i) si cet impôt constitue une mesure de discrimination contre une telle valeur ou obligation du seul fait qu'elle est émise par la Banque; ou
- (ii) si un tel impôt a pour seule base juridique le lieu ou la monnaie d'émission, le lieu ou la monnaie de règlement prévu ou effectif, ou l'emplacement d'un bureau ou centre d'opérations de la Banque.

10. Aucun impôt n'est perçu sur une obligation ou valeur garantie par la Banque, ni sur les dividendes et intérêts correspondants, quel que soit le détenteur de ces titres:

- (i) si cet impôt constitue une mesure de discrimination contre une telle valeur ou obligation du seul fait qu'elle est garantie par la Banque; ou

соответствующие меры для того, чтобы освободить Банк от указанных налогов или пошлин или обеспечить их возмещение.

3. Ввозимые Банком товары, необходимые для осуществления его официальной деятельности, освобождаются от всех ввозных пошлин и налогов и от всех запретов и ограничений, связанных с импортом. Подобным же образом, товары, вывозимые Банком и необходимые для осуществления его официальной деятельности, освобождаются от всех вывозных пошлин и налогов и от всех запретов и ограничений, связанных с экспортом.

4. Приобретенные или импортированные товары, освобожденные от пошлин и налогов согласно настоящей статье, не подлежат продаже, сдаче внаем, в аренду или передаче за плату или безвозмездно, кроме как в соответствии с условиями, определенными членами, предоставляющими освобождение от пошлин и налогов или возмещающими их.

5. Положения настоящей статьи не относятся к налогам или пошлинам, которые представляют собой нечто иное, как плату за коммунальные услуги.

6. Директора, заместители директоров, должностные лица и служащие Банка подлежат внутреннему фактическому налогообложению в пользу Банка на зарплату и вознаграждения, выплачиваемые Банком, на условиях, которые должны быть определены, и в соответствии с правилами, которые должны быть приняты Советом управляющих в течение одного года от даты вступления в силу настоящего Соглашения. С даты, когда это налогообложение начинает применяться, указанная зарплата и вознаграждения освобождаются от национального подоходного налога. Члены могут, однако, принимать в расчет освобожденные от налогообложения зарплату и вознаграждения при исчислении суммы налога, взимаемого с доходов из других источников.

7. Несмотря на положения пункта 6 настоящей статьи, член может депонировать вместе с документом о ратификации, принятии или одобрении декларацию, согласно которой указанный член оставляет за собой, своими административно-территориальными единицами или своими местными властями право на взимание налогов с зарплаты и вознаграждений, выплачиваемых Банком гражданам такого члена. Банк освобождается от каких бы то ни было обязательств по выплате, удержанию или сбору таких налогов. Банк не возмещает такие налоги.

8. Пункт 6 настоящей статьи не применяется к пенсиям и ежегодным пособиям, выплачиваемым Банком.

9. Никакие обязательства или ценные бумаги, выпущенные Банком, а также дивиденды или проценты на них независимо от того, кто является их держателем, не облагаются никакими налогами:

- (i) которые являются дискриминационными в отношении таких обязательств или ценных бумаг только в силу того, что они выпущены Банком, или
- (ii) если единственным юридическим основанием для такого налогообложения является место выпуска указанных обязательств или ценных бумаг, валюта, в которой они выпущены, подлежат оплате или оплачиваются, либо местонахождение какого-либо учреждения или места деятельности, принадлежащего Банку.

10. Никакие обязательства или ценные бумаги, гарантированные Банком, включая дивиденды или проценты на них независимо от того, кто является их держателем, не облагаются никакими налогами:

- (i) которые являются дискриминационными в отношении таких обязательств или ценных бумаг только в силу того, что они гарантированы Банком, или

- ii) deren einzige rechtliche Grundlage der Standort einer Geschäftsstelle oder eines Büros der Bank ist.

- (ii) if the sole jurisdictional basis for such taxation is the location of any office or place of business maintained by the Bank.

Artikel 54

Durchführung dieses Kapitels

Jedes Mitglied trifft unverzüglich alle zur Durchführung dieses Kapitels erforderlichen Maßnahmen und unterrichtet die Bank im einzelnen von den Maßnahmen, die es ergriffen hat.

Artikel 55

Aufhebung der Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen

Die Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen aufgrund dieses Kapitels werden im Interesse der Bank gewährt. Das Direktorium kann in dem Ausmaß und unter den Bedingungen, die es bestimmt, die aufgrund dieses Kapitels gewährten Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen in den Fällen aufheben, in denen dies nach seiner Auffassung den Interessen der Bank am besten entspricht. Der Präsident hat das Recht und die Pflicht, die Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen eines leitenden oder sonstigen Bediensteten oder eines Sachverständigen der Bank mit Ausnahme des Präsidenten und der Vizepräsidenten in den Fällen aufzuheben, in denen diese Immunitäten, Vorrechte oder Befreiungen nach seiner Auffassung verhindern würden, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Bank aufgehoben werden können. Unter ähnlichen Umständen und unter den gleichen Bedingungen hat das Direktorium das Recht und die Pflicht, Immunitäten, Vorrechte und Befreiungen des Präsidenten und der Vizepräsidenten aufzuheben.

Kapitel IX

Änderungen, Auslegung, Schiedsverfahren

Artikel 56

Änderungen

(1) Alle Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens, gleichviel ob sie von einem Mitglied, einem Gouverneur oder dem Direktorium ausgehen, sind dem Vorsitzenden des Gouverneursrats zuzuleiten, der sie dem Rat vorlegt. Wird die vorgeschlagene Änderung vom Gouverneursrat gebilligt, so fragt die Bank mit Hilfe eines schnellen Kommunikationsmittels bei allen Mitgliedern an, ob sie die vorgeschlagene Änderung annehmen. Haben mindestens drei Viertel der Mitglieder – darunter mindestens zwei in Anlage A aufgeführte mittel- und osteuropäische Länder –, die über mindestens vier Fünftel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder verfügen, die vorgeschlagene Änderung angenommen, so bestätigt die Bank dies durch förmliche Mitteilung an alle Mitglieder.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1

- i) ist die Annahme durch alle Mitglieder erforderlich für jede Änderung betreffend
- das Recht zum Austritt aus der Bank;
 - die Rechte im Hinblick auf den Erwerb von Stammkapital nach Artikel 5 Absatz 3;
 - die Haftungsbeschränkungen nach Artikel 5 Absatz 7;
 - den Zweck und die Aufgaben der Bank im Sinne der Artikel 1 und 2;
- ii) ist die Annahme durch mindestens drei Viertel der Mitglieder, die über mindestens fünfundachtzig (85) v. H. der Gesamtstimmzahl der Mitglieder verfügen, für jede Änderung des

Article 54

Implementation of Chapter

Each member shall promptly take such action as is necessary for the purpose of implementing the provisions of this Chapter and shall inform the Bank of the detailed action which it has taken.

Article 55

Waiver of immunities, privileges and exemptions

The immunities, privileges and exemptions conferred under this Chapter are granted in the interest of the Bank. The Board of Directors may waive to such extent and upon such conditions as it may determine any of the immunities, privileges and exemptions conferred under this Chapter in cases where such action would, in its opinion, be appropriate in the best interests of the Bank. The President shall have the right and the duty to waive any immunity, privilege or exemption in respect of any officer, employee or expert of the Bank, other than the President or a Vice-President, where, in his or her opinion, the immunity, privilege or exemption would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Bank. In similar circumstances and under the same conditions, the Board of Directors shall have the right and the duty to waive any immunity, privilege or exemption in respect of the President and each Vice President.

Chapter IX

Amendments, interpretation, arbitration

Article 56

Amendments

1. Any proposal to amend this Agreement, whether emanating from a member, a Governor or the Board of Directors, shall be communicated to the Chairman of the Board of Governors who shall bring the proposal before that Board. If the proposed amendment is approved by the Board the Bank shall, by any rapid means of communication, ask all members whether they accept the proposed amendment. When not less than three-fourths of the members (including at least two countries from Central and Eastern Europe listed in Annex A), having not less than four-fifths of the total voting power of the members, have accepted the proposed amendment, the Bank shall certify that fact by formal communication addressed to all members.

2. Notwithstanding paragraph 1 of this Article:

- (i) acceptance by all members shall be required in the case of any amendment modifying:
- the right to withdraw from the Bank;
 - the rights pertaining to purchase of capital stock provided for in paragraph 3 of Article 5 of this Agreement;
 - the limitations on liability provided for in paragraph 7 of Article 5 of this Agreement; and
 - the purpose and functions of the Bank defined by Articles 1 and 2 of this Agreement;
- (ii) acceptance by not less than three-fourths of the members having not less than eighty-five (85) percent of the total voting power of the members shall be required in the case of any

- (ii) si un tel impôt a pour seule base juridique l'emplacement d'un bureau ou d'un centre d'opérations de la Banque.
- (ii) если единственным юридическим основанием для такого налогообложения является местонахождение какого-либо учреждения или места деятельности, принадлежащего Банку.

Article 54

Mise en œuvre du présent chapitre

Chaque membre prend sans délai toutes les mesures nécessaires pour mettre en œuvre les dispositions du présent chapitre et informe la Banque des mesures détaillées qu'il a prises à cet effet.

Article 55

Levée des immunités, privilèges et exemptions

Les immunités, privilèges et exemptions conférés par le présent chapitre sont accordés dans l'intérêt de la Banque. Le Conseil d'administration peut lever, dans la mesure et aux conditions qu'il définit, les immunités, privilèges et exemptions conférés par le présent chapitre dans le cas où, à son avis, une telle décision favoriserait les intérêts de la Banque. Le président a le droit et le devoir de lever toute immunité, toute exemption ou tout privilège accordé à un fonctionnaire, employé ou expert de la Banque, autre que le président ou un vice-président lorsque, à son avis, l'immunité, le privilège ou l'exemption entraverait le cours normal de la justice et peut être levé sans porter atteinte aux intérêts de la Banque. Dans des circonstances semblables et dans les mêmes conditions, le Conseil d'administration a le droit et le devoir de lever toute immunité, tout privilège ou toute exemption accordé au président et à chaque vice-président.

Chapitre IX

Amendements, interprétation, arbitrage

Article 56

Amendements

1. Toute proposition tendant à modifier le présent Accord, qu'elle émane d'un membre, d'un gouverneur ou du Conseil d'administration, est communiquée au Président du Conseil des gouverneurs qui en saisit ledit Conseil. Si l'amendement proposé est approuvé par le Conseil, la Banque demande par un des quelconques moyens rapides de communication, à tous les membres, s'ils acceptent cette proposition d'amendement. Quand les trois quarts au moins des membres (comprenant au moins deux pays d'Europe centrale et orientale énumérés à l'annexe A), disposant des quatre cinquièmes au moins du nombre total des voix attribuées aux membres ont accepté l'amendement proposé, la Banque entérine le fait par une communication formelle qu'elle adresse à tous les membres.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 ci-dessus:

- (i) l'acceptation par tous les membres est requise dans le cas de tout amendement modifiant:
- le droit de se retirer de la Banque;
 - les droits relatifs à la souscription d'actions au capital social prévus au paragraphe 3 de l'article 5 du présent Accord;
 - la limitation de la responsabilité des membres prévue au paragraphe 7 de l'article 5 du présent Accord; et
 - l'objet et les missions de la Banque définis par les articles 1 et 2 du présent Accord;
- (ii) l'acceptation par au moins trois quarts des membres détenant au moins quatre-vingt-cinq (85) pour cent du nombre total des voix attribuées aux membres est nécessaire pour

Статья 54

Выполнение положений настоящей главы

Каждый член оперативно принимает необходимые меры с целью выполнения положений настоящей главы и подробно сообщает Банку обо всех принятых мерах.

Статья 55

Отказ от иммунитетов, привилегий и изъятий

Иммулитеты, привилегии и изъятия, предоставляемые согласно настоящей главе, даются в интересах Банка. Совет директоров может отказаться в той степени и на таких условиях, которые он может определить, от любых иммунитетов, привилегий и изъятий, предоставляемых согласно настоящей главе в случаях, когда, по его мнению, такая мера соответствует интересам Банка. Президент имеет право и обязан отказаться от любого иммунитета, привилегии или изъятия в отношении любого должностного лица, служащего или эксперта Банка, за исключением президента или вице-президента, когда, по его мнению, иммунитет, привилегия или изъятие затрудняют отправлению правосудия и когда отказ от них не наносит ущерба интересам Банка. В аналогичных обстоятельствах и при тех же условиях Совет директоров имеет право и обязан отказаться от любого иммунитета, привилегии или изъятия в отношении президента и каждого вице-президента.

Глава IX

Поправки, Толкование, Арбитраж

Статья 56

Поправки

1. Любое предложение о внесении поправок в настоящее Соглашение, поступающее от члена, от управляющего или от Совета директоров, доводится до сведения председателя Совета управляющих, который представляет это предложение на рассмотрение Совета. Если предлагаемая поправка одобряется Советом, то Банк, используя любые быстродействующие средства связи, запрашивает у всех членов согласие на предлагаемую поправку. Когда не менее трех четвертей членов (включая, по крайней мере, две страны Центральной и Восточной Европы, перечисленные в приложении А), на долю которых приходится не менее четырех пятых от общего количества голосов, на которое имеют право члены, одобряют предложенную поправку, Банк подтверждает этот факт, направляя официальное извещение всем членам.

2. Независимо от положений пункта 1 настоящей статьи:

- (i) согласие всех членов требуется в случае любой поправки, изменяющей:
- право на выход из Банка;
 - права, относящиеся к покупке акционерного капитала, предусмотренные в пункте 3 статьи 5 настоящего Соглашения;
 - ограничения ответственности, предусмотренные в пункте 7 статьи 5 настоящего Соглашения; и
 - цель и функции Банка, определенные в статьях 1 и 2 настоящего Соглашения;
- (ii) согласие не менее трех четвертей членов, на долю которых приходится не менее восьмидесяти пяти (85) процентов от общего количества голосов, на которое имеют

Artikels 8 Absatz 4 erforderlich.

Sobald die Voraussetzungen für die Annahme einer vorgeschlagenen Änderung erfüllt sind, bestätigt die Bank dies durch förmliche Mitteilung an alle Mitglieder.

(3) Änderungen treten für alle Mitglieder drei (3) Monate nach dem Datum der in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen förmlichen Mitteilung in Kraft, sofern nicht der Gouverneursrat eine andere Frist festsetzt.

Artikel 57

Auslegung und Anwendung

(1) Alle Fragen bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die zwischen einem Mitglied und der Bank oder zwischen Mitgliedern der Bank auftreten, werden dem Direktorium zur Entscheidung vorgelegt. Besitzt keiner der Direktoren die Staatsangehörigkeit eines Mitglieds, das von der zur Beratung stehenden Frage besonders betroffen ist, so hat dieses Mitglied während dieser Beratung ein Recht auf direkte Vertretung in der Sitzung des Direktoriums. Der Vertreter dieses Mitglieds hat jedoch kein Stimmrecht. Das Vertretungsrecht wird vom Gouverneursrat geregelt.

(2) Hat das Direktorium eine Entscheidung nach Absatz 1 gefällt, so kann jedes Mitglied verlangen, daß die Frage an den Gouverneursrat verwiesen wird; dessen Entscheidung ist endgültig. Bis zur Entscheidung des Gouverneursrats kann die Bank, soweit sie dies für erforderlich hält, auf der Grundlage der Entscheidung des Direktoriums handeln.

Artikel 58

Schiedsverfahren

Sollte zwischen der Bank und einem Mitglied, dessen Mitgliedschaft erloschen ist, oder nach Annahme eines Beschlusses zur Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank zwischen der Bank und einem beliebigen Mitglied eine Meinungsverschiedenheit auftreten, so wird diese einem Schiedsgericht aus drei (3) Schiedsrichtern unterbreitet, von denen einer von der Bank, ein weiterer von dem betroffenen Mitglied beziehungsweise früheren Mitglied und der dritte, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs oder einer anderen in den Regelungen des Gouverneursrats bestimmten Stelle ernannt wird. Für eine Entscheidung, die endgültig und für die Parteien verbindlich ist, genügt die Mehrheit der Stimmen der Schiedsrichter. Der dritte Schiedsrichter hat Vollmacht, alle Verfahrensfragen zu regeln, über welche die Parteien sich nicht zu einigen vermögen.

Artikel 59

Als erteilt geltende Genehmigung

Ist die Genehmigung oder Annahme eines Mitglieds erforderlich, bevor die Bank eine Handlung vornehmen kann, so gilt außer im Fall des Artikels 56 diese Genehmigung oder Annahme als erfolgt, sofern nicht das Mitglied innerhalb einer angemessenen Frist, welche die Bank bei der Notifikation der geplanten Handlung an das Mitglied festsetzt, Einspruch erhebt.

Kapitel X

Schlußbestimmungen

Artikel 60

Unterszeichnung und Hinterlegung

(1) Dieses Übereinkommen, das bei der Regierung der Französischen Republik (im folgenden als „Verwahrer“ bezeichnet) hin-

amendment modifying paragraph 4 of Article 8 of this Agreement.

When the requirements for accepting any such proposed amendment have been met, the Bank shall certify that fact by formal communication addressed to all members.

3. Amendments shall enter into force for all members three (3) months after the date of the formal communication provided for in paragraphs 1 and 2 of this Article unless the Board of Governors specifies a different period.

Article 57

Interpretation and application

1. Any question of interpretation or application of the provisions of this Agreement arising between any member and the Bank, or between any members of the Bank, shall be submitted to the Board of Directors for its decision. If there is no Director of its nationality in that Board, a member particularly affected by the question under consideration shall be entitled to direct representation in the meeting of the Board of Directors during such consideration. The representative of such member shall, however, have no vote. Such right of representation shall be regulated by the Board of Governors.

2. In any case where the Board of Directors has given a decision under paragraph 1 of this Article, any member may require that the question be referred to the Board of Governors, whose decision shall be final. Pending the decision of the Board of Governors, the Bank may, so far as it deems it necessary, act on the basis of the decision of the Board of Directors.

Article 58

Arbitration

If a disagreement should arise between the Bank and a member which has ceased to be a member, or between the Bank and any member after adoption of a decision to terminate the operations of the Bank, such disagreement shall be submitted to arbitration by a tribunal of three (3) arbitrators, one appointed by the Bank, another by the member or former member concerned, and the third, unless the parties otherwise agree, by the President of the International Court of Justice or such other authority as may have been prescribed by regulations adopted by the Board of Governors. A majority vote of the arbitrators shall be sufficient to reach a decision which shall be final and binding upon the parties. The third arbitrator shall have full power to settle all questions of procedure in any case where the parties are in disagreement with respect thereto.

Article 59

Approval deemed given

Whenever the approval or the acceptance of any member is required before any act may be done by the Bank, except under Article 56 of this Agreement, approval or acceptance shall be deemed to have been given unless the member presents an objection within such reasonable period as the Bank may fix in notifying the member of the proposed act.

Chapter X

Final provisions

Article 60

Signature and deposit

1. This Agreement, deposited with the Government of the French Republic (hereinafter called "the Depository"), shall

tout amendement modifiant le paragraphe 4 de l'article 8 du présent Accord.

Lorsque les conditions nécessaires à l'adoption de tels amendements sont réunies, la Banque en donne acte par une communication formelle qu'elle adresse à tous les membres.

3. Les amendements entrent en vigueur, pour tous les membres, trois mois après la date de la communication formelle prévue aux paragraphes 1 et 2 du présent article, à moins que le Conseil des gouverneurs n'en dispose autrement.

Article 57

Interprétation et application

1. Toute question relative à l'interprétation ou à l'application des dispositions du présent Accord survenant entre un membre et la Banque ou entre des membres de la Banque, est soumise au Conseil d'administration pour décision. Si la question affecte particulièrement un membre qui n'est pas représenté par un administrateur de sa nationalité, ce membre a en pareil cas le droit de se faire représenter directement à la réunion du Conseil d'administration qui examine cette question. Son représentant ne dispose toutefois d'aucun droit de vote. Ce droit de représentation fait l'objet d'un règlement pris par le Conseil des gouverneurs.

2. Dans toute affaire où le Conseil d'administration a pris une décision au titre du paragraphe 1 du présent article, tout membre peut demander que la question soit portée devant le Conseil des gouverneurs dont la décision est sans appel. En attendant que le Conseil des gouverneurs ait statué, la Banque peut, dans la mesure où elle l'estime nécessaire, agir sur la base de la décision du Conseil d'administration.

Article 58

Arbitrage

Tout désaccord survenant, après l'adoption de la décision de la Banque d'arrêter définitivement ses opérations, entre celle-ci et un membre qui a perdu sa qualité de membre, ou entre celle-ci et un membre, est soumis à un tribunal de trois (3) arbitres, comprenant un arbitre nommé par la Banque, un arbitre désigné par le membre ou l'ex-membre et un troisième arbitre qui, à moins que les parties n'en conviennent autrement, est nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice ou toute autre autorité désignée par un règlement adopté par le Conseil des gouverneurs. Les décisions du tribunal des trois arbitres sont sans appel et lient les parties; elles sont prises à la majorité des arbitres. Le troisième arbitre a pleins pouvoirs pour régler toutes les questions de procédure sur lesquelles les parties seraient en désaccord.

Article 59

Approbation tacite

Lorsque l'approbation ou l'acceptation d'un membre est nécessaire pour que la Banque puisse agir, cette approbation ou acceptation est, sauf dans les cas visés à l'article 56 du présent Accord, réputée donnée, à moins que ce membre ne présente des objections dans un délai raisonnable que la Banque a la faculté de fixer en notifiant le membre de la mesure envisagée.

Chapitre X

Dispositions finales

Article 60

Signature et dépôt

1. Le présent Accord déposé auprès du Gouvernement de la République Française (dénommé ci-après le «Dépositaire») res-

право члены, требуется в случае любой поправки, изменяющей пункт 4 статьи 8 настоящего Соглашения.

Если соблюдены требования по согласованию любой такой предложенной поправки, то Банк подтверждает этот факт, направляя официальное извещение всем членам.

3. Поправки вступают в силу для всех членов через три (3) месяца от даты официального извещения, упомянутого в пунктах 1 и 2 настоящей статьи, кроме тех случаев, когда Совет управляющих устанавливает какой-либо иной срок.

Статья 57

Толкование и применение

1. Любой вопрос толкования или применения положений настоящего Соглашения, возникающий между любым членом и Банком или между любыми членами Банка, передается на решение Совета директоров. Если в Совете нет директора соответствующего гражданства, то член, особо затронутый рассматриваемым вопросом, имеет право на прямое представительство на заседании Совета в ходе такого рассмотрения. Однако представитель такого члена не имеет права голоса. Такое право представительства регламентируется Советом управляющих.

2. В любом случае, когда Совет директоров принимает какое-либо решение согласно пункту 1 настоящей статьи, любой член может потребовать, чтобы вопрос был вынесен на Совет управляющих, решение которого является окончательным. До решения Совета управляющих Банк может в той степени, в какой он считает это необходимым, действовать на основании решения Совета директоров.

Статья 58

Арбитраж

В случае разногласий между Банком и каким-либо членом, который перестал быть членом, или между Банком и каким-либо членом после принятия решения об окончательном прекращении операций Банка, такие разногласия передаются на решение третейского суда из трех (3) арбитров, один из которых назначается Банком, другой соответствующим членом или бывшим членом, а третий, если стороны не придут к иному соглашению, Председателем Международного Суда или каким-либо иным органом, установленным правилами, принятыми Советом управляющих. Арбитры принимают решение большинством голосов, и принятое ими решение является окончательным и обязательным для сторон. Третий арбитр будет иметь все полномочия для урегулирования всех процедурных вопросов в любом случае, когда у сторон возникают разногласия в этом отношении.

Статья 59

Предполагаемое одобрение

Во всех случаях, когда требуется одобрение или согласие какого-либо члена для того, чтобы Банк мог предпринять какое-либо действие, за исключением действий по статье 56 настоящего Соглашения, предполагается, что одобрение или согласие дано, если член не представит возражения в течение разумного периода времени, который может быть определен Банком при извещении члена о предлагаемом действии.

Глава X

Заключительные положения

Статья 60

Подписание и депонирование

1. Настоящее Соглашение, депонированное у правительства Французской республики (далее именуемое «депо-

terlegt wird, liegt bis zum 31. Dezember 1990 für die in Anlage A genannten voraussichtlichen Mitglieder zur Unterzeichnung auf.

(2) Der Verwahrer übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften dieses Übereinkommens.

Artikel 61

Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichner. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden vorbehaltlich des Absatzes 2 bis zum 31. März 1991 beim Verwahrer hinterlegt. Der Verwahrer notifiziert den anderen Unterzeichnern jede Hinterlegung und deren Zeitpunkt.

(2) Jeder Unterzeichner kann Vertragspartei werden, indem er bis zum Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder, falls erforderlich, bis zu einem von einer Mehrheit der Gouverneure, die eine Mehrheit der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, beschlossenen späteren Zeitpunkt eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt.

(3) Ein Unterzeichner, dessen in Absatz 1 genannte Urkunde vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens hinterlegt worden ist, wird an diesem Tag Mitglied der Bank. Jeder andere Unterzeichner, der den Bestimmungen des Absatzes 2 entspricht, wird an dem Tag Mitglied der Bank, an dem seine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt wird.

Artikel 62

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, wenn Unterzeichner, deren Erklärungen mindestens zwei Drittel der Gesamtzeichnungen nach Anlage A ausmachen, darunter mindestens zwei in Anlage A aufgeführte mittel- und osteuropäische Länder, ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt haben.

(2) Ist dieses Übereinkommen bis zum 31. März 1991 nicht in Kraft getreten, so kann der Verwahrer eine Konferenz der betroffenen voraussichtlichen Mitglieder anberaumen, die das weitere Vorgehen bestimmt und eine neue Frist für die Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden festlegt.

Artikel 63

Eröffnungssitzung und Aufnahme der Geschäftstätigkeit

(1) Sobald dieses Übereinkommen nach Artikel 62 in Kraft tritt, ernennt jedes Mitglied einen Gouverneur. Der Verwahrer ernennt binnen sechzig (60) Tagen nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens gemäß Artikel 62 oder so bald wie möglich danach die erste Sitzung des Gouverneursrats an.

(2) Auf seiner ersten Sitzung

- i) wählt der Gouverneursrat den Präsidenten;
- ii) wählt der Gouverneursrat die Direktoren der Bank nach Artikel 26;
- iii) trifft der Gouverneursrat Vorkehrungen für die Festlegung des Zeitpunkts, zu dem die Bank ihre Geschäftstätigkeit aufnimmt;

remain open until 31 December 1990 for signature by the prospective members whose names are set forth in Annex A to this Agreement.

2. The Depository shall communicate certified copies of this Agreement to all the Signatories.

Article 61

Ratification, acceptance or approval

1. The Agreement shall be subject to ratification, acceptance or approval by the Signatories. Instruments of ratification, acceptance or approval shall, subject to paragraph 2 of this Article, be deposited with the Depository not later than 31 March 1991. The Depository shall duly notify the other Signatories of each deposit and the date thereof.

2. Any Signatory may become a party to this Agreement by depositing an instrument of ratification, acceptance or approval until one year after the date of its entry into force or, if necessary, until such later date as may be decided by a majority of Governors, representing a majority of the total voting power of the members.

3. A Signatory whose instrument referred to in paragraph 1 of this Article is deposited before the date on which this Agreement enters into force shall become a member of the Bank on that date. Any other Signatory which complies with the provisions of the preceding paragraph shall become a member of the Bank on the date on which its instrument of ratification, acceptance or approval is deposited.

Article 62

Entry into force

1. This Agreement shall enter into force when instruments of ratification, acceptance or approval have been deposited by Signatories whose initial subscriptions represent not less than two thirds of the total subscriptions set forth in Annex A, including at least two countries from Central and Eastern Europe listed in Annex A.

2. If this Agreement has not entered into force by 31 March 1991, the Depository may convene a conference of interested prospective members to determine the future course of action and decide a new date by which instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited.

Article 63

Inaugural meeting and commencement of operations

1. As soon as this Agreement enters into force under Article 62 of this Agreement, each member shall appoint a Governor. The Depository shall call the first meeting of the Board of Governors within sixty (60) days of entry into force of this Agreement under Article 62 or as soon as possible thereafter.

2. At its first meeting, the Board of Governors:

- (i) shall elect the President;
- (ii) shall elect the Directors of the Bank in accordance with Article 26 of this Agreement;
- (iii) shall make arrangements for determining the date of the commencement of the Bank's operations; and

tera ouvert à la signature de tous les membres potentiels énumérés à l'annexe A du présent Accord jusqu'au 31 décembre 1990.

2. Le Dépositaire remettra à tous les signataires des copies certifiées conformes du présent Accord.

Article 61

Ratification, acceptation ou approbation

1. Le présent Accord est soumis à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des signataires. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, déposés auprès du dépositaire le 31 mars 1991 au plus tard. Le dépositaire informe dûment les autres signataires du dépôt de chaque instrument et de la date de ce dépôt.

2. Tout signataire peut devenir partie au présent Accord en déposant un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation dans un délai d'un an après la date de son entrée en vigueur ou, si besoin est, jusqu'à une date ultérieure arrêtée par une majorité des gouverneurs, représentant la majorité du nombre total des voix attribuées aux membres.

3. Un signataire qui dépose un des instruments visés au paragraphe 1 du présent article avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord devient membre de la Banque à cette date. Tout autre signataire qui se conforme aux dispositions du paragraphe 2 devient membre de la Banque à la date à laquelle son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation est déposé.

Article 62

Entrée en vigueur

1. Le présent Accord entre en vigueur lorsque des signataires dont les souscriptions initiales représentent deux tiers au moins de l'ensemble des souscriptions telles qu'elles sont fixées dans l'annexe A, et comprenant au moins deux pays d'Europe centrale et orientale énumérés à l'Annexe A, ont déposé leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

2. Si, au 31 mars 1991, le présent Accord n'est pas entré en vigueur, le dépositaire peut réunir les membres potentiels intéressés pour décider de la conduite à adopter et fixer une nouvelle date limite de dépôt des instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 63

Séance inaugurale et commencement des opérations

1. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, conformément aux dispositions de son article 62, chaque membre-nomme un gouverneur. Le dépositaire, conformément aux dispositions du même article, convoque la première réunion du Conseil des gouverneurs dans les soixante (60) jours qui suivent l'entrée en vigueur du présent Accord ou à une date ultérieure la plus proche possible.

2. A sa première réunion, le Conseil des gouverneurs:

- (i) élit le président;
- (ii) élit les administrateurs de la Banque conformément aux dispositions de l'article 26 du présent Accord;
- (iii) prend des dispositions permettant de déterminer la date à laquelle la Banque commencera ses opérations; et

зитарий"), остается открытым до 31 декабря 1990 года для подписания предполагаемыми членами, перечисленными в приложении А к настоящему Соглашению.

2. Депозитарий передает заверенные копии настоящего Соглашения всем подписавшим его сторонам.

Статья 61

Ратификация, принятие или одобрение

1. Соглашение подлежит ратификации, принятию или одобрению подписавшими его сторонами. Документы о ратификации, принятии или одобрении, при условии соблюдения пункта 2 настоящей статьи депонируются у депозитария не позднее 31 марта 1991 г. Депозитарий должным образом уведомляет о каждом депонировании и его дате другие подписавшие стороны.

2. Любая подписавшая сторона может стать стороной в Соглашении путем депонирования документа о его ратификации, принятии или одобрении не позднее, чем через один год с даты его вступления в силу или, в случае необходимости, не позднее такой более поздней даты, которая может быть определена большинством управляющих, представляющих большинство от общего количества голосов, на которое имеют право члены.

3. Подписавшая сторона, документ которой, упомянутый в пункте 1 настоящей статьи, депонирован до даты вступления Соглашения в силу, становится членом Банка начиная с этой даты. Любая другая подписавшая сторона, которая удовлетворяет положениям предыдущего пункта, становится членом Банка с даты депонирования документа о ратификации, принятии или одобрении.

Статья 62

Вступление в силу

1. Настоящее Соглашение вступает в силу, когда документы о его ратификации, принятии или одобрении будут депонированы подписавшими сторонами, чья первоначальная подписка представляет не менее двух третей от общей подписки, установленной в приложении А, включая по крайней мере две страны Центральной и Восточной Европы, перечисленные в приложении А.

2. Если настоящее Соглашение не вступит в силу к 31 марта 1991 г., депозитарий может созвать конференцию заинтересованных предполагаемых членов для того, чтобы определить будущий порядок действий или принять решение о новом крайнем сроке депонирования документов о ратификации, принятии или одобрении.

Статья 63

Вступительное заседание и начало деятельности

1. Как только настоящее Соглашение вступит в силу согласно статье 62 настоящего Соглашения, каждый член назначит управляющего. Депозитарий созывает первое заседание Совета управляющих в течение шестидесяти (60) дней после вступления в силу настоящего Соглашения в соответствии со статьей 62 или в ближайший возможный срок после этого.

2. На своем первом заседании Совет управляющих:

- (i) избирает президента;
- (ii) избирает директоров Банка в соответствии со статьей 26 настоящего Соглашения;
- (iii) принимает меры для определения срока начала деятельности Банка; и

iv) trifft der Gouverneursrat sonstige Vorkehrungen, die ihm zur Vorbereitung der Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank erforderlich erscheinen.

(3) Die Bank notifiziert ihren Mitgliedern den Zeitpunkt der Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit.

(iv) shall make such other arrangements as appear to it necessary to prepare for the commencement of the Bank's operations.

3. The Bank shall notify its members of the date of commencement of its operations.

Geschehen zu Paris am 29. Mai 1990 in einer Urschrift, deren deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; die Urschrift wird im Archiv des Verwahrers hinterlegt; dieser übermittelt allen anderen in Anlage A genannten voraussichtlichen Mitgliedern beglaubigte Abschriften.

Done at Paris on 29 May 1990 in a single original, whose English, French, German and Russian texts are equally authentic, which shall be deposited in the archives of the Depository which shall transmit a duly certified copy to each of the other prospective members whose names are set forth in Annex A.

(iv) prend toutes autres dispositions utiles pour préparer le commencement des opérations de la Banque.

3. La Banque notifie aux membres la date à laquelle elle commencera ses opérations.

Fait à Paris, le 29 mai 1990, en un seul exemplaire original, dont les versions en langues allemande, anglaise, française et russe font également foi, et déposé dans les archives du dépositaire qui en transmet des copies certifiées conformes à tous les membres potentiels énumérés à l'annexe A du présent Accord.

(iv) принимает такие иные меры, которые ему представляются необходимыми для подготовки начала операций Банка.

3. Банк уведомляет своих членов о дате начала своих операций.

Совершено в Париже 29 мая 1990 года в единственном экземпляре, текст которого на английском, немецком, русском и французском языках имеет одинаковую силу и который подлежит депонированию в архивах депозитария, который передаст должным образом заверенную копию каждому из других предполагаемых членов, перечисленных в приложении А к настоящему Соглашению.

Anlage A

Erstzeichnungen auf das genehmigte Stammkapital durch voraussichtliche Mitglieder, die nach Artikel 61 Mitglieder werden können

| | Anzahl der Anteile | Zeichnungen auf das Kapital in Millionen ECU |
|---|-----------------------|--|
| A – Europäische Gemeinschaften | | |
| a) | | |
| Belgien | 22 800 | 228,00 |
| Dänemark | 12 000 | 120,00 |
| Bundesrepublik Deutschland | 85 175 | 851,75 |
| Frankreich | 85 175 | 851,75 |
| Griechenland | 6 500 | 65,00 |
| Irland | 3 000 | 30,00 |
| Italien | 85 175 | 851,75 |
| Luxemburg | 2 000 | 20,00 |
| Niederlande | 24 800 | 248,00 |
| Portugal | 4 200 | 42,00 |
| Spanien | 34 000 | 340,00 |
| Vereinigtes Königreich | 85 175 | 851,75 |
| b) | | |
| Europäische Wirtschafts- gemeinschaft | 30 000 | 300,00 |
| Europäische Investitionsbank | 30 000 | 300,00 |
| B – Sonstige europäische Länder | | |
| Finnland | 12 500 | 125,00 |
| Island | 1 000 | 10,00 |
| Israel | 6 500 | 65,00 |
| Liechtenstein | 200 | 2,00 |
| Malta | 100 | 1,00 |
| Norwegen | 12 500 | 125,00 |
| Österreich | 22 800 | 228,00 |
| Schweden | 22 800 | 228,00 |
| Schweiz | 22 800 | 228,00 |
| Türkei | 11 500 | 115,00 |
| Zypern | 1 000 | 10,00 |
| C – Empfängerländer | | |
| Bulgarien | 7 900 | 79,00 |
| Deutsche Demokratische Republik | 15 500 | 155,00 |
| Jugoslawien | 12 800 | 128,00 |
| Polen | 12 800 | 128,00 |
| Rumänien | 4 800 | 48,00 |
| Tschechoslowakei | 12 800 | 128,00 |
| Ungarn | 7 900 | 79,00 |
| Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken | 60 000 | 600,00 |

Annex A

Initial subscriptions to the authorized capital stock for prospective members which may become members in accordance with Article 61

| | Number of Shares | Capital Sub- scription in million ECUs |
|--|---------------------|--|
| A – European Communities | | |
| a) | | |
| Belgium | 22,800 | 228.00 |
| Denmark | 12,000 | 120.00 |
| France | 85,175 | 851.75 |
| Germany, Federal Republic of | 85,175 | 851.75 |
| Greece | 6,500 | 65.00 |
| Ireland | 3,000 | 30.00 |
| Italy | 85,175 | 851.75 |
| Luxembourg | 2,000 | 20.00 |
| Netherlands | 24,800 | 248.00 |
| Portugal | 4,200 | 42.00 |
| Spain | 34,000 | 340.00 |
| United Kingdom | 85,175 | 851.75 |
| b) | | |
| European Economic Community | 30,000 | 300.00 |
| European Investment Bank | 30,000 | 300.00 |
| B – Other European countries | | |
| Austria | 22,800 | 228.00 |
| Cyprus | 1,000 | 10.00 |
| Finland | 12,500 | 125.00 |
| Iceland | 1,000 | 10.00 |
| Israel | 6,500 | 65.00 |
| Liechtenstein | 200 | 2.00 |
| Malta | 100 | 1.00 |
| Norway | 12,500 | 125.00 |
| Sweden | 22,800 | 228.00 |
| Switzerland | 22,800 | 228.00 |
| Turkey | 11,500 | 115.00 |
| C – Recipient countries | | |
| Bulgaria | 7,900 | 79.00 |
| Czechoslovakia | 12,800 | 128.00 |
| German Democratic Republic | 15,500 | 155.00 |
| Hungary | 7,900 | 79.00 |
| Poland | 12,800 | 128.00 |
| Romania | 4,800 | 48.00 |
| Union of Soviet Socialist Republics | 60,000 | 600.00 |
| Yugoslavia | 12,800 | 128.00 |

(*) Die voraussichtlichen Mitglieder sind nur für die Zwecke dieses Übereinkommens in den oben genannten Kategorien aufgeführt. Die Empfängerländer werden sonst in diesem Übereinkommen als mittel- und osteuropäische Länder bezeichnet.

(*) Prospective members are listed under the above categories only for the purpose of this Agreement. Recipient countries are referred to elsewhere in this Agreement as Central and Eastern European countries.

Annexe A

Souscriptions initiales au capital social autorisé, pour les membres potentiels (*) susceptibles de devenir membres conformément aux dispositions de l'article 61

| | Nombre d'actions | Souscription au capital (en millions d'Ecus) |
|--|------------------|--|
| A – Communautés européennes | | |
| a) | | |
| République Fédérale d'Allemagne | 85 175 | 851,75 |
| Belgique | 22 800 | 228,00 |
| Danemark | 12 000 | 120,00 |
| Espagne | 34 000 | 340,00 |
| France | 85 175 | 851,75 |
| Grèce | 6 500 | 65,00 |
| Irlande | 3 000 | 30,00 |
| Italie | 85 175 | 851,75 |
| Luxembourg | 2 000 | 20,00 |
| Pays-Bas | 24 800 | 248,00 |
| Portugal | 4 200 | 42,00 |
| Royaume-Uni | 85 175 | 851,75 |
| b) | | |
| Communauté économique européenne | 30 000 | 300,00 |
| Banque européenne d'investissement | 30 000 | 300,00 |
| B – Autres pays européens | | |
| Autriche | 22 800 | 228,00 |
| Chypre | 1 000 | 10,00 |
| Finlande | 12 500 | 125,00 |
| Islande | 1 000 | 10,00 |
| Israël | 6 500 | 65,00 |
| Liechtenstein | 200 | 2,00 |
| Malte | 100 | 1,00 |
| Norvège | 12 500 | 125,00 |
| Suède | 22 800 | 228,00 |
| Suisse | 22 800 | 228,00 |
| Turquie | 11 500 | 115,00 |
| C – Pays bénéficiaires | | |
| Bulgarie | 7 900 | 79,00 |
| République Démocratique d'Allemagne | 15 500 | 155,00 |
| Hongrie | 7 900 | 79,00 |
| Pologne | 12 800 | 128,00 |
| Roumanie | 4 800 | 48,00 |
| Tchécoslovaquie | 12 800 | 128,00 |
| Union des Républiques Socialistes et Soviétiques | 60 000 | 600,00 |
| Yougoslavie | 12 800 | 128,00 |

Приложение А

Первоначальная подписка на разрешенный к выпуску акционерный капитал для предполагаемых членов, которые могут стать членами в соответствии со статьей 61.

| | Количество акций | Капитал, на который может быть произведена подписка (в миллионах ЭКЮ) |
|---|------------------|---|
| A – Европейские сообщества | | |
| a) | | |
| Бельгия | 22.800 | 228,00 |
| Греция | 6.500 | 65,00 |
| Дания | 12.000 | 120,00 |
| Ирландия | 3.000 | 30,00 |
| Испания | 34.000 | 340,00 |
| Италия | 85.175 | 851,75 |
| Люксембург | 2.000 | 20,00 |
| Нидерланды | 24.800 | 248,00 |
| Португалия | 4.200 | 42,00 |
| Соединенное Королевство | 85.175 | 851,75 |
| Федеративная Республика Германия | 85.175 | 851,75 |
| Франция | 85.175 | 851,75 |
| b) | | |
| Европейский инвестиционный банк | 30.000 | 300,00 |
| Европейское экономическое сообщество | 30.000 | 300,00 |
| B – Другие европейские страны | | |
| Австрия | 22.800 | 228,00 |
| Израиль | 6.500 | 65,00 |
| Исландия | 1.000 | 10,00 |
| Кипр | 1.000 | 10,00 |
| Лихтенштейн | 200 | 2,00 |
| Мальта | 100 | 1,00 |
| Норвегия | 12.500 | 125,00 |
| Турция | 11.500 | 115,00 |
| Финляндия | 12.500 | 125,00 |
| Швейцария | 22.800 | 228,00 |
| Швеция | 22.800 | 228,00 |
| C – Страны-получатели | | |
| Болгария | 7.900 | 79,00 |
| Венгрия | 7.900 | 79,00 |
| Германская Демократическая Республика | 15.500 | 155,00 |
| Польша | 12.800 | 128,00 |
| Румыния | 4.800 | 48,00 |
| Союз Советских Социалистических Республик | 60.000 | 600,00 |
| Чехословакия | 12.800 | 128,00 |
| Югославия | 12.800 | 128,00 |

(*) Les membres potentiels sont classés dans les catégories visées ci-dessus exclusivement aux fins du présent Accord. Dans les autres dispositions du présent Accord, les pays bénéficiaires figurent sous le nom de pays d'Europe centrale et orientale.

(*) Предполагаемые члены перечислены по вышеуказанным категориям только для цели настоящего Соглашения. Страны-получатели в настоящем Соглашении именуются странами Центральной и Восточной Европы.

| | Anzahl der Anteile | Zeichnungen auf das Kapital in Millionen ECU | | Number of Shares | Capital Sub- scription in million ECUs |
|-----------------------------------|-----------------------|--|-----------------------------|---------------------|--|
| D - Nichteuropäische Länder | | | D - Non-European countries | | |
| Ägypten | 1 000 | 10,00 | Australia | 10,000 | 100.00 |
| Australien | 10 000 | 100,00 | Canada | 34,000 | 340.00 |
| Japan | 85 175 | 851,75 | Egypt | 1,000 | 10.00 |
| Kanada | 34 000 | 340,00 | Japan | 85,175 | 851.75 |
| Republik Korea | 6 500 | 65,00 | Korea, Republic of | 6,500 | 65.00 |
| Marokko | 1 000 | 10,00 | Mexico | 3,000 | 30.00 |
| Mexiko | 3 000 | 30,00 | Morocco | 1,000 | 10.00 |
| Neuseeland | 1 000 | 10,00 | New Zealand | 1,000 | 10.00 |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 160 000 | 1 000,00 | United States of America | 1,000,000 | 1,000.00 |
| E - Nicht zugewiesene Anteile | 125 | 1,25 | E - Non allocated shares | 125 | 1.25 |
| Insgesamt | 1 000 000 | 10 000,00 | Total | 1,000,000 | 1,000.00 |

| | Nombre d'actions | Sou- scription au capital (en mil- lions d'Ecus) | | Коли- чество акций | Капитал, на который может быть произведена подписка (в миллионах ЭКЮ) |
|---------------------------------|---------------------|---|-----------------------------------|--------------------------|---|
| D - Pays non européens | | | D - Неевропейские страны | | |
| Australie | 10 000 | 100,0 | Австралия | 10.000 | 100,00 |
| Canada | 34 000 | 340,00 | Египет | 1.000 | 10,00 |
| République de Corée | 6 500 | 65,00 | Канада | 34.000 | 340,00 |
| Egypte | 1 000 | 10,00 | Корейская республика | 6.500 | 65,00 |
| Etats-Unis | 100 000 | 1 000,00 | Марокко | 1.000 | 10,00 |
| Japon | 85 175 | 851,75 | Мексика | 3.000 | 30,00 |
| Maroc | 1 000 | 10,00 | Новая Зеландия | 1.000 | 10,00 |
| Mexique | 3 000 | 30,00 | Соединенные Штаты Америки | 100.000 | 1.000,00 |
| Nouvelle-Zélande | 1 000 | 10,00 | Япония | 85.175 | 851,75 |
| E - Actions non allouées | 125 | 1,25 | E - Нераспределенные акции | 125 | 1,25 |
| Total | 1 000 000 | 10 000,00 | Итого | 1.000.000 | 1.0000,00 |

Anlage B

Abschnitt A – Wahl von Direktoren durch die Gouverneure, die Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, das Vereinigte Königreich, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Investitionsbank vertreten (im folgenden als „Gouverneure des Abschnitts A“ bezeichnet).

(1) Die Bestimmungen dieses Abschnitts finden nur auf diesen Abschnitt Anwendung.

(2) Die Kandidaten für das Amt eines Direktors werden von den Gouverneuren des Abschnitts A benannt, wobei jeder Gouverneur nur eine Person benennen darf. Die Wahl der Direktoren erfolgt durch die Gouverneure des Abschnitts A.

(3) Jeder stimmberechtigte Gouverneur gibt sämtliche Stimmen, auf die das Mitglied, das ihn ernannt hat, nach Artikel 29 Absätze 1 und 2 Anspruch hat, für ein und dieselbe Person ab.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 10 werden die 11 Personen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten, Direktoren; jedoch gilt nicht als gewählt, wer weniger als 4,5 v. H. der Gesamtzahl der Stimmen erhält, die nach Abschnitt A abgegeben werden können (berechtigte Stimmen).

(5) Vorbehaltlich des Absatzes 10 findet, wenn im ersten Wahlgang keine 11 Personen gewählt werden, ein zweiter Wahlgang statt, bei dem derjenige, der im ersten Wahlgang die niedrigste Stimmenzahl erhalten hat, ausscheidet, es sei denn, es standen nicht mehr als 11 Kandidaten zur Wahl; an diesem Wahlgang beteiligen sich nur

- a) die Gouverneure, die im ersten Wahlgang für eine nicht gewählte Person gestimmt haben, sowie
- b) die Gouverneure, von deren für eine gewählte Person abgegebenen Stimmen nach den Absätzen 6 und 7 angenommen wird, daß sie die für diese Person abgegebene Stimmenzahl auf über 5,5 v. H. der berechtigten Stimmen angehoben haben.

(6) Bei der Beurteilung der Frage, ob von den von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen anzunehmen ist, daß sie die Gesamtstimmenzahl für eine Person auf über 5,5 v. H. der berechtigten Stimmen angehoben haben, wird angenommen, daß diese 5,5 v. H. zunächst die Stimmen des Gouverneurs einschließen, der die höchste Stimmenzahl für den Betreffenden abgegeben hat, sodann die Stimmen des Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, und so fort, bis 5,5 v. H. erreicht sind.

(7) Ein Gouverneur, dessen Stimmen zum Teil mitgezählt werden müssen, um die Gesamtstimmenzahl für eine Person über 4,5 v. H. anzuheben, wird so angesehen, als habe er alle seine Stimmen für den Betreffenden abgegeben, selbst wenn die Gesamtstimmenzahl für den Betreffenden dadurch 5,5 v. H. übersteigt; dieser Gouverneur ist bei einem weiteren Wahlgang nicht mehr stimmberechtigt.

(8) Sind nach dem zweiten Wahlgang keine 11 Personen gewählt, so finden vorbehaltlich des Absatzes 10 nach Maßgabe der in diesem Abschnitt festgelegten Grundsätze und Verfahren weitere Wahlgänge statt, bis 11 Personen gewählt sind; jedoch kann, wenn in irgendeinem Wahlgang 10 Personen gewählt werden, die elfte ungeachtet des Absatzes 4 mit einfacher Mehrheit der verbleibenden Stimmen gewählt werden.

(9) Bei einer Erhöhung oder Verringerung der Zahl der Direktoren, die von den Gouverneuren des Abschnitts A zu wählen sind,

Annex B

Section A – Election of Directors by Governors representing Belgium, Denmark, France, the Federal Republic of Germany, Greece, Ireland, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Portugal, Spain, the United Kingdom, the European Economic Community and the European Investment Bank (hereinafter referred to as Section A Governors).

1. The provisions set out below in this Section shall apply exclusively to this Section.

2. Candidates for the office of Director shall be nominated by Section A Governors, provided that a Governor may nominate only one person. The election of Directors shall be by ballot of Section A Governors.

3. Each Governor eligible to vote shall cast for one person all of the votes to which the member appointing him or her is entitled under paragraphs 1 and 2 of Article 29 of this Agreement.

4. Subject to paragraph 10 of this Section, the 11 persons receiving the highest number of votes shall be Directors, except that no person who receives less than 4.5 per cent of the total of the votes which can be cast (eligible votes) in Section A shall be considered elected.

5. Subject to paragraph 10 of this Section, if 11 persons are not elected on the first ballot, a second ballot shall be held in which, unless there were no more than 11 candidates, the person who received the lowest number of votes in the first ballot shall be ineligible for election and in which there shall vote only:

- (a) those Governors who voted in the first ballot for a person not elected and
- (b) those Governors whose votes for a person elected are deemed under paragraphs 6 and 7 below of this Section to have raised the votes cast for that person above 5.5 per cent of the eligible votes.

6. In determining whether the votes cast by a Governor are deemed to have raised the total votes cast for any person above 5.5 per cent of the eligible votes, the 5.5 per cent shall be deemed to include, first, the votes of the Governor casting the largest number of votes for such person, then the votes of the Governor casting the next largest number and so on, until 5.5 per cent is reached.

7. Any Governor, part of whose votes must be counted in order to raise the total of votes cast for any person above 4.5 per cent shall be considered as casting all of his or her votes for such person, even if the total votes for such person thereby exceed 5.5 per cent and shall not be eligible to vote in a further ballot.

8. Subject to paragraph 10 of this Section, if, after the second ballot, 11 persons have not been elected, further ballots shall be held in conformity with the principles and procedures laid down in this Section, until 11 persons have been elected, provided that, if at any stage 10 persons are elected, notwithstanding the provisions of paragraph 4 of this Section, the 11th may be elected by a simple majority of the remaining votes cast.

9. In the case of an increase or decrease in the number of Directors to be elected by Section A Governors, the minimum and

Annexe B

Section A – Election des administrateurs par les gouverneurs représentant la République Fédérale d'Allemagne, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Luxembourg, les Pays-Bas, le Portugal, le Royaume-Uni, la Communauté Economique Européenne et la Banque Européenne d'Investissement (ci-après dénommés gouverneurs de la section A).

1. Les dispositions ci-après de la présente Section s'appliquent exclusivement à cette Section.

2. Les candidats au poste d'administrateur sont désignés par les gouverneurs de la Section A, étant entendu qu'un gouverneur ne peut désigner qu'une seule personne. L'élection des administrateurs s'effectue par un vote des gouverneurs de la Section A.

3. Chacun des gouverneurs admis à voter accorde à une seule personne toutes les voix qui reviennent au membre qu'il représente au titre de l'article 29, paragraphes 1 et 2 du présent Accord.

4. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, les 11 personnes qui recueillent le plus grand nombre de voix sont élues administrateurs; toutefois, une personne ayant recueilli moins de 4,5 pour cent de l'ensemble des voix susceptibles d'être exprimées (voix inscrites) au titre de la Section A ne peut pas être réputée élue.

5. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si 11 personnes ne sont pas élues au premier tour, il est procédé à un second tour dans lequel, sauf s'il n'y avait pas plus de 11 candidats, la personne qui a obtenu le plus petit nombre de voix au premier tour ne peut participer au scrutin et seuls votent:

- a) les gouverneurs qui ont voté au premier tour pour une personne non élue et
- b) les gouverneurs dont les voix émises à une personne élue sont réputées, aux termes des paragraphes 6 et 7 de la présente Section, avoir porté le nombre des voix recueillies par cette personne au-dessus de 5,5 pour cent des voix inscrites.

6. Pour déterminer si les voix émises par un gouverneur sont réputées avoir porté le total obtenu par une personne donnée à plus de 5,5 pour cent des voix inscrites, les 5,5 pour cent sont réputés comprendre, premièrement, les voix du gouverneur qui a apporté le plus grand nombre de voix à ladite personne, ensuite les voix du gouverneur qui en a apporté le nombre immédiatement inférieur, et ainsi de suite jusqu'à ce que les 5,5 pour cent soient atteints.

7. Tout gouverneur dont les voix doivent être partiellement comptées pour porter le total obtenu par une personne à plus de 4,5 pour cent est réputé donner toutes ses voix à ladite personne, même si le total des voix obtenues par celle-ci dépasse ainsi 5,5 pour cent et ne peut plus participer à un autre scrutin.

8. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si, après le second tour, il n'y a pas encore 11 élus, il est procédé, suivant les mêmes principes et procédures définies dans la présente Section, à des scrutins supplémentaires jusqu'à ce qu'il y ait 11 élus, sous réserve qu'à tout moment après l'élection de 10 personnes, la onzième peut être élue à la majorité simple des voix restantes, par dérogation aux dispositions du paragraphe 4.

9. Dans le cas d'une augmentation ou d'une réduction du nombre des administrateurs à élire par les gouverneurs de la

Приложение В

Раздел А – Выборы директоров управляющими, представляющими Бельгию, Грецию, Данию, Ирландию, Испанию, Италию, Люксембург, Нидерланды, Португалию, Соединенное Королевство, Федеративную Республику Германия, Францию, и Европейское экономическое сообщество Европейский инвестиционный банк (далее именуемыми управляющими, упомянутыми в разделе А).

1. Положения, изложенные ниже в этом разделе, применяются исключительно к этому разделу.

2. Кандидаты на должность директора предлагаются управляющими, упомянутыми в разделе А, при условии, что управляющий может предложить кандидатуру только одного лица. Выборы директоров проводятся путем голосования управляющих, упомянутых в разделе А.

3. Каждый управляющий, имеющий право голоса, отдает все голоса, на которые согласно пунктам 1 и 2 статьи 29 настоящего Соглашения имеет право назначивший его член, за одно лицо.

4. С учетом пункта 10 настоящего раздела считаются избранными директорами 11 лиц, получивших наибольшее количество голосов, однако лицо, получившее менее 4,5 процента голосов от общего количества голосов, которое может быть подано (имеющихся голосов) по разделу А, не может считаться избранным.

5. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после первого тура голосования не удалось избрать 11 лиц, кроме тех случаев, когда имеется не более 11 кандидатов, проводится второй тур голосования, в котором лицо, получившее наименьшее количество голосов в первом туре, участвовать не может и в котором голосуют только:

- a) управляющие, голосовавшие в первом туре за лицо, которое не было избрано, и
- b) управляющие, чьи голоса, отданные за какое-либо избранное лицо, согласно нижеприведенным пунктам 6 и 7 настоящего раздела, позволили данному лицу собрать более 5,5 процента имеющихся голосов.

6. Чтобы определить, позволили ли отданные управляющим голоса какому-либо лицу собрать более 5,5 процента имеющихся голосов, эти 5,5 процента понимаются как включающие, во-первых, голоса управляющего, отдавшего наибольшее количество голосов за такое лицо, затем голоса управляющего, который находится на втором месте по количеству голосов, и так далее, вплоть до достижения 5,5 процента.

7. Любой управляющий, часть голосов которого должна приниматься в расчет с тем, чтобы общее количество голосов, отданное за какое-либо лицо превышало 4,5 процента, рассматривается как отдавший указанному лицу все свои голоса, даже если общее количество голосов, отданное за такое лицо, при этом превысит 5,5 процента, и такой управляющий не может участвовать в последующих турах голосования.

8. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после второго тура голосования 11 лиц избрать не удалось, проводятся последующие туры голосования в соответствии с принципами и процедурами, указанными в настоящем разделе, до избрания 11 лиц при условии, что если на каком-либо этапе избрано 10 лиц, то независимо от положений пункта 4 настоящего раздела одиннадцатое лицо может быть избрано простым большинством оставшихся голосов.

9. В случае увеличения или уменьшения числа директоров, подлежащих избранию управляющими, упомянутыми в раз-

werden die in den Absätzen 4, 5, 6 und 7 genannten Mindest- und Höchsthundertsätze vom Gouverneursrat entsprechend angepaßt.

(10) Solange ein Unterzeichner oder eine Unterzeichnergruppe, deren Anteil am gesamten in Anlage A vorgesehenen Zeichnungskapital mehr als 2,4 v. H. beträgt, keine Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeprotokolle hinterlegt hat, wird für diesen Unterzeichner beziehungsweise diese Unterzeichnergruppe kein Direktor gewählt. Der oder die Gouverneure, die einen solchen Unterzeichner oder eine solche Unterzeichnergruppe vertreten, wählen einen Direktor für jeden Unterzeichner beziehungsweise jede Unterzeichnergruppe, sobald sie Mitglieder werden. Ein solcher Direktor wird so angesehen, als sei er nach Artikel 26 Absatz 3 vom Gouverneursrat auf seiner Eröffnungssitzung gewählt worden, wenn er während der Amtszeit des ersten Direktoriums gewählt wird.

Abschnitt B – Wahl der Direktoren durch die Gouverneure, die andere Länder vertreten

Abschnitt B i) – Wahl von Direktoren durch die Gouverneure, welche die in Anlage A als mittel- und osteuropäische Länder aufgeführten Länder (Empfängerländer) vertreten (im folgenden als Gouverneure des Abschnitts B i) bezeichnet).

(1) Die Bestimmungen dieses Abschnitts finden nur auf diesen Abschnitt Anwendung.

(2) Die Kandidaten für das Amt eines Direktors werden von den Gouverneuren des Abschnitts B i) benannt, wobei jeder Gouverneur nur eine Person benennen darf. Die Wahl der Direktoren erfolgt durch die Gouverneure des Abschnitts B i).

(3) Jeder stimmberechtigte Gouverneur gibt sämtliche Stimmen, auf die das Mitglied, das ihn ernannt hat, nach Artikel 29 Absätze 1 und 2 Anspruch hat, für ein und dieselbe Person ab.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 10 werden die 4 Personen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten, Direktoren; jedoch gilt nicht als gewählt, wer weniger als 12 v. H. der Gesamtzahl der Stimmen erhält, die nach Abschnitt B i) abgegeben werden können (berechtigte Stimmen).

(5) Vorbehaltlich des Absatzes 10 findet, wenn im ersten Wahlgang keine 4 Personen gewählt werden, ein zweiter Wahlgang statt, bei dem derjenige, der im ersten Wahlgang die niedrigste Stimmenzahl erhalten hat, ausscheidet, es sei denn, es standen nicht mehr als 4 Kandidaten zur Wahl; an diesem Wahlgang beteiligen sich nur

- a) die Gouverneure, die im ersten Wahlgang für eine nicht gewählte Person gestimmt haben, sowie
- b) die Gouverneure, von denen für eine gewählte Person abgegebenen Stimmen nach den Absätzen 6 und 7 angenommen wird, daß sie die für diese Person abgegebene Stimmenzahl auf über 13 v. H. der berechtigten Stimmen angehoben haben.

(6) Bei der Beurteilung der Frage, ob von den von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen anzunehmen ist, daß sie die Gesamtstimmenzahl für eine Person auf über 13 v. H. der berechtigten Stimmen angehoben haben, wird angenommen, daß diese 13 v. H. zunächst die Stimmen des Gouverneurs einschließen, der die höchste Stimmenzahl für den Betreffenden abgegeben hat, sodann die Stimmen des Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, und so fort, bis 13 v. H. erreicht sind.

(7) Ein Gouverneur, dessen Stimmen zum Teil mitgezählt werden müssen, um die Gesamtstimmenzahl für eine Person über 12 v. H. anzuheben, wird so angesehen, als habe er alle seine

maximum percentages specified in paragraphs 4, 5, 6 and 7 of this Section shall be appropriately adjusted by the Board of Governors.

10. So long as any Signatory, or group of Signatories, whose share of the total amount of capital subscriptions provided in Annex A is more than 2.4 per cent, has not deposited its instrument or their instruments of ratification, approval or acceptance, there shall be no election for one Director in respect of each such Signatory or group of Signatories. The Governor or Governors representing such a Signatory or group of Signatories shall elect a Director in respect of each Signatory or group of Signatories, immediately after the Signatory becomes a member or the group of Signatories become members. Such Director shall be deemed to have been elected by the Board of Governors at its inaugural meeting, in accordance with paragraph 3 of Article 26 of this Agreement, if he or she is elected during the period in which the first Board of Directors shall hold office.

Section B – Election of Directors by Governors representing other countries.

Section B (i): Election of Directors by Governors representing those countries listed in Annex A as Central and Eastern European Countries (recipient countries) (hereinafter referred to as Section B (i) Governors).

1. The provisions set out below in this Section shall apply exclusively to this Section.

2. Candidates for the office of Director shall be nominated by Section B (i) Governors, provided that a Governor may nominate only one person. The election of Directors shall be by ballot of Section B (i) Governors.

3. Each Governor eligible to vote shall cast for one person all of the votes to which the member appointing him or her is entitled under paragraphs 1 and 2 of Article 29 of this Agreement.

4. Subject to paragraph 10 of this Section, the 4 persons receiving the highest number of votes shall be Directors, except that no person who receives less than 12 per cent of the total of the votes which can be cast (eligible votes) in Section B (i) shall be considered elected.

5. Subject to paragraph 10 of this Section, if 4 persons are not elected on the first ballot, a second ballot shall be held in which, unless there were no more than 4 candidates, the person who received the lowest number of votes in the first ballot shall be ineligible for election and in which there shall vote only:

- a) those Governors who voted in the first ballot for a person not elected and
- b) those Governors whose votes for a person elected are deemed under paragraphs 6 and 7 below of this Section to have raised the votes cast for that person above 13 per cent of the eligible votes.

6. In determining whether the votes cast by a Governor are deemed to have raised the total votes cast for any person above 13 per cent of the eligible votes, the 13 per cent shall be deemed to include, first, the votes of the Governor casting the largest number of votes for such person, then the votes of the Governor casting the next largest number and so on, until 13 per cent is reached.

7. Any Governor, part of whose votes must be counted in order to raise the total of votes cast for any person above 12 per cent shall be considered as casting all of his or her votes for such

Section A, les pourcentages minimum et maximum définis aux paragraphes 4, 5, 6 et 7 de la présente Section sont ajustés en conséquence par le Conseil des gouverneurs.

10. Aussi longtemps qu'un signataire, ou un groupe de signataires, dont la part du montant total du capital souscrit définie à l'Annexe A est supérieure à 2,4 pour cent, n'a pas déposé son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation, aucun administrateur n'est élu pour représenter ledit signataire ou groupe de signataires. Le gouverneur ou les gouverneurs représentant ledit signataire ou groupe de signataires élisent un administrateur pour chaque signataire ou groupe de signataires, dès que le signataire ou le groupe de signataires devient membre. Cet administrateur est réputé avoir été élu par le Conseil des gouverneurs lors de la séance inaugurale, conformément au paragraphe 3 de l'article 26 du présent Accord, s'il est élu pendant la période au cours de laquelle le premier Conseil d'administration exerce ses fonctions.

Section B – Election des administrateurs par des gouverneurs représentant d'autres pays

Section B (i) – Election des administrateurs par des gouverneurs représentant les pays énumérés à l'annexe A dans la catégorie pays d'Europe Centrale et Orientale (pays bénéficiaires) (ci-après dénommés gouverneurs de la section B (i)).

1. Les dispositions ci-après de la présente Section s'appliquent exclusivement à cette Section.

2. Les candidats au poste d'administrateur sont désignés par les gouverneurs de la Section B (i), étant entendu qu'un gouverneur ne peut désigner qu'une seule personne. L'élection des administrateurs s'effectue par un vote des gouverneurs de la Section B (i).

3. Chacun des gouverneurs admis à voter accorde à une seule personne toutes les voix qui reviennent au membre qu'il représente au titre de l'article 29, paragraphes 1 et 2 du présent Accord.

4. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, les 4 personnes qui recueillent le plus grand nombre de voix sont élues administrateurs; toutefois, une personne ayant recueilli moins de 12 pour cent de l'ensemble des voix susceptibles d'être exprimées (voix inscrites) au titre de la Section B (i) ne peut pas être réputée élue.

5. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si 4 personnes ne sont pas élues au premier tour, il est procédé à un second tour dans lequel, sauf s'il n'y avait pas plus de 4 candidats, la personne qui a obtenu le plus petit nombre de voix au premier tour ne peut participer au scrutin et seuls votent:

- a) les gouverneurs qui ont voté au premier tour pour une personne non élue et
- b) les gouverneurs dont les voix données à une personne élue sont réputées, aux termes des paragraphes 6 et 7 de la présente Section, avoir porté le nombre des voix recueillies par cette personne au-dessus de 13 pour cent des voix inscrites.

6. Pour déterminer si les voix émises par un gouverneur sont être réputées avoir porté le total obtenu par une personne donnée à plus de 13 pour cent des voix inscrites, les 13 pour cent sont réputés comprendre, premièrement, les voix du gouverneur qui a apporté le plus grand nombre de voix à ladite personne, ensuite les voix du gouverneur qui en a apporté le nombre immédiatement inférieur, et ainsi de suite jusqu'à ce que les 13 pour cent soient atteints.

7. Tout gouverneur dont les voix doivent être partiellement comptées pour porter le total obtenu par une personne à plus de 12 pour cent est réputé donner toutes les voix à ladite personne,

деле А, минимальные и максимальные процентные доли, указанные в пунктах 4, 5, 6 и 7 настоящего раздела, соответствующим образом корректируются Советом управляющих.

10. До тех пор, пока какая-либо подписавшая сторона или группа подписавших сторон, доля общей суммы подписки на капитал которых, предусмотренная в приложении А, превышает 2,4 процента, не депонирует документ или документы о ратификации, одобрении или принятии, директор от такой стороны или группы подписавших сторон избираться не будет. Управляющий или управляющие, представляющие такую подписавшую сторону или группу подписавших сторон, избирают директора от каждой подписавшей стороны или группы сторон сразу после того, как подписавшая сторона станет членом, или группа подписавших сторон станет членами. Такой директор считается избранным Советом управляющих на первом заседании согласно пункту 3 статьи 26 настоящего Соглашения, если он избирается в течение срока деятельности первого Совета директоров.

Раздел В – Выборы директоров управляющими, представляющими другие страны.

Раздел В (i): Выборы директоров управляющими, представляющими страны Центральной и Восточной Европы (страны-получатели), перечисленные в приложении А (далее именуемыми управляющими, упомянутыми в разделе В (i))

1. Положения, изложенные ниже в этом разделе, применяются исключительно к этому разделу.

2. Кандидаты на должность директора предлагаются управляющими, упомянутыми в разделе В (i), при условии, что управляющий может предложить кандидатуру только одного лица. Выборы директоров проводятся путем голосования управляющих, упомянутых в разделе В (i).

3. Каждый управляющий, имеющий право голоса, отдает все голоса, на которые согласно пунктам 1 и 2 статьи 29 настоящего Соглашения имеет право назначивший его член, за одно лицо.

4. С учетом пункта 10 настоящего раздела считаются избранными директорами 4 лица, получившие наибольшее количество голосов, однако лицо, получившее менее 12 процентов голосов от общего количества голосов, которое может быть подано (имеющихся голосов) по разделу В (i), не может считаться избранным.

5. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после первого тура голосования не удалось избрать 4 лица, кроме тех случаев, когда имеется не более 4 кандидатов, проводится второй тур голосования, в котором лицо, получившее наименьшее количество голосов в первом туре, участвовать не может и в котором голосуют только:

- a) управляющие, голосовавшие в первом туре за лицо, которое не было избрано, и
- b) управляющие, чьи голоса, отданные за какое-либо избранное лицо, согласно нижеприведенным пунктам 6 и 7 настоящего раздела, позволили данному лицу собрать более 13 процентов имеющихся голосов.

6. Чтобы определить, позволили ли отданные управляющим голоса какому-либо лицу собрать более 13 процентов имеющихся голосов, эти 13 процентов понимаются как включающие, во-первых, голоса управляющего, отдавшего наибольшее количество голосов за такое лицо, затем голоса управляющего, который находится на втором месте по количеству голосов, и так далее, вплоть до достижения 13 процентов.

7. Любому управляющему, часть голосов которого должна приниматься в расчет с тем, чтобы общее количество голосов, отданное за какое-либо лицо превышало 12 процен-

Stimmen für den Betreffenden abgegeben, selbst wenn die Gesamtstimmenzahl für den Betreffenden dadurch 13 v. H. übersteigt; dieser Gouverneur ist bei einem weiteren Wahlgang nicht mehr stimmberechtigt.

(8) Sind nach dem zweiten Wahlgang keine 4 Personen gewählt, so finden vorbehaltlich des Absatzes 10 nach Maßgabe der in diesem Abschnitt festgelegten Grundsätze und Verfahren weitere Wahlgänge statt, bis 4 Personen gewählt sind; jedoch kann, wenn in irgendeinem Wahlgang 3 Personen gewählt werden, die vierte ungeachtet des Absatzes 4 mit einfacher Mehrheit der verbleibenden Stimmen gewählt werden.

(9) Bei einer Erhöhung oder Verringerung der Zahl der Direktoren, die von den Gouverneuren des Abschnitts B i) zu wählen sind, werden die in den Absätzen 4, 5, 6 und 7 genannten Mindest- und Höchstzahlensätze vom Gouverneursrat entsprechend angepaßt.

(10) Solange ein Unterzeichner oder eine Unterzeichnergruppe, deren Anteil am gesamten in Anlage A vorgesehenen Zeichnungskapital mehr als 2,8 v. H. beträgt, keine Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeprotokolle hinterlegt hat, wird für diesen Unterzeichner beziehungsweise diese Unterzeichnergruppe kein Direktor gewählt. Der oder die Gouverneure, die einen solchen Unterzeichner oder eine solche Unterzeichnergruppe vertreten, wählen einen Direktor für jeden Unterzeichner beziehungsweise jede Unterzeichnergruppe, sobald sie Mitglieder werden. Ein solcher Direktor wird so angesehen, als sei er nach Artikel 26 Absatz 3 vom Gouverneursrat auf seiner Eröffnungssitzung gewählt worden, wenn er während der Amtszeit des ersten Direktoriums gewählt wird.

Abschnitt B ii) – Wahl von Direktoren durch die Gouverneure, welche die in Anlage A als andere europäische Länder aufgeführten Länder vertreten (im folgenden als Gouverneure des Abschnitts B ii) bezeichnet).

(1) Die Bestimmungen dieses Abschnitts finden nur auf diesen Abschnitt Anwendung.

(2) Die Kandidaten für das Amt eines Direktors werden von den Gouverneuren des Abschnitts B ii) benannt, wobei jeder Gouverneur nur eine Person benennen darf. Die Wahl der Direktoren erfolgt durch die Gouverneure des Abschnitts B ii).

(3) Jeder stimmberechtigte Gouverneur gibt sämtliche Stimmen, auf die das Mitglied, das ihn ernannt hat, nach Artikel 29 Absätze 1 und 2 Anspruch hat, für ein und dieselbe Person ab.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 10 werden die 4 Personen, welche die höchste Stimmzahl erhalten, Direktoren; jedoch gilt nicht als gewählt, wer weniger als 20,5 v. H. der Gesamtzahl der Stimmen erhält, die nach Abschnitt B ii) abgegeben werden können (berechtigte Stimmen).

(5) Vorbehaltlich des Absatzes 10 findet, wenn im ersten Wahlgang keine 4 Personen gewählt werden, ein zweiter Wahlgang statt, bei dem derjenige, der im ersten Wahlgang die niedrigste Stimmzahl erhalten hat, ausscheidet, es sei denn, es standen nicht mehr als 4 Kandidaten zur Wahl; an diesem Wahlgang beteiligen sich nur

- a) die Gouverneure, die im ersten Wahlgang für eine nicht gewählte Person gestimmt haben, sowie
- b) die Gouverneure, von denen für eine gewählte Person abgegebenen Stimmen nach den Absätzen 6 und 7 angenommen wird, daß sie die für diese Person abgegebene Stimmzahl auf über 21,5 v. H. der berechtigten Stimmen angehoben haben.

person, even if the total votes for such person thereby exceed 13 per cent and shall not be eligible to vote in a further ballot.

8. Subject to paragraph 10 of this Section, if, after the second ballot, 4 persons have not been elected, further ballots shall be held in conformity with the principles and procedures laid down in this Section, until 4 persons have been elected, provided that, if at any stage 3 persons are elected, notwithstanding the provisions of paragraph 4 of this Section, the 4th may be elected by a simple majority of the remaining votes cast.

9. In the case of an increase or decrease in the number of Directors to be elected by Section B (i) Governors, the minimum and maximum percentages specified in paragraphs 4, 5, 6 and 7 of this Section shall be appropriately adjusted by the Board of Governors.

10. So long as any Signatory, or group of Signatories, whose share of the total amount of capital subscriptions provided in Annex A is more than 2.8 per cent, has not deposited its instrument or their instruments of ratification, approval or acceptance, there shall be no election for one Director in respect of each such Signatory or group of Signatories. The Governor or Governors representing such a Signatory or group of Signatories shall elect a Director in respect of each Signatory or group of Signatories, immediately after the Signatory becomes a member or the group of Signatories become members. Such Director shall be deemed to have been elected by the Board of Governors at its inaugural meeting, in accordance with paragraph 3 of Article 26 of this Agreement, if he or she is elected during the period in which the first Board of Directors shall hold office.

Section B (ii): Election of Directors by Governors representing those countries listed in Annex A as other European countries (hereinafter referred to as Section B (ii) Governors).

1. The provisions set out below in this Section shall apply exclusively to this Section.

2. Candidates for the office of Director shall be nominated by Section B (ii) Governors, provided that a Governor may nominate only one person. The election of Directors shall be by ballot of Section B (ii) Governors.

3. Each Governor eligible to vote shall cast for one person all of the votes to which the member appointing him or her is entitled under paragraphs 1 and 2 of Article 29 of this Agreement.

4. Subject to paragraph 10 of this Section, the 4 persons receiving the highest number of votes shall be Directors, except that no person who receives less than 20.5 per cent of the votes which can be cast (eligible votes) in Section B (ii) shall be considered elected.

5. Subject to paragraph 10 of this Section, if 4 persons are not elected on the first ballot, a second ballot shall be held in which, unless there were no more than 4 candidates, the person who received the lowest number of votes in the first ballot shall be ineligible for election and in which there shall vote only:

- (a) those Governors who voted in the first ballot for a person not elected and
- (b) those Governors whose votes for a person elected are deemed under paragraphs 6 and 7 below of this Section to have raised the votes cast for that person above 21.5 per cent of the eligible votes.

même si le total des voix obtenues par celle-ci dépasse ainsi 13 pour cent et ne peut plus participer à un autre scrutin.

8. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si, après le second tour, il n'y a pas encore 4 élus, il est procédé, suivant les mêmes principes et procédures définis dans la présente Section, à des scrutins supplémentaires jusqu'à ce qu'il y ait 4 élus, sous réserve qu' à tout moment après l'élection de 3 personnes, la quatrième peut être élue à la majorité simple des voix restantes et sans tenir compte des dispositions du paragraphe 4.

9. Dans le cas d'une augmentation ou d'une réduction du nombre des administrateurs à élire par les gouverneurs de la Section B (i) les pourcentages minimum et maximum définis aux paragraphes 4, 5, 6 et 7 de la présente Section sont ajustés en conséquence par le Conseil des gouverneurs.

10. Aussi longtemps qu'un signataire, ou un groupe de signataires, dont la part du montant total du capital souscrit définie à l'Annexe A est supérieure à 2,8 pour cent, n'a pas déposé son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation, aucun administrateur n'est élu pour représenter ledit signataire ou groupe de signataires. Le gouverneur ou les gouverneurs représentant ledit signataire ou groupe de signataires élisent un administrateur pour chaque signataire ou groupe de signataires, dès que le signataire ou le groupe de signataires devient membre. Cet administrateur est réputé avoir été élu par le Conseil des gouverneurs lors de la séance inaugurale, conformément au paragraphe 3 de l'article 26 du présent Accord, s'il est élu pendant la période au cours de laquelle le premier Conseil d'administration exerce ses fonctions.

Section B (ii) – Election des administrateurs par les gouverneurs représentant les pays énumérés à l'Annexe A dans la catégorie autres pays européens (ci-après dénommés gouverneurs de la section B (ii)).

1. Les dispositions ci-après de la présente Section s'appliquent exclusivement à cette Section.

2. Les candidats au poste d'administrateur sont désignés par les gouverneurs de la Section B (ii), étant entendu qu'un gouverneur ne peut désigner qu'une seule personne. L'élection des administrateurs s'effectue par un vote des gouverneurs de la Section B (ii).

3. Chacun des gouverneurs admis à voter accorde à une seule personne toutes les voix qui reviennent au membre qu'il représente au titre de l'article 29, paragraphes 1 et 2 du présent Accord.

4. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, les 4 personnes qui recueillent le plus grand nombre de voix sont élues administrateurs; toutefois, une personne ayant recueilli moins de 20,5 pour cent de l'ensemble des voix susceptibles d'être exprimées (voix inscrites) au titre de la Section B (ii) ne peut pas être réputée élue.

5. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si 4 personnes ne sont pas élues au premier tour, il est procédé à un second tour dans lequel, sauf s'il n'y avait plus de 4 candidats, la personne qui a obtenu le plus petit nombre de voix au premier tour ne peut participer au scrutin et seuls votent:

- a) les gouverneurs qui ont voté au premier tour pour une personne non élue et
- b) les gouverneurs dont les voix données à une personne élue sont réputées, aux termes des paragraphes 6 et 7 de la présente Section, avoir porté le nombre des voix recueillies par cette personne au-dessus de 21,5 pour cent des voix inscrites.

тов, рассматривается как отдавший указанному лицу все свои голоса, даже если общее количество голосов, отданных за такое лицо, при этом превысит 13 процентов, и такой управляющий не может участвовать в последующих турах голосования.

8. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после второго тура голосования 4 лиц избрать не удалось, проводятся последующие туры голосования в соответствии с принципами и процедурами, указанными в настоящем разделе, до избрания 4 лиц при условии, что если на каком-либо этапе избраны 3 лица, то независимо от положений пункта 4 настоящего раздела четвертое лицо может быть избрано простым большинством оставшихся голосов.

9. В случае увеличения или уменьшения числа директоров, подлежащих избранию управляющими, упомянутыми в разделе B (i), минимальные и максимальные процентные доли, указанные в пунктах 4, 5, 6 и 7 настоящего раздела, соответствующим образом корректируются Советом управляющих.

10. До тех пор, пока какая-либо подписавшая сторона или группа подписавших сторон, доля общей суммы подписки на капитал которых, предусмотренная в приложении А, превышает 2,8 процента, не депонирует документ или документы о ратификации, одобрении или принятии, директор от такой стороны или группы подписавших сторон избираться не будет. Управляющий или управляющие, представляющие указанную подписавшую сторону или группу подписавших сторон, избирают директора от каждой подписавшей стороны или группы сторон сразу после того, как подписавшая сторона станет членом, или группа подписавших сторон станет членами. Такой директор считается избранным Советом управляющих на первом заседании согласно пункту 3 статьи 26 настоящего Соглашения, если он избирается в течение срока деятельности первого Совета директоров.

Раздел B (ii): Выборы директоров управляющими, представляющими другие европейские страны, перечисленные в приложении А (далее именуемыми управляющими, упомянутыми в разделе B (ii)).

1. Положения, изложенные ниже в этом разделе, применяются исключительно к этому разделу.

2. Кандидаты на должность директора предлагаются управляющими, упомянутыми в разделе B (ii), при условии, что управляющий может предложить кандидатуру только одного лица. Выборы директоров проводятся путем голосования управляющих, упомянутых в разделе B (ii).

3. Каждый управляющий, имеющий право голоса, отдает все голоса, на которые согласно пунктам 1 и 2 статьи 29 настоящего Соглашения имеет право назначивший его член, за одно лицо.

4. С учетом пункта 10 настоящего раздела считаются избранными директорами 4 лица, получившие наибольшее количество голосов, однако лицо, получившее менее 20,5 процента голосов от общего количества голосов, которое может быть подано (имеющихся голосов) по разделу B (ii), не может считаться избранным.

5. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после первого тура голосования не удалось избрать 4 лиц, кроме тех случаев, когда имеется не более 4 кандидатов, проводится второй тур голосования, в котором лицо, получившее наименьшее количество голосов в первом туре, участвовать не может и в котором голосуют только:

- a) управляющие, голосовавшие в первом туре за лицо, которое не было избрано, и
- b) управляющие, чьи голоса, отданные за какое-либо избранное лицо, согласно нижеприведенным пунктам 6 и 7 настоящего раздела, позволили данному лицу собрать более 21,5 процента имеющихся голосов.

(6) Bei der Beurteilung der Frage, ob von den von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen anzunehmen ist, daß sie die Gesamtstimmenzahl für eine Person auf über 21,5 v. H. der Berechtigten Stimmen angehoben haben, wird angenommen, daß diese 21,5 v. H. zunächst die Stimmen des Gouverneurs einschließen, der die höchste Stimmenzahl für den Betreffenden abgegeben hat, sodann die Stimmen des Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, und so fort, bis 21,5 v. H. erreicht sind.

(7) Ein Gouverneur, dessen Stimmen zum Teil mitgezählt werden müssen, um die Gesamtstimmenzahl für eine Person über 20,5 v. H. anzuheben, wird so angesehen, als habe er alle seine Stimmen für den Betreffenden abgegeben, selbst wenn die Gesamtstimmenzahl für den Betreffenden dadurch 21,5 v. H. übersteigt; dieser Gouverneur ist bei einem weiteren Wahlgang nicht mehr stimmberechtigt.

(8) Sind nach dem zweiten Wahlgang keine 4 Personen gewählt, so finden vorbehaltlich des Absatzes 10 nach Maßgabe der in diesem Abschnitt festgelegten Grundsätze und Verfahren weitere Wahlgänge statt, bis 4 Personen gewählt sind; jedoch kann, wenn in irgendeinem Wahlgang 3 Personen gewählt werden, die vierte ungeachtet des Absatzes 4 mit einfacher Mehrheit der verbleibenden Stimmen gewählt werden.

(9) Bei einer Erhöhung oder Verringerung der Zahl der Direktoren, die von den Gouverneuren des Abschnitts B ii) zu wählen sind, werden die in den Absätzen 4, 5, 6 und 7 genannten Mindest- und Höchststundensätze vom Gouverneursrat entsprechend angepaßt.

(10) Solange ein Unterzeichner oder eine Unterzeichnergruppe, deren Anteil am gesamten in Anlage A vorgesehenen Zeichnungskapital mehr als 2,8 v. H. beträgt, keine Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeprotokolle hinterlegt hat, wird für diesen Unterzeichner beziehungsweise diese Unterzeichnergruppe kein Direktor gewählt. Der oder die Gouverneure, die einen solchen Unterzeichner oder eine solche Unterzeichnergruppe vertreten, wählen einen Direktor für jeden Unterzeichner beziehungsweise jede Unterzeichnergruppe, sobald sie Mitglieder werden. Ein solcher Direktor wird so angesehen, als sei er nach Artikel 26 Absatz 3 vom Gouverneursrat auf seiner Eröffnungssitzung gewählt worden, wenn er während der Amtszeit des ersten Direktoriums gewählt wird.

Abschnitt B iii) – Wahl von Direktoren durch die Gouverneure, welche die in Anlage A als nichteuropäische Länder aufgeführten Länder vertreten (im folgenden als Gouverneure des Abschnitts B iii) bezeichnet).

(1) Die Bestimmungen dieses Abschnitts finden nur auf diesen Abschnitt Anwendung.

(2) Die Kandidaten für das Amt eines Direktors werden von den Gouverneuren des Abschnitts B iii) benannt, wobei jeder Gouverneur nur eine Person benennen darf. Die Wahl der Direktoren erfolgt durch die Gouverneure des Abschnitts B iii).

(3) Jeder stimmberechtigte Gouverneur gibt sämtliche Stimmen, auf die das Mitglied, das ihn ernannt hat, nach Artikel 29 Absätze 1 und 2 Anspruch hat, für ein und dieselbe Person ab.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 10 werden die 4 Personen, welche die höchste Stimmzahl erhalten, Direktoren; jedoch gilt nicht als gewählt, wer weniger als 8 v. H. der Gesamtzahl der Stimmen erhält, die nach Abschnitt B iii) abgegeben werden können (berechtigte Stimmen).

(5) Vorbehaltlich des Absatzes 10 findet, wenn im ersten Wahlgang keine 4 Personen gewählt werden, ein zweiter Wahlgang

6. In determining whether the votes cast by a Governor are deemed to have raised the total votes cast for any person above 21.5 per cent of the eligible votes, the 21.5 per cent shall be deemed to include, first, the votes of the Governor casting the largest number of votes for such person, then the votes of the Governor casting the next largest number and so on, until 21.5 per cent is reached.

7. Any Governor, part of whose votes must be counted in order to raise the total of votes cast for any person above 20.5 per cent shall be considered as casting all of his or her votes for such person, even if the total votes for such person thereby exceed 21.5 per cent and shall not be eligible to vote in a further ballot.

8. Subject to paragraph 10 of this Section, if, after the second ballot, 4 persons have not been elected, further ballots shall be held in conformity with the principles and procedures laid down in this Section, until 4 persons have been elected, provided that, if at any stage 3 persons are elected, notwithstanding the provisions of paragraph 4 of this Section, the 4th may be elected by a simple majority of the remaining votes cast.

9. In the case of an increase or decrease in the number of Directors to be elected by Section B (ii) Governors, the minimum and maximum percentages specified in paragraphs 4, 5, 6 and 7 of this Section shall be appropriately adjusted by the Board of Governors.

10. So long as any Signatory, or group of Signatories, whose share of the total amount of capital subscriptions provided in Annex A is more than 2.8 per cent, has not deposited its instrument or their instruments of ratification, approval or acceptance, there shall be no election for one Director in respect of each such Signatory or group of Signatories. The Governor or Governors representing such a Signatory or group of Signatories shall elect a Director in respect of each Signatory or group of Signatories, immediately after the Signatory becomes a member or the group of Signatories become members. Such Director shall be deemed to have been elected by the Board of Governors at its inaugural meeting, in accordance with paragraph 3 of Article 26 of this Agreement, if he or she is elected during the period in which the first Board of Directors shall hold office.

Section B (iii): Election of Directors by Governors representing those countries listed in Annex A as Non-European Countries (hereinafter referred to as Section B (iii) Governors).

1. The provisions set out below in this Section shall apply exclusively to this Section.

2. Candidates for the office of Director shall be nominated by Section B (iii) Governors, provided that a Governor may nominate only one person. The election of Directors shall be by ballot of Section B (iii) Governors.

3. Each Governor eligible to vote shall cast for one person all of the votes to which the member appointing him or her is entitled under paragraphs 1 and 2 of Article 29 of this Agreement.

4. Subject to paragraph 10 of this Section, the 4 persons receiving the highest number of votes shall be Directors, except that no person who receives less than 8 per cent of the total of the votes which can be cast (eligible votes) in Section B (iii) shall be considered elected.

5. Subject to paragraph 10 of this Section, if 4 persons are not elected on the first ballot, a second ballot shall be held in which,

6. Pour déterminer si les voix émises par un gouverneur sont être réputées avoir porté le total obtenu par une personne donnée à plus de 21,5 pour cent des voix inscrites, les 21,5 pour cent sont réputés comprendre, premièrement, les voix du gouverneur qui a apporté le plus grand nombre de voix à ladite personne, ensuite les voix du gouverneur qui en a apporté le nombre immédiatement inférieur, et ainsi de suite jusqu'à ce que les 21,5 pour cent soient atteints.

7. Tout gouverneur dont les voix doivent être partiellement comptées pour porter le total obtenu par une personne à plus de 20,5 pour cent est réputé donner toutes les voix à ladite personne, même si le total des voix obtenues par celle-ci dépasse ainsi 21,5 pour cent et ne peut plus participer à un autre scrutin.

8. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si, après le second tour, il n'y a pas encore 4 élus, il est procédé, suivant les mêmes principes et procédures définis dans la présente Section, à des scrutins supplémentaires jusqu'à ce qu'il y ait 4 élus, sous réserve qu' à tout moment après l'élection de 3 personnes, la quatrième peut être élue à la majorité simple des voix restantes, par dérogation aux dispositions du paragraphe 4.

9. Dans le cas d'une augmentation ou d'une réduction du nombre des administrateurs à élire par les gouverneurs de la Section B (ii) les pourcentages minimum et maximum définis aux paragraphes 4, 5, 6 et 7 de la présente Section sont ajustés en conséquence par le Conseil des gouverneurs.

10. Aussi longtemps qu'un signataire, ou un groupe de signataires, dont la part du montant total du capital souscrit définie à l'Annexe A est supérieure à 2,8 pour cent, n'a pas déposé son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation, aucun administrateur n'est élu pour représenter ledit signataire ou groupe de signataires. Le gouverneur ou les gouverneurs représentant ledit signataire ou groupe de signataires élisent un administrateur pour chaque signataire ou groupe de signataires, dès que le signataire ou le groupe de signataires devient membre. Cet administrateur est réputé avoir été élu par le Conseil des gouverneurs lors de la séance inaugurale, conformément au paragraphe 3 de l'article 26 du présent Accord, s'il est élu pendant la période au cours de laquelle le premier Conseil d'administration exerce ses fonctions.

Section B (iii) – Election des administrateurs par les gouverneurs représentant des pays énumérés à l'annexe A dans la catégorie pays non-européens (ci-après dénommés gouverneurs de la section B (iii)).

1. Les dispositions ci-après de la présente Section s'appliquent exclusivement à cette Section.

2. Les candidats au poste d'administrateur sont désignés par les gouverneurs de la Section B (iii), étant entendu qu'un gouverneur ne peut désigner qu'une seule personne. L'élection des administrateurs s'effectue par un vote des gouverneurs de la Section B (iii).

3. Chacun des gouverneurs admis à voter accorde à une seule personne toutes les voix qui reviennent au membre qu'il représente au titre de l'article 29, paragraphes 1 et 2 du présent Accord.

4. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, les 4 personnes qui recueillent le plus grand nombre de voix sont élues administrateurs; toutefois, une personne ayant recueilli moins de 8 pour cent de l'ensemble des voix susceptibles d'être exprimées (voix inscrites) au titre de la Section B (iii) ne peut pas être réputée élue.

5. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si 4 personnes ne sont pas élues au premier tour, il

6. Чтобы определить, позволили ли отданные управляющим голоса какому-либо лицу собрать более 21,5 процента имеющихся голосов, эти 21,5 процента понимаются как включающие, во-первых, голоса управляющего, отдавшего наибольшее количество голосов за такое лицо, затем голоса управляющего, который находится на втором месте по количеству голосов, и так далее, вплоть до достижения 21,5 процента.

7. Любой управляющий, часть голосов которого должна приниматься в расчет с тем, чтобы общее количество голосов, отданное за какое-либо лицо превышало 20,5 процента, рассматривается как отдавший указанному лицу все свои голоса, даже если общее количество голосов, отданное за такое лицо, при этом превысит 21,5 процента, и такой управляющий не может участвовать в последующих турах голосования.

8. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после второго тура голосования 4 лиц избрать не удалось, проводятся последующие туры голосования в соответствии с принципами и процедурами, указанными в настоящем разделе, до избрания 4 лиц при условии, что если на каком-либо этапе избраны 3 лица, то независимо от положений пункта 4 настоящего раздела четвертое лицо может быть избрано простым большинством оставшихся голосов.

9. В случае увеличения или уменьшения числа директоров, подлежащих избранию управляющими, упомянутыми в разделе B (ii), минимальные и максимальные процентные доли, указанные в пунктах 4, 5, 6 и 7 настоящего раздела, соответствующим образом корректируются Советом управляющих.

10. До тех пор, пока какая-либо подписавшая сторона или группа подписавших сторон, доля общей суммы подписки на капитал которых, предусмотренная в приложении А, превышает 2,8 процента, не депонирует документ или документы о ратификации, одобрении или принятии, директор от такой стороны или группы подписавших сторон избираться не будет. Управляющий или управляющие, представляющие указанную подписавшую сторону или группу подписавших сторон, избирают директора от каждой подписавшей стороны или группы сторон сразу после того, как подписавшая сторона станет членом, или группа подписавших сторон станет членами. Такой директор считается избранным Советом управляющих на первом заседании согласно пункту 3 статьи 26 настоящего Соглашения, если он избирается в течение срока деятельности первого Совета директоров.

Раздел B (iii): Выборы директоров управляющим, представляющим неевропейские страны, перечисленные в приложении А (далее именуемыми управляющими, упомянутыми в разделе B (iii)).

1. Положения, изложенные ниже в этом разделе, применяются исключительно к этому разделу.

2. Кандидаты на должность директора предлагаются управляющими, упомянутыми в разделе B (iii), при условии, что управляющий может предложить кандидатуру только одного лица. Выборы директоров проводятся путем голосования управляющих, упомянутых в разделе B (iii).

3. Каждый управляющий, имеющий право голоса, отдает все голоса, на которые согласно пунктам 1 и 2 статьи 29 настоящего Соглашения имеет право назначивший его член, за одно лицо.

4. С учетом пункта 10 настоящего раздела считаются избранными директорами 4 лица, получившие наибольшее количество голосов, однако лицо, получившее менее 8 процентов голосов от общего количества голосов, которое может быть подано (имеющихся голосов) по разделу B (iii), не может считаться избранным.

5. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после первого тура голосования не удалось избрать 4 лиц, кроме

statt, bei dem derjenige, der im ersten Wahlgang die niedrigste Stimmenzahl erhalten hat, ausscheidet, es sei denn, es standen nicht mehr als 4 Kandidaten zur Wahl; an diesem Wahlgang beteiligen sich nur

- a) die Gouverneure, die im ersten Wahlgang für eine nicht gewählte Person gestimmt haben, sowie
- b) die Gouverneure, von denen für eine gewählte Person abgegebenen Stimmen nach den Absätzen 6 und 7 angenommen wird, daß sie die für diese Person abgegebene Stimmenzahl auf über 9 v. H. der berechtigten Stimmen angehoben haben.

(6) Bei der Beurteilung der Frage, ob von den von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen anzunehmen ist, daß sie die Gesamtstimmenzahl für eine Person auf über 9 v. H. der berechtigten Stimmen angehoben haben, wird angenommen, daß diese 9 v. H. zunächst die Stimmen des Gouverneurs einschließen, der die höchste Stimmenzahl für den Betreffenden abgegeben hat, sodann die Stimmen des Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, und so fort, bis 9 v. H. erreicht sind.

(7) Ein Gouverneur, dessen Stimmen zum Teil mitgezählt werden müssen, um die Gesamtstimmenzahl für eine Person über 8 v. H. anzuheben, wird so angesehen, als habe er alle seine Stimmen für den Betreffenden abgegeben, selbst wenn die Gesamtstimmenzahl für den Betreffenden dadurch 9 v. H. übersteigt; dieser Gouverneur ist bei einem weiteren Wahlgang nicht mehr stimmberechtigt.

(8) Sind nach dem zweiten Wahlgang keine 4 Personen gewählt, so finden vorbehaltlich des Absatzes 10 nach Maßgabe der in diesem Abschnitt festgelegten Grundsätze und Verfahren weitere Wahlgänge statt, bis 4 Personen gewählt sind; jedoch kann, wenn in irgendeinem Wahlgang 3 Personen gewählt werden, die vierte ungeachtet des Absatzes 4 mit einfacher Mehrheit der verbleibenden Stimmen gewählt werden.

(9) Bei einer Erhöhung oder Verringerung der Zahl der Direktoren, die von den Gouverneuren des Abschnitts B (iii) zu wählen sind, werden die in den Absätzen 4, 5, 6 und 7 genannten Mindest- und Höchststundensätze vom Gouverneursrat entsprechend angepaßt.

(10) Solange ein Unterzeichner oder eine Unterzeichnergruppe, deren Anteil am gesamten in Anlage A vorgesehenen Zeichnungskapital mehr als 5 v. H. beträgt, keine Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeerkunde hinterlegt hat, wird für diesen Unterzeichner beziehungsweise diese Unterzeichnergruppe kein Direktor gewählt. Der oder die Gouverneure, die einen solchen Unterzeichner oder eine solche Unterzeichnergruppe vertreten, wählen einen Direktor für jeden Unterzeichner beziehungsweise jede Unterzeichnergruppe, sobald sie Mitglieder werden. Ein solcher Direktor wird so angesehen, als sei er nach Artikel 26 Absatz 3 vom Gouverneursrat auf seiner Eröffnungssitzung gewählt worden, wenn er während der Amtszeit des ersten Direktors gewählt wird.

unless there were no more than 4 candidates, the person who received the lowest number of votes in the first ballot shall be ineligible for election and in which there shall vote only:

- (a) those Governors who voted in the first ballot for a person not elected and
- (b) those Governors whose votes for a person elected are deemed under paragraphs 6 and 7 below of this Section to have raised the votes cast for that person above 9 per cent of the eligible votes.

6. In determining whether the votes cast by a Governor are deemed to have raised the total votes cast for any person above 9 per cent of the eligible votes, the 9 per cent shall be deemed to include, first, the votes of the Governor casting the largest number of votes for such person, then the votes of the Governor casting the next largest number and so on, until 9 per cent is reached.

7. Any Governor, part of whose votes must be counted in order to raise the total of votes cast for any person above 8 per cent shall be considered as casting all of his or her votes for such person, even if the total votes for such person thereby exceed 9 per cent and shall not be eligible to vote in a further ballot.

8. Subject to paragraph 10 of this Section, if, after the second ballot, 4 persons have not been elected, further ballots shall be held in conformity with the principles and procedures laid down in this Section, until 4 persons have been elected, provided that, if at any stage 3 persons are elected, notwithstanding the provisions of paragraph 4 of this Section, the 4th may be elected by a simple majority of the remaining votes cast.

9. In the case of an increase or decrease in the number of Directors to be elected by Section B (iii) Governors, the minimum and maximum percentages specified in paragraphs 4, 5, 6 and 7 of this Section shall be appropriately adjusted by the Board of Governors.

10. So long as any Signatory, or group of Signatories, whose share of the total amount of capital subscriptions provided in Annex A is more than 5 per cent, has not deposited its instrument or their instruments of ratification, approval or acceptance, there shall be no election for one Director in respect of each such Signatory or group of Signatories. The Governor or Governors representing such a Signatory or group of Signatories shall elect a Director in respect of each Signatory or group of Signatories, immediately after the Signatory becomes a member or the group of Signatories become members. Such Director shall be deemed to have been elected by the Board of Governors at its inaugural meeting, in accordance with paragraph 3 of Article 26 of this Agreement, if he or she is elected during the period in which the first Board of Directors shall hold office.

Section C: Arrangements for the election of Directors representing countries not listed in Annex A.

If the Board of Governors decides, in accordance with paragraph 3 of Article 26 of this Agreement, to increase or decrease the size, or revise the composition, of the Board of Directors, in order to take into account changes in the number of members of the Bank, the Board of Governors shall first consider whether any amendments are required to this Annex, and may make any such amendments as it deems necessary as part of such decision.

est procédé à un second tour dans lequel, sauf s'il n'y avait plus de 4 candidats, la personne qui a obtenu le plus petit nombre de voix au premier tour ne peut participer au scrutin et seuls votent:

- a) les gouverneurs qui ont voté au premier tour pour une personne non élue et
- b) les gouverneurs dont les voix données à une personne élue sont réputées, aux termes des paragraphes 6 et 7 de la présente Section, avoir porté le nombre des voix recueillies par cette personne au-dessus de 9 pour cent des voix inscrites.

6. Pour déterminer si les voix émises par un gouverneur sont être réputées avoir porté le total obtenu par une personne donnée à plus de 9 pour cent des voix inscrites, les 9 pour cent sont réputés comprendre, premièrement, les voix du gouverneur qui a apporté le plus grand nombre de voix à ladite personne, ensuite les voix du gouverneur qui en a apporté le nombre immédiatement inférieur, et ainsi de suite jusqu'à ce que les 9 pour cent soient atteints.

7. Tout gouverneur dont les voix doivent être partiellement comptées pour porter le total obtenu par une personne à plus de 8 pour cent est réputé donner toutes les voix à ladite personne, même si le total des voix obtenues par celle-ci dépasse ainsi 9 pour cent et ne peut plus participer à un autre scrutin.

8. Sous réserve de l'application du paragraphe 10 de la présente Section, si, après le second tour, il n'y a pas encore 4 élus, il est procédé, suivant les mêmes principes et procédures définis dans la présente Section, à des scrutins supplémentaires jusqu'à ce qu'il y ait 4 élus, sous réserve qu'à tout moment après l'élection de 3 personnes, la quatrième peut être élue à la majorité simple des voix restantes, par dérogation aux dispositions du paragraphe 4.

9. Dans le cas d'une augmentation ou d'une réduction du nombre des administrateurs à élire par les gouverneurs de la Section B (iii) les pourcentages minimum et maximum définis aux paragraphes 4, 5, 6 et 7 de la présente Section sont ajustés en conséquence par le Conseil des gouverneurs.

10. Aussi longtemps qu'un signataire, ou un groupe de signataires, dont la part du montant total du capital souscrit définie à l'Annexe A est supérieure à 5 pour cent, n'a pas déposé son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation, aucun administrateur n'est élu pour représenter ledit signataire ou groupe de signataires. Le gouverneur ou les gouverneurs représentant ledit signataire ou groupe de signataires éisent un administrateur pour chaque signataire ou groupe de signataires, dès que le signataire ou le groupe de signataires devient membre. Cet administrateur est réputé avoir été élu par le Conseil des gouverneurs lors de la séance inaugurale, conformément au paragraphe 3 de l'article 26 du présent Accord, s'il est élu pendant la période au cours de laquelle le premier Conseil d'administration exerce ses fonctions.

Section C – Procédures relatives à l'élection des administrateurs représentant des pays ne figurant pas à l'annexe A.

Si le Conseil des gouverneurs décide, conformément au paragraphe 3 de l'article 26 du présent Accord, d'augmenter ou de réduire le nombre des administrateurs, ou de modifier la composition du Conseil d'administration, afin de prendre en considération les changements intervenus dans le nombre de membres de la Banque, le Conseil des gouverneurs devra préalablement examiner s'il est nécessaire d'amender la présente annexe, et dans l'affirmative, il peut procéder aux amendements qu'il juge nécessaires dans le cadre de ladite décision.

тех случаев, когда имеется не более 4 кандидатов, проводится второй тур голосования, в котором лицо, получившее наименьшее количество голосов в первом туре, участвовать не может и в котором голосуют только:

- a) управляющие, голосовавшие в первом туре за лицо, которое не было избрано, и
- b) управляющие, чьи голоса, отданные за какое-либо избранное лицо, согласно нижеприведенным пунктам 6 и 7 настоящего раздела, позволили данному лицу собрать более 9 процентов имеющихся голосов.

6. Чтобы определить, позволили ли отданные управляющим голоса какому-либо лицу собрать более 9 процентов имеющихся голосов, эти 9 процентов понимаются как включающие, во-первых, голоса управляющего, отдавшего наибольшее количество голосов за такое лицо, затем голоса управляющего, который находится на втором месте по количеству голосов, и так далее, вплоть до достижения 9 процентов.

7. Любой управляющий, часть голосов которого должна приниматься в расчет с тем, чтобы общее количество голосов, отданное за какое-либо лицо превышало 8 процентов, рассматривается как отдавший указанному лицу все свои голоса, даже если общее количество голосов, отданное за такое лицо, при этом превысит 9 процентов, и такой управляющий не может участвовать в последующих турах голосования.

8. С учетом пункта 10 настоящего раздела, если после второго тура голосования 4 лиц избрать не удалось, проводятся последующие туры голосования в соответствии с принципами и процедурами, указанными в настоящем разделе, до избрания 4 лиц при условии, что если на каком-либо этапе избраны 3 лица, то независимо от положений пункта 4 настоящего раздела четвертое лицо может быть избрано простым большинством оставшихся голосов.

9. В случае увеличения или уменьшения числа директоров, подлежащих избранию управляющими, упомянутыми в разделе B (iii), минимальные и максимальные процентные доли, указанные в пунктах 4, 5, 6 и 7 настоящего раздела, соответствующим образом корректируются Советом управляющих.

10. До тех пор, пока какая-либо подписавшая сторона или группа подписавших сторон, доля общей суммы подписки на капитал которых, предусмотренная в приложении A, превышает 5 процентов, не депонирует документ или документы о ратификации, одобрении или принятии, директор от такой стороны или группы подписавших сторон избираться не будет. Управляющий или управляющие, представляющие указанную подписавшую сторону или группу подписавших сторон, избирают директора от каждой подписавшей стороны или группы сторон сразу после того, как подписавшая сторона станет членом, или группа подписавших сторон станет членами. Такой директор считается избранным Советом управляющих на первом заседании согласно пункту 3 статьи 26 настоящего Соглашения, если он избирается в течение срока деятельности первого Совета директоров.

Раздел C: Положения о выборах директоров, представляющих страны, не перечисленные в приложении A

Если Совет управляющих решает в соответствии с пунктом 3 статьи 26 настоящего Соглашения увеличить или уменьшить число членов Совета директоров или пересмотреть его состав, чтобы отразить изменения в количестве членов Банка, Совет управляющих прежде всего рассматривает необходимость внесения каких-либо поправок в настоящее приложение и может внести любые поправки, которые он сочтет необходимыми как часть такого решения.

Section D: Assignment of votes.

Any Governor who does not participate in voting for the election or whose vote does not contribute to the election of a Director under Section A or Section B (i) or Section B (ii) or Section B (iii) of this Annex may assign the votes to which he or she is entitled to an elected Director, provided that such Governor shall first have obtained the agreement of all those Governors who have elected that Director to such assignment.

A decision by any Governor not to participate in voting for the election of a Director shall not affect the calculation of the eligible votes to be made under Section A, Section B (i), Section B (ii) or Section B (iii) of this Annex.

Section D: Vote par procuration

Tout gouverneur qui ne participe pas au vote lors de l'élection d'un administrateur ou dont le vote ne contribue pas à ladite élection, conformément aux sections A, B (i), B (ii) ou B (iii) de la présente Annexe, peut confier les voix dont il dispose à un administrateur élu, à condition que ce gouverneur ait préalablement obtenu l'accord de tous les gouverneurs ayant choisi cet administrateur pour une telle procuration.

Une décision prise par un gouverneur qui ne participe pas au scrutin lors de l'élection d'un administrateur, n'affecte en rien le calcul des voix inscrites effectué conformément aux sections A, B (i), B (ii), ou B (iii) de la présente annexe.

Раздел D: Передача голосов

Любой управляющий, не участвующий в голосовании в ходе выборов директора или управляющий, чьи голоса не принимаются в расчет при выборах директора согласно разделу A, разделу B (i), разделу B (ii) или разделу B (iii) настоящего приложения, может передать голоса, на которые он имеет право, избранному директору, при условии, что указанный управляющий предварительно заручится согласием на такую передачу со стороны всех тех управляющих, которые избрали указанного директора.

Решение какого-либо управляющего не участвовать в голосовании в ходе выборов директора не сказывается на подсчете имеющихся голосов согласно разделу A, разделу B (i), разделу B (ii) или разделу B (iii) настоящего приложения.

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeines

1. Vorgeschichte

Der Europäische Rat hat auf seiner Sitzung am 8./9. Dezember 1989 den folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Europäische Rat hat die Schaffung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gebilligt. Ziel der Bank wird es sein, in Absprache mit dem IWF und der Weltbank Anlageinvestitionen und Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu fördern, gegebenenfalls die mit der Vergabe von Krediten für diese Volkswirtschaften verbundenen Risiken zu verringern, den Übergang zu einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft zu erleichtern und die erforderlichen strukturellen Anpassungen zu beschleunigen. Die betreffenden mittel- und osteuropäischen Länder können sich am Kapital und an der Leitung der Bank beteiligen; die Mitgliedstaaten, die Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank werden die Mehrheit des Kapitals halten. Andere Länder, insbesondere die übrigen OECD-Mitgliedstaaten, werden aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Der Europäische Rat hat den Wunsch, daß die Schaffung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung möglichst rasch erfolgt. Der Europäische Rat ersucht darum, daß die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, damit die Verhandlungen bereits im Januar 1990 aufgenommen werden können.“

Die Verhandlungen wurden am 14. Januar 1990 begonnen. Die Unterzeichnung fand am 29. Mai 1990 statt.

2. Beurteilung

Die Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) stellt eine wichtige europäische Initiative zur Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung in den mittel- und osteuropäischen Ländern dar. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus alle anderen Teilnehmer an der Gründungskonferenz geben damit ihrer Sympathie und ihrer Unterstützung für diesen Reformkurs Ausdruck.

Die EBWE ergänzt wirkungsvoll das bereits vorhandene Instrumentarium zur Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Staaten.

Das Übereinkommen entspricht in vielen Elementen den Übereinkommen anderer regionaler Entwicklungsbanken.

II. Inhalt des Abkommens

1. Ziel und Aufgaben

Das Ziel der Bank ist es, den wirtschaftlichen Fortschritt und Wiederaufbau der mittel- und osteuropäischen Staaten zu unterstützen, die sich den Grundsätzen des Pluralismus, der Marktwirtschaft und des privatwirtschaftlichen Handelns verpflichten.

Im einzelnen soll die Bank in den kreditnehmenden mittel- und osteuropäischen Staaten

- den Übergang zur Marktwirtschaft fördern,
- die Rahmenbedingungen für wettbewerbsorientierte privatwirtschaftliche Tätigkeiten verbessern und insbesondere kleine und mittlere Betriebe unterstützen,
- Infrastrukturmaßnahmen finanzieren, soweit dies zur Entfaltung der privaten und unternehmerischen Initiative notwendig ist,
- technische Hilfe leisten,
- die Entwicklung von Kapitalmärkten anregen und unterstützen,
- im Rahmen ihrer Tätigkeiten eine ökologisch auch langfristig unbedenkliche Entwicklung fördern.

Die EBWE soll insbesondere mit dem Internationalen Währungsfonds und den der Weltbankgruppe angehörenden Institutionen sowie mit anderen interessierten Organisationen eng zusammenarbeiten.

Kreditnehmer der Bank können private und im Wettbewerb stehende Unternehmen werden sowie solche öffentliche Unternehmen, die eine Teilnahme an der Marktwirtschaft anstreben und dem Wettbewerb ausgesetzt sind oder die privatisiert werden sollen; dabei soll die Beteiligung von ausländischem und/oder privatem Kapital erleichtert werden.

Ein Land, das noch nicht die Kriterien der Marktwirtschaft, der Rechtsstaatlichkeit und der Mehrparteiendemokratie erfüllt, kann im Rahmen einer Übergangszeit für begrenzte Zwecke (technische Hilfe, Privatisierung von Staatsunternehmen) Kredite erhalten. Diese Unterstützungsmaßnahmen dürfen den von dem betreffenden Land für seine Anteile in Barmitteln und Schuldscheinen gezahlten Gesamtbetrag nicht übersteigen.

Die Bank kann Kredite aus Eigen- und Fremdmitteln vergeben, Kapitalbeteiligungen erwerben und Garantien übernehmen. Sie darf jedoch keine Garantien für Exportkredite übernehmen und keine Versicherungsgeschäfte betreiben.

Die EBWE ist ermächtigt, in Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten Kredite aufzunehmen und von ihr emittierte, garantierte oder erworbene Wertpapiere zu verkaufen oder zu kaufen.

Der ausstehende Gesamtbetrag der von der Bank gewährten Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Garantien darf den Gesamtbetrag des gezeichneten Kapitals, der Rücklagen und der Überschüsse, soweit diese für die ordentliche Geschäftstätigkeit verfügbar sind, nicht übersteigen.

Die Bank ist ermächtigt, auf der Grundlage von dritter Seite zur Verfügung gestellter Treuhandmittel Sonderfonds einzurichten, mit deren Hilfe z. B. zinsgünstige Kredite vergeben werden können.

2. Geschäftsgrundsätze

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben läßt sich die EBWE vor allem von folgenden Grundsätzen leiten:

- Die Geschäftstätigkeit der Bank dient in erster Linie der Finanzierung privater Investitionsvorhaben. Dies geschieht über die Gewährung bzw. - zusammen mit multilateralen Institutionen, Geschäftsbanken oder sonstigen interessierten Kapitalgebern - Kofinanzierung von Darlehen oder die Beteiligung an Darlehen.
- Der Gewährung eines Kredits oder einer Garantie sowie der Übernahme einer Beteiligung geht eine detaillierte Projektprüfung voraus. Dabei ist die Kreditwürdigkeit des Darlehensnehmers und seines etwaigen Garanten zu beachten. Ebenso sind die Möglichkeiten des Darlehensnehmers oder seines Garantiegebers, die erforderlichen Mittel zu angemessenen Konditionen auch aus anderen Quellen zu erhalten, zu berücksichtigen.
- Bei Darlehen oder Darlehensgarantien zugunsten staatlicher Unternehmen kann die Bank für die Erfüllung des Schuldendienstes eine Garantie des Mitgliedstaates oder einer geeigneten öffentlichen Einrichtung verlangen.
- Die Darlehensbedingungen müssen dem jeweiligen Projekt angemessen sein. Für Gewährung von Garantien und Sicherheiten wird eine angemessene Risikovergütung erhoben.
- Höchstens 40 % des Gesamtbetrags der von der Bank gewährten Darlehen, Garantien und Kapitalbeteiligungen werden dem staatlichen Sektor zur Verfügung gestellt.
- Technische Hilfe wird zum Wiederaufbau oder zum Ausbau der für die Entwicklung der Privatwirtschaft und den Übergang zur Marktwirtschaft erforderlichen Infrastruktur gewährt. Dies schließt die Berücksichtigung von Umweltbelangen ein.

Das Direktorium der Bank überprüft mindestens einmal jährlich die Geschäftstätigkeit und die Kreditvergabepolitik der Bank in den einzelnen Empfängerländern, um sicherzustellen, daß diese Tätigkeiten den Aufgaben und Zielen der Bank voll entsprechen. Im Rahmen dieser Überprüfung werden u. a. die Fortschritte der einzelnen Empfängerländer bei der Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse, der Beseitigung von Monopolen und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen berücksichtigt.

3. Mitgliedschaft und Beteiligungen

Die Mitgliedschaft der Bank steht allen europäischen Ländern sowie denjenigen nichteuropäischen Ländern offen, die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind. Außerdem treten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Investitionsbank der Bank bei.

Gründungsmitglieder sind die in Anlage A des Übereinkommens aufgeführten Staaten und Institutionen.

Der Wertmaßstab des Kapitals ist die ECU.

Das ursprüngliche genehmigte Stammkapital der Bank beträgt 10 Mrd. ECU. Hiervon sind 30 % in fünf Jahresraten einzuzahlen. Der Rest ist Haftungskapital, das nach Maßgabe von Artikel 17 zur Deckung von Verlusten der Bank abgerufen werden kann.

Der Kapitalanteil der Bundesrepublik Deutschland beträgt 8,5175 %. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und die beiden europäischen Institutionen (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Investitionsbank) halten zusammen 51,0 % des Kapitals. (Für die Aufteilung der Kapitalanteile im einzelnen siehe Anlage A des Übereinkommens.)

4. Organisation und Entscheidungsprozeß

Organe der EBWE sind der Gouverneursrat, das Direktorium und der Präsident. Der Gouverneursrat als höchstes Organ der Bank beschließt über alle Angelegenheiten der Bank von grundsätzlicher Bedeutung, wie z. B. über den Beitritt neuer Mitglieder, Kapitalerhöhungen, Änderungen des Abkommens und die Wahl des Präsidenten. Im Gouverneursrat sind alle Mitgliedstaaten vertreten.

Das Direktorium ist für die Leitung der laufenden Geschäfte der Bank verantwortlich. Es entscheidet u. a. über die Gewährung von Krediten. Es umfaßt 23 Mitglieder. Elf Mitglieder werden von den Gouverneuren gewählt, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Investitionsbank vertreten. Zwölf Direktoren werden von den Gouverneuren gewählt, die die anderen Mitglieder vertreten. Jeder Direktor ernennt einen Stellvertreter. Die Wahl der Direktoren erfolgt gemäß Anlage B des Übereinkommens.

Der Präsident ist Vorgesetzter des Bankpersonals und führt die laufenden Geschäfte der Bank. Er wird vom Gouverneursrat mit der Mehrheit der Gesamtzahl der Gouverneure und der Mehrheit der Gesamtstimmen gewählt.

Die Stimmrechtsverhältnisse im Gouverneursrat und im Direktorium entsprechen den Kapitalanteilen. Die Entscheidungen des Gouverneursrates und des Direktoriums bedürfen, sofern nicht im Einzelfall qualifizierte Mehrheiten vorgesehen sind, der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder, die in der Sitzung vertreten sind. Beschlüsse z. B. über Satzungsänderungen und Aufnahme neuer Mitglieder erfordern qualifizierte Mehrheiten.

III. Überblick über die Beitrittsbedingungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Zeichnung von Kapitalanteilen

Der Kapitalanteil der Bundesrepublik Deutschland beträgt wie der von Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan 8,5175 %. Der Kapitalanteil der USA beträgt 10 %.

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland beläuft sich somit auf 85 175 Anteile am Kapital der Bank. Der Preis eines Bankanteils beträgt 10 000 ECU. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland beläuft sich somit auf 851,75 Mio. ECU. Von dem Zeichnungskapital sind 30 %, d. h. rd. 256 Mio. ECU einzuzahlen. Rd. 596 Mio. ECU sind Haftungskapital.

Gemäß Artikel 6 Absatz 1 des Übereinkommens ist das Einzahlungskapital in fünf Raten von 20 % des Gesamtbetrags zu leisten. Die erste Rate ist innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten des Übereinkommens oder nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde zu zahlen, falls diese später erfolgt. Die restlichen vier Raten werden jeweils ein Jahr nach Fälligwerden der

vorhergegangenen Rate fällig. Einzahlungsverpflichtungen können in ECU oder – zu einem anfänglich bestimmten Wechselkurs – auch in US-Dollar oder in japanischen Yen eingegangen werden. Hat sich ein Mitglied in ECU verpflichtet, so kann die tatsächliche Zahlung in jeder voll konvertierbaren Währung zu dem Wechselkurs erfolgen, der an dem Tag der Einzahlung gültig ist. Bis zu 50 % der Einzahlungsverpflichtung kann durch Hinterlegung von nichtübertragbaren, unverzinslichen Schuldscheinen erfüllt werden, die auf Anforderung der Bank einzulösen sind.

2. Aufstockung des Kapitals der Bank

Es ist in Zukunft mit Aufstockungen des Kapitals der Bank zu rechnen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Artikel 5 Absatz 3 nicht verpflichtet, sich an Aufstockungen zu beteiligen.

3. Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Beschlußorganen der Bank

Die Bundesrepublik Deutschland wird durch einen Gouverneur und einen stellvertretenden Gouverneur im Gouverneursrat sowie gemäß den Bestimmungen über das Wahlverfahren von Direktoren in Anlage B durch einen eigenen Direktor und einen stellvertretenden Direktor im Direktorium der Bank vertreten sein.

IV. Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung der Bank

Das Übereinkommen tritt in Kraft, wenn Länder, deren Erstzeichnungen mindestens $\frac{1}{3}$ der Gesamtzeichnungen nach Anlage A des Übereinkommens ausmachen, darunter mindestens zwei in Anlage A aufgeführte mittel- und osteuropäische Länder, ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt haben.

31.08.90

Fz - Wi

Berichtigung

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen zur Errichtung
der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
vom 29. Mai 1990

Der Chef des Bundeskanzleramtes hat mit Schreiben vom
29. August 1990 - 121 (42) - 680 06 - Eu 1/90 - darum
gebeten, die in der Anlage aufgeführten Berichtigungen
bzw. Ergänzungen der o.g. Vorlage zu berücksichtigen.

1. Zu Anlage B Abschnitt C

In Anlage B Abschnitt C lautet der fehlende Text der deutschen Fassung wie folgt:

"Abschnitt C - Regelungen für die Wahl der Direktoren, die nicht in Anlage A aufgeführte Länder vertreten

Beschließt der Gouverneursrat nach Artikel 26 Absatz 3, die Zahl der Mitglieder des Direktoriums zu erhöhen oder zu verringern oder seine Zusammensetzung zu ändern, um Änderungen in der Zahl der Mitglieder der Bank Rechnung zu tragen, so prüft der Gouverneursrat zunächst, ob diese Anlage geändert werden muß, und nimmt solche Änderungen gegebenenfalls im Rahmen seines Beschlusses vor."

2. Zu Anlage B Abschnitt D

In Anlage B Abschnitt D lautet der fehlende Text der deutschen Fassung wie folgt:

"Abschnitt D - Übertragung von Stimmen

Ein Gouverneur, der nicht an der Stimmabgabe für die Wahl teilnimmt oder dessen Stimme nicht zur Wahl eines Direktors nach Abschnitt A oder Abschnitt B i), Abschnitt B ii) oder Abschnitt B iii) beiträgt, kann die ihm zustehenden Stimmen einem gewählten Direktor übertragen; jedoch muß der Gouverneur dazu zunächst die Zustimmung aller Gouverneure einholen, die den Direktor gewählt haben.

Ein Beschluß eines Gouverneurs, nicht an der Stimmabgabe für die Wahl eines Direktors teilzunehmen, läßt die Berechnung der berechtigten Stimmen nach Abschnitt A, Abschnitt B i), Abschnitt B ii) oder Abschnitt B iii) unberührt."

3. Zu der Vorlage insgesamt

Dem Übereinkommen ist das nachfolgende Schreiben des Leiters der sowjetischen Delegation an den Präsidenten der Konferenz bezüglich des Zugangs der Sowjetunion zu den Mitteln der Bank beizufügen, da es Bestandteil der unterschriebenen Fassung ist:

" An den Präsidenten der Konferenz
über die Errichtung der
Europäischen Bank für Wiederaufbau
und Entwicklung

Herr Präsident!

Wie Sie wissen, hat die Initiative des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit dem Ziel, den Übergang der Volkswirtschaften der mittel- und osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft zu erleichtern, Verständnis und Unterstützung seitens der sowjetischen Behörden gefunden. Die sowjetische Delegation hat an den Verhandlungsrunden zur Abfassung der für die Bank maßgeblichen Urkunden teilgenommen. Die Gründerländer haben dadurch erhebliche Fortschritte bei der Ausarbeitung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung erzielt.

Gleichzeitig sind gewisse Schwierigkeiten aufgetreten, weitgehend bedingt durch die Befürchtungen einer Reihe von Ländern, die Sowjetunion könnte aufgrund der Größe ihrer Volkswirtschaft Hauptempfänger der Darlehen der Bank werden und dadurch deren Möglichkeiten, anderen mittel- und osteuropäischen Ländern Hilfe zu gewähren, schmälern.

In diesem Zusammenhang, verehrter Herr Präsident, möchte ich Ihnen versichern, daß die Absicht der Sowjetunion, ein gleichberechtigtes Mitglied der Bank zu werden, in erster Linie auf ihrem Willen beruht, eine neue Institution der multilateralen Zusammenarbeit zu schaffen, um die Durchführung historischer Reformen auf dem europäischen Kontinent zu fördern.

Ich darf Sie davon unterrichten, daß meine Regierung bereit ist, ihren Zugang zu den Mitteln der Bank nach Artikel 8 Absatz 4 des Übereinkommens für einen Zeitraum von 3 Jahren ab Inkrafttreten des Übereinkommens zu begrenzen. Während dieses Zeitraums wünscht die Sowjetunion, daß die Bank technische Hilfe und andere Arten von Unterstützung zur Finanzierung ihrer Privatwirtschaft, zur Erleichterung des Übergangs staatseigener Unternehmen in Privateigentum und unter private Kontrolle sowie zur Unterstützung von Unternehmen, die auf Wettbewerbsgrundlage arbeiten und eine Teilnahme an der Marktwirtschaft anstreben, gewährt, und zwar unter Vorbehalt des in Artikel 11 Absatz 3 festgelegten Verhältnisses. Der Gesamtbetrag der von der Bank auf diese Weise gewährten Unterstützung würde den von der Sowjetunion für ihre Anteile gezahlten Gesamtbetrag in Barmitteln und Schuldscheinen nicht übersteigen.

Ich bin zuversichtlich, daß die fortschreitenden wirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion in jedem Fall die Ausdehnung der Tätigkeiten der Bank auf das Gebiet

der Sowjetunion begünstigen werden. Da die Sowjetunion jedoch an der Gewährleistung des multilateralen Charakters der Bank interessiert ist, wird sie nicht veranlassen, daß die von ihr aufgenommenen Darlehen zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zukunft den mit der Erhaltung der erforderlichen Vielfalt in der Geschäftstätigkeit der Bank und der vorsichtsbedingten Begrenzung ihres Engagements vereinbarten Betrag übersteigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Leiter der sowjetischen Delegation
Präsident der Staatsbank der UdSSR
Victor V. Gerashchenko



Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Mai 1990
zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Der Bundesrat hat in seiner 619. Sitzung am 21. September 1990
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen,
gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.